

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und
future e.V. – verantwortung unternehmen (Hrsg.)

Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung: Kriterien und Bewertungsmethode im IÖW/future-Ranking



| i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

future 

Mit Unterstützung durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

IÖW/future (Hrsg.): Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung:
Kriterien und Bewertungsmethode im IÖW/future-Ranking; Berlin, Münster, April 2011
(aktualisierte Fassung von 2009).

AutorInnen: Gebauer, Jana / Hoffmann, Esther / Westermann, Udo

unter Mitarbeit von: Bergset, Linda / Merten, Thomas / Timme, Stephan

Informationen zum Ranking und Downloads unter: www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig

Potsdamer Str. 105, D-10785 Berlin

Tel: +49 (0)30 – 884 594-0, Fax: +49 (0)30 – 882 54-39

ranking@ioew.de, <http://www.ioew.de>

future e.V. – verantwortung unternehmen

Am Hof Schultmann 63, D-48163 Münster

Tel: +49 (0)251 – 973 16-34, Fax: +49 (0)251 – 973 16-35

ranking@future-ev.de, <http://www.future-ev.de>

Vorbemerkung

1994 entwickelten das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und die Unternehmensvereinigung future e.V. – verantwortung unternehmen das weltweit erste Ranking von Umweltberichten. Ziel war es, die neu aufkommende Umweltkommunikation von Unternehmen zu würdigen, sichtbar und vor allem vergleichbar zu machen. Gleichzeitig sollte das Ranking durch ein eigenes Kriterienset und die regelmäßige Bewertung zur Verbesserung der Berichterstattung beitragen. Und nicht zuletzt sollte die transparente Darstellung der Bewertung den gesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, das Unternehmenshandeln kritisch zu begleiten.

2011 geht das Ranking in die achte Runde – zum vierten Mal mit dem erweiterten Fokus auf Nachhaltigkeitsberichterstattung: Eingebettet in die Debatte zu Unternehmensverantwortung und nachhaltiger Unternehmensführung soll es dazu beitragen, das Verständnis unternehmerischer Verantwortung zu konkretisieren und Nachhaltigkeitsanforderungen auszubuchstabieren. Für die Bewertung der unternehmerischen Berichterstattung heißt das, sich an diesen breiten Anforderungen und damit an den Informationsbedürfnissen und -wegen nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und ökonomisch orientierter Anspruchsgruppen auszurichten.

Die Basis der Bewertung bildet ein kontinuierlich weiterentwickeltes Kriterienset. Für das Ranking 2009 nahmen wir eine grundlegende Überarbeitung der Kriterien von 2005 und 2007 vor, die in einem zweistufigen Dialogprozess mit den unterschiedlichen Akteursgruppen abgestimmt worden ist. Das 2009er Kriterienset weist eine neue Struktur und Gewichtung (z. B. Stärkung management-, produkt- und lieferkettenbezogener Aspekte), umfassend aktualisierte, erweiterte und präzisiertere Kriterien sowie gänzlich neue Kriterien (z. B. Unternehmensführung und -kontrolle, Arbeitszufriedenheit und Mitarbeiterbindung) auf. Die Neufassung betrifft sowohl die allgemeinen branchenübergreifenden Kriterien als auch die Branchenspezifikationen zu Einzelkriterien. Die vorliegende Veröffentlichung enthält nunmehr eine Aktualisierung der allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien, letztere eingebettet in einzelne Branchenanalysen.

Wir hoffen, den Unternehmen mit unserem Kriterienset eine hilfreiche Orientierung für ihre gesellschaftsbezogene Berichterstattung zu ihren Leistungen zu geben. Wir wollen die Wahrnehmung guten unternehmerischen Engagements stärken und zu dessen Weiterentwicklung beitragen. In diesem Sinne ist auch die Unterstützung des Rankings 2011 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zu sehen.

Weitere Informationen zum IÖW/future-Ranking erhalten Sie unter www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de. Für Fragen zum Ranking stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Jana Gebauer und Udo Westermann

Berlin und Münster, im April 2011



Inhaltsverzeichnis

Teil 1 - Überblick und allgemeine Kriterien	4
1. Einleitung	4
1.1 Das IÖW/future-Ranking	4
1.2 Stichprobe und Bewertungsgegenstand.....	5
1.3 Methodik	7
1.3.1 Kriterienentwicklung	7
1.3.2 Kriterienstruktur	9
1.3.3 Bewertung	10
2. Kriterienset: Allgemeine Kriterien	11
A Materielle Anforderungen an die Berichterstattung.....	13
A.1 Unternehmensprofil	13
A.2 Vision, Strategie und Management.....	15
A.3 Ziele und Programm	18
A.4 Interessen der MitarbeiterInnen	19
A.5 Ökologische Aspekte der Produktion.....	24
A.6 Produktverantwortung.....	29
A.7 Verantwortung in der Lieferkette.....	32
A.8 Gesellschaftliches Umfeld	34
B Allgemeine Berichtsqualität	36
B.1 Glaubwürdigkeit.....	36
B.2 Wesentlichkeit	37
B.3 Vergleichbarkeit.....	38
B.4 Kommunikative Qualität.....	39

Teil 2 – Branchenspezifische Kriterien	42
1. Einleitung	42
2. Branchen	43
Automobilhersteller	43
Banken.....	53
Chemie / Pharma / chemienaehe Konsumgüter	66
Elektronik / Elektrotechnik / Maschinenbau	78
Energieversorger.....	87
Grundstoffindustrie.....	101
Handel.....	108
Hoch- und Tiefbau.....	115
Medien und Informationsdienstleister	123
Nahrungsmittelindustrie.....	131
Transport / Logistik / Tourismus	143
Versicherer.....	151

Teil 1 - Überblick und allgemeine Kriterien

1. Einleitung

1.1 Das IÖW/future-Ranking

Das Ranking der Nachhaltigkeitsberichte ist ein gemeinsames Projekt vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der Unternehmerinitiative future e. V. – verantwortung unternehmen. Basierend auf einem umfassenden Set sozialer, ökologischer, management- und kommunikationsbezogener Kriterien bewertet das IÖW/future-Ranking seit 17 Jahren die gesellschaftsbezogene Berichterstattung deutscher Großunternehmen und erstellt eine Rangfolge der besten Berichterstatter. Im Jahr 2011 findet nun das achte IÖW/future-Ranking statt – diesmal mit einem aktualisierten Kriterienset und zum zweiten Mal begleitet von einer eigenständigen Bewertung der Berichte des deutschen Mittelstands.

Durch das Ranking wollen IÖW und future zu einer guten, stakeholderorientierten Nachhaltigkeitsberichterstattung in Deutschland beitragen. Die Kriterien und die regelmäßige Bewertung bieten Unternehmen einen Orientierungsrahmen und initiieren dadurch Lernprozesse in Richtung Nachhaltigkeit. Die transparente Darstellung der Rankingergebnisse fördert einen breiten Diskurs um Nachhaltigkeitsanforderungen an Unternehmen und ihre Berichterstattung.

Das IÖW/future-Ranking will damit den Wettbewerb zwischen Nachhaltigkeitsberichten befördern und durch den systematischen Vergleich zur Weiterentwicklung der Berichterstattung, aber auch der unternehmerischen Nachhaltigkeitsleistungen beitragen. Denn: Zwischen der Qualität der gesellschaftsbezogenen Berichterstattung von Unternehmen und ihren tatsächlichen Leistungen besteht zumeist ein positiver Zusammenhang. Unternehmen, die inhaltlich substanziell und transparent berichten, informieren die Öffentlichkeit über die Unternehmenspolitik und -strategie sowie abgeleitete und überprüfbare Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten im sozialen und ökologischen Bereich. Dies erfordert einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Richtung Nachhaltigkeit, denn die Unternehmen gehen mit der Veröffentlichung eine Selbstbindung ein: Transparenz in diesen Themen bietet der kritischen Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich mit den Strategien und Geschäftspraktiken des Unternehmens auseinanderzusetzen; die genannten Ziele können in Bezug auf die Ambitioniertheit und Angemessenheit bewertet und die Zielerreichung kann beobachtet und kommentiert werden. Nachhaltigkeitsberichterstattung und ihre unabhängige Bewertung liefern damit eine wichtige Basis für einen konstruktiven Dialog und die kritische Begleitung und Weiterentwicklung des Unternehmenshandelns.

1.2 Stichprobe und Bewertungsgegenstand

Im IÖW/future-Ranking werden die Berichte der 150 größten deutschen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen bewertet. Die Auswahl stützt sich auf die Aufstellung der Top 500 Unternehmen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Berücksichtigt werden dabei die

- 100 größten Industrieunternehmen und Dienstleister, gemessen am Umsatz
- 15 größten Banken, gemessen an der Bilanzsumme
- 15 größten Versicherungen, gemessen an der Summe der Beitragseinnahmen
- 20 größten Handelsunternehmen, gemessen am Umsatz.

Zusätzlich berücksichtigen wir einige Unternehmen, die – zum Teil langjährige – Berichtersteller sind, sich jedoch derzeit in der FAZ-Unternehmensliste knapp unterhalb der 150 größten befinden.

Bewertungsgegenstand sind eigenständige Umwelt-, Nachhaltigkeits- und CSR-Berichte oder vergleichbare Unternehmensberichte, die sich auf das gesamte Unternehmen und einen eindeutigen Berichtszeitraum beziehen. Das heißt, jedes Unternehmen der TOP 150, das selbst einen entsprechenden Bericht veröffentlicht, wird in die Bewertung einbezogen. Die anderen Unternehmen sind jedoch nicht zwangsläufig Nicht-Berichtersteller. Als so genannte Non-Reporter werden lediglich die Unternehmen aufgeführt, die keinerlei Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen zur Verfügung stellen oder nur geringfügig im Internet oder Geschäftsbericht informieren. Daneben gibt es weitere Kategorien:

Form der Berichterstattung bzw. Informationsbereitstellung zu sozialen und ökologischen Unternehmensleistungen

Unternehmen mit eigenständigem Print- oder Online-Bericht
Unternehmen, deren Mutterkonzern einen Bericht publiziert hat
Unternehmen mit standort- bzw. themenbezogenen Broschüren
Unternehmen mit relevanten Informationen im Internet bzw. Geschäftsbericht
Unternehmen mit nur geringfügigen oder thematisch eingeschränkten Informationen im Internet bzw. Geschäftsbericht
Unternehmen ohne Informationen

Als eigenständiger Bericht wird neben dem gedruckten Bericht auch der reine Online-Bericht gefasst.¹

Online-Berichte sind eigenständige internet-basierte Berichtsformate zur Nachhaltigkeitskommunikation, die medienübergreifend, dynamisch, interaktiv und hypertextual ausgerichtet sind und keine gedruckte Entsprechung, maximal ergänzend eine gedruckte Zusammen-

¹ Vgl. im Folgenden Isenmann, Ralf/Marx Gómez, Jorge: Einführung in die internetgestützte Nachhaltigkeitsberichterstattung, in: Isenmann, Ralf/Marx Gómez, Jorge (Hrsg.): Internetbasierte Nachhaltigkeitsberichterstattung. Maßgeschneiderte Stakeholder-Kommunikation mit IT, Berlin 2008.

fassung haben. Sie nutzen das Internet als die zentrale Plattform der stakeholderdifferenzierten, vernetzten und dialogorientierten Nachhaltigkeitskommunikation. Für Bewertungszwecke und zur genauen Berichtslegung (klar definierter Berichtszeitraum, klar definiertes Datum der Berichtslegung) sollten sie als geschlossenes Gesamtdokument (z. B. PDF-Version) druckbar sein. Von herkömmlichen PDF-Berichten sind Online-Berichte jedoch zu unterscheiden – und von der so genannten integrierten Berichterstattung.

Ein PDF-Bericht ist in der Regel ein konvertierter gedruckter Bericht, der auf den Unternehmensseiten zum Download angeboten wird – als alleiniges Berichtsformat oder ggf. als Ergänzung zur gedruckten (layouteten) Entsprechung; mitunter gibt es keine ergänzenden Internet-Seiten zum Thema Nachhaltigkeit. Alleinstehende PDFs werden im Ranking wie gedruckte Berichte behandelt (insbesondere bei der Bewertung der kommunikativen Qualität).

Integrierte (Print-Web- oder auch web-basierte) Berichterstattung meint die Ergänzung des gedruckten Berichts um einzelne, in der Regel statische, quasi-lineare Internetseiten. Zwischen gedrucktem Bericht und Internetseiten bestehen enge Verknüpfungen, bspw. über direkte und gezielte Verweise vom gedruckten Bericht zu einzelnen Internet-Seiten. Im Ranking wird als Basis der Bewertung das jeweilige Kerndokument (in der Regel der gedruckte Bericht) herangezogen; hiervon ausgehend werden zudem die gezielt verlinkten Internet-Informationen bewertet.

Für gesellschaftliche Anspruchsgruppen stellt der Nachhaltigkeits- oder CSR-Bericht das zentrale Dokument bei der Abfrage der Unternehmensleistungen dar und bildet den Ausgangspunkt in der Befassung mit dem Unternehmen. Um sich im Bericht auf Wesentliches zu konzentrieren, den Berichtsumfang in einem verträglichen Maß zu halten und Informationen nicht doppelt zu veröffentlichen, kann und sollte der (gedruckte) Nachhaltigkeitsbericht auf Informationen im Internet oder in anderen Print-Publikationen verweisen. Daher basiert die Bewertung der Berichte seit dem IÖW/future-Ranking von 1998 auf dem so genannten Plattformkonzept.

Hierfür ist es jedoch erforderlich, dass im Nachhaltigkeitsbericht explizit und qualifiziert auf andere allgemein zugängliche Quellen (Umwelterklärungen, Personal- oder Geschäftsberichte, Broschüren, Internetseiten etc.) verwiesen wird. Ein qualifizierter Verweis gibt an, welche Informationen an einer möglichst konkret bezeichneten Stelle zu finden sind. Idealerweise werden bei Print-Verweisen Seitenzahlen oder Kapitelnummern und bei Internetverweisen der konkrete Link oder eine Index-Nummer angegeben. Allgemein gehaltene Verweise wie z. B. „Weitere Informationen zu unserem Nachhaltigkeitsengagement finden sie im Internet unter www.unternehmen.de/nachhaltigkeit“ werden im Ranking nicht verfolgt. Kritische Anforderung ist, dass die Leserin/der Leser die zusätzlichen Informationen schnell und direkt finden kann.

Bei den allgemeinen Angaben zum Unternehmensprofil wird von diesem Plattformkonzept abgewichen. Um die Berichtsinhalte einordnen zu können, muss den LeserInnen das Unternehmen kurz vorgestellt werden. Die dazu erforderlichen Angaben, wie Umsatz- und Beschäftigtenzahlen, Anzahl und geografische Lage der Standorte oder die Übersicht zu den Produkten und Dienstleistungen müssen daher in jedem Fall im Bericht enthalten sein. Hier reicht bei gedruckten Berichten ein Querverweis z. B. auf den Geschäftsbericht nicht aus.



1.3 Methodik

1.3.1 Kriterienentwicklung

Bereits 1994 führten IÖW und future das damals weltweit erste Ranking von Umweltberichten auf der Basis eines eigenen Kriteriensets durch. Die gesellschaftlichen Anforderungen an das Unternehmenshandeln und die Erwartungen an die Berichterstattung verändern sich jedoch ständig: Neue Problemlagen entstehen, Schwerpunkte verschieben sich, wachsende Erfahrung und Routine ermöglichen es, neue Herausforderungen anzugehen. Frühere dem Ranking zugrundeliegende Kriterien wurden daher während der drei folgenden Durchläufe (1996, 1998, 2000) kontinuierlich weiterentwickelt und für das Ranking 2005 erstmalig zu Nachhaltigkeitskriterien erweitert.

Den Weiterentwicklungen lagen jeweils breite Diskussionen mit Unternehmen und weiteren Stakeholdern zugrunde. So wurden im Jahre 2004 in einem gemeinsamen Projekt von IÖW und future Anforderungen an die Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung und an die unternehmerische Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt.² Die in dem Projekt herausgearbeiteten Aspekte wurden anschließend in die Ranking-Bewertungsmethode überführt und in Workshops mit den Wirtschaftsverbänden und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) diskutiert. Das hieraus hervorgegangene Set an Kriterien lag den Rankings von 2005 und (bereits mit Änderungen bzw. Erweiterungen) von 2007 zugrunde.³

Für das Ranking 2009 wurden die Kriterien grundlegend neugefasst. Gegenüber früheren Veröffentlichungen unterscheiden sich die Ranking-Kriterien 2009

- strukturell – z. B. durch
 - Differenzierung produkt- und lieferkettenbezogener Aspekte
 - Umbau von Kriterienzuordnungen
 - Neugewichtung der Hauptkriterien
- inhaltlich – z. B. durch
 - Ausbau managementbezogener Aspekte
 - Entwicklung neuer Kriterien (Unternehmensführung und -kontrolle, Arbeitszufriedenheit und Mitarbeiterbindung)
 - Aktualisierung, Erweiterung und Präzisierung aller weiteren Kriterien sowie
 - Entwicklung neuer branchenspezifischer Kriterien im Rahmen von Branchenpapieren.

Hierbei flossen neben eigenen Projekterfahrungen und Kompetenzen in den Bereichen Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeitsberichterstattung auch die Arbeiten Anderer ein. Hierzu gehören vor allem Organisationen, die ihrerseits soziale und ökologische Standards für Unternehmenshandeln entwickeln, Leitfäden für die Nachhaltigkeitsberichterstat-

2 Loew, Thomas/Ankele, Kathrin/ Braun, Sabine/Clausen, Jens: Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung, Berlin, Münster 2004 (Download unter www.ioew.de sowie www.future-ev.de).

3 Loew, Thomas/Clausen, Jens: Kriterien und Bewertungsskala zur Beurteilung von Nachhaltigkeitsberichten, Berlin 2005; Gebauer, Jana/Hoffmann, Esther/Westermann, Udo: Nachhaltigkeitsberichterstattung in Deutschland. Ergebnisse und Trends im Ranking 2007, Berlin 2007 (jeweils Download unter www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de).

tung erstellen oder in Rankings und Ratings die Nachhaltigkeitsleistungen bzw. die Nachhaltigkeitskommunikation von Unternehmen bewerten.

Zentral sind hier zu nennen:

- AccountAbility
- Association of Chartered Certified Accountants (ACCA)
- Branchenverbände (CEFIC, ICCA, VfU, VCI u. a.)
- Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA)
- European Sustainability Reporting Association (ESRA)
- Global Reporting Initiative (GRI)
- Institut für Umweltkommunikation (INFU) der Leuphana Universität Lüneburg
- International Finance Corporation (IFC)
- International Organization for Standardization (ISO)
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
- Rating-Organisationen (oekom research, Sustainable Asset Management (SAM) u. a.)
- Social Accountability International (SAI)
- SustainAbility
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD).

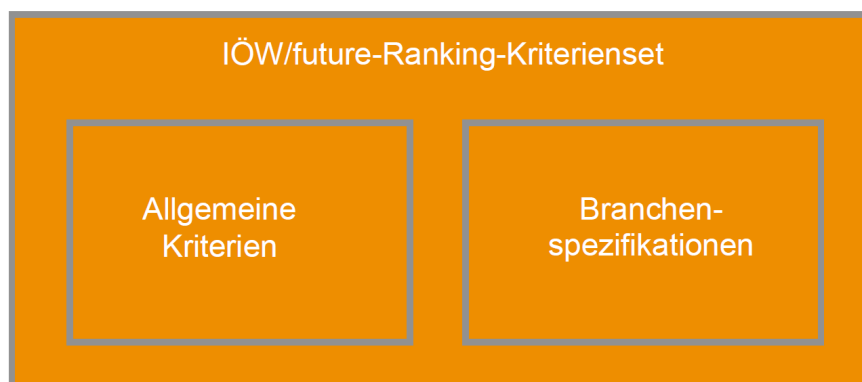
Die Neuschöpfung basiert zudem auf einem breiten zweistufigen Dialogprozess mit zentralen AkteurlInnen aus Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Die erste Stufe bildete hierbei ein Online-Forum. Vom 13. Februar bis 09. März 2009 waren ca. 430 VertreterInnen der Akteursgruppen eingeladen, den Entwurf des neuen Kriteriensets online zu diskutieren. Hieraus gingen knapp 240 Kommentare hervor, die geprüft und eingearbeitet wurden. Der daraus entstandene zweite Entwurf wurde am 23. März 2009 in einem Workshop mit 30 Fachleuten aus berichterstattenden Unternehmen und Stakeholdern noch einmal zur Diskussion gestellt. Die Workshop-Diskussionen flossen schließlich in die finale Version des Kriteriensets ein, das die Grundlage für das IÖW/future-Ranking 2009 bildete. Für das Ranking 2011 wurde diese Version leicht präzisiert und aktualisiert⁴; lediglich der Bereich der allgemeinen Berichtsqualität (B-Kriterien) erfuhr eine stärkere Neustrukturierung:

- Das vormalige Unterkriterium Wesentlichkeit (B.1.3) wurde zu einem eigenständigen Oberkriterium (B.2) weiterentwickelt.
- Die Anforderungen zu den Audits (vormals B.1.4) wurden als eigenes Unterkriterium gestrichen und in die Kriterien A.2.3 (Managementsysteme und -instrumente) sowie B.1.3 (vormals B.1.4: Bewertung durch Externe) integriert.
- Im Zuge der Umstrukturierung erhalten nun alle Oberkriterien im Bereich allgemeine Berichtsqualität den gleichen Gewichtungsfaktor 5.
- Die Anforderungen zur Darstellung wichtiger Entwicklungen im Berichtszeitraum (vormals B.3.3) wurden in das Unterkriterium „Angaben zur Ermittlung und Interpretation der Informationen“ (B.3.2) integriert.
- Das neue Unterkriterium B.3.3 fragt nunmehr nach Bewertungen der Datenqualität.

⁴ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

1.3.2 Kriterienstruktur

Der Kriterien-Gesamtkatalog des IÖW/future-Rankings besteht zunächst aus einem umfassenden Set allgemeiner Kriterien, die an alle Berichte angelegt werden. Dieses Set besteht aus 11 Hauptkriterien sowie insgesamt 48 Einzelkriterien. Die allgemeinen Kriterien werden zudem punktuell durch branchenspezifische Kriterien jeweils um zentrale Branchenherausforderungen und –standards ergänzt. Die Branchenspezifikationen beziehen sich insbesondere auf die sozialen und ökologischen Anforderungen im Bereich Produktion, Produkte und Lieferkette.



Die Kriterien folgen einer Einteilung in materielle Berichtsansforderungen sowie Anforderungen an die allgemeine Berichtsqualität. Die materiellen Anforderungen umfassen ökonomische bzw. managementbezogene Aspekte sowie soziale und ökologische Aspekte der Produktion, der Produkte und Dienstleistungen sowie der Lieferkettenbeziehungen. Die Anforderungen an die allgemeine Berichtsqualität umfassen Kriterien der guten Praxis der Berichterstellung wie Wesentlichkeit, Offenheit, Vergleichbarkeit und kommunikative Qualität.

Da die hinter den einzelnen Berichtsansforderungen stehenden Themen eine unterschiedliche Relevanz besitzen, wurde eine Gewichtung vorgenommen. Die unten stehende Tabelle gibt einen Überblick über die Hauptkriterien mit ihren jeweiligen Gewichtungen und Maximalpunktzahlen. Insgesamt können maximal 700 Punkte erreicht werden.

Ranking-Kriterien und ihre Gewichtung:	max. Bewertung	Gewichtung	max. Punkte
A Materielle Anforderungen an die Berichterstattung			
A.1 Unternehmensprofil	5	5	25
A.2 Vision, Strategie und Management	5	20	100
A.3 Ziele und Programm	5	20	100
A.4 Interessen der MitarbeiterInnen	5	15	75
A.5 Ökologische Aspekte der Produktion	5	15	75
A.6 Produktverantwortung	5	20	100
A.7 Verantwortung in der Lieferkette	5	15	75
A.8 Gesellschaftliches Umfeld	5	10	50
B Allgemeine Berichtsqualität			
B.1 Glaubwürdigkeit	5	5	25
B.2 Wesentlichkeit	5	5	25
B.3 Vergleichbarkeit	5	5	25
B.4 Kommunikative Qualität	5	5	25

1.3.3 Bewertung

Bei der Bewertung der jeweiligen Einzelkriterien gibt es vier Bewertungsstufen, wobei 5 Punkte die höchsten Anforderungen und den jeweils erwarteten besten Stand der aktuellen Praxis wiedergeben. Die Erfüllung der Einzelkriterien wird folgendermaßen bewertet:

5 Punkte = Die formulierten Anforderungen werden vorbildlich erfüllt.

3 Punkte = Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Punkte = Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Punkte = Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

In den Formulierungen vieler Einzelkriterien finden sich genauere Beschreibungen, wie die Abstufungen jeweils auszulegen sind.



2. Kriterienset: Allgemeine Kriterien

A Materielle Anforderungen an die Berichterstattung

- A.1 Unternehmensprofil
 - A.1.1 Umsatz, Gewinn, MitarbeiterInnen, Standorte
 - A.1.2 Geschäftsbereiche, Produkt- und Kundengruppen
 - A.1.3 Eigentumsverhältnisse und Unternehmensbeteiligungen
- A.2 Vision, Strategie und Management
 - A.2.1 Werte, Vision und Strategie
 - A.2.2 Unternehmensführung und -kontrolle
 - A.2.3 Managementsysteme und -instrumente
 - A.2.4 Stakeholder-Beziehungen
- A.3 Ziele und Programm
 - A.3.1 Zielerreichung
 - A.3.2 Ziele und Maßnahmen
- A.4 Interessen der MitarbeiterInnen
 - A.4.1 Entgeltpolitik
 - A.4.2 Arbeitszeitregelungen
 - A.4.3 Aus- und Weiterbildung
 - A.4.4 Arbeitnehmerrechte und Beschäftigung
 - A.4.5 Vielfalt und Chancengleichheit
 - A.4.6 Gleichstellung von Frauen und Männern
 - A.4.7 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
 - A.4.8 Arbeitszufriedenheit und Mitarbeiterbindung
- A.5 Ökologische Aspekte der Produktion
 - A.5.1 Energiemanagement und Klimaschutz
 - A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen
 - A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz
 - A.5.4 Abfallmanagement
 - A.5.5 Wassermanagement
 - A.5.6 Logistik und Verkehr
 - A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen
 - A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt
- A.6 Produktverantwortung
 - A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung
 - A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte
 - A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation
- A.7 Verantwortung in der Lieferkette
 - A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette
 - A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette
- A.8 Gesellschaftliches Umfeld
 - A.8.1 Regionale Verantwortung als Investor, Arbeitgeber, Auftraggeber und Lieferant
 - A.8.2 Steuern und Subventionen
 - A.8.3 Beitrag zur Politik und zum Ordnungsrahmen
 - A.8.4 Corporate Citizenship-Konzepte

B Allgemeine Berichtsqualität

B.1 Glaubwürdigkeit

B.1.1 Stellungnahme der Geschäftsführung

B.1.2 Offenheit

B.1.3 Bewertung durch Externe

B.2 Wesentlichkeit

B.3 Vergleichbarkeit

B.3.1 Angabe der Bilanzierungsgrenzen

B.3.2 Angaben zur Ermittlung und Interpretation der Informationen

B.3.3 Externe Bewertung der Datenqualität

B.4 Kommunikative Qualität

B.3.1 Berichtsstruktur

B.3.2 Text

B.3.3 Layout

B.3.4 Abbildungen

B.3.5 Kontakt

B.3.6 Angebot zusätzlicher Informationen



A Materielle Anforderungen an die Berichterstattung

A.1 Unternehmensprofil

Die Angaben zum Unternehmensprofil liefern den LeserInnen die notwendigen Hintergrundinformationen zu Unternehmensgröße, internationaler Verteilung, Geschäftszweck und -bereichen etc., die es ihnen ermöglichen, die Nachhaltigkeitsinformationen einzuordnen. Gleichzeitig bilden diese Angaben den logischen Ausgangspunkt für den Berichtersteller, um die Nachhaltigkeitsherausforderungen herzuleiten und Handlungsfelder zu begründen.

A.1.1 Umsatz, Gewinn, MitarbeiterInnen, Standorte

5 Der Bericht enthält in übersichtlicher und schnell zugänglicher Form Angaben mit Vorjahresvergleich zur/zum

- a) aktuellen Gesamtumsatz sowie bei Unternehmen, die zur Offenlegung ihres Jahresabschlusses verpflichtet sind, zum Ergebnis,
- b) Anzahl und internationalen Verteilung der Beschäftigten,
- c) Anzahl und internationalen Verteilung der Standorte sowie die
- d) Darstellung der relevanten Entwicklungen in diesen Bereichen.

Bei gedruckten Berichten müssen die Informationen in diesem Kerndokument enthalten sein; Verweise auf das Internet, den Geschäftsbericht oder anderweitige Informationsquellen werden nicht berücksichtigt.

Bei reinen Internetberichten müssen die genannten Informationen schnell zugänglich sein.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, sodass für die LeserInnen ein grundsätzliches Bild der Unternehmensgröße und regionalen Bezüge entsteht und die Herausforderungen und Aktivitäten des Unternehmens eingeordnet werden können. Allerdings sind die Angaben entweder über den Bericht verteilt und nicht schnell zugänglich oder ein Teil der Angaben fehlt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.1.2 Geschäftsbereiche, Produkt- und Kundengruppen

5 Das Unternehmen erläutert die wesentlichen Geschäftsbereiche und Produktgruppen sowie deren wirtschaftliche Bedeutung (z. B. Umsatz- oder Gewinnanteile, Anzahl der Beschäftigten) und Mengenrelevanz für das Unternehmen.

Zusätzlich enthält der Bericht eine Differenzierung nach regionalen Absatz- und Beschaffungsmärkten oder sektoralen Kundengruppen, sofern sinnvoll und machbar.

Bei relevanten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind diese zahlenmäßig darzustellen und zu erläutern.

Bei gedruckten Berichten müssen die Informationen in diesem Kerndokument enthalten sein; Verweise auf das Internet, den Geschäftsbericht oder anderweitige Informationsquellen werden nicht berücksichtigt.

Bei reinen Internetberichten müssen die genannten Informationen schnell zugänglich sein.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, sodass für die LeserInnen ein grundsätzliches Bild des Unternehmens und seines Geschäftszwecks entsteht und die Herausforderungen und Aktivitäten des Unternehmens eingeordnet werden können. Allerdings sind nicht alle Angaben vorhanden oder die einzelwirtschaftliche Einordnung fehlt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.1.3 Eigentumsverhältnisse und Unternehmensbeteiligungen

5 Der Bericht enthält die gebündelte Darstellung der Eigentumsverhältnisse (Aktionärs-/Inhaberstruktur) und benennt die Mehrheitsbeteiligungen sowie die aus Nachhaltigkeitsperspektive wesentlichen Minderheitsbeteiligungen.

Bei gedruckten Berichten müssen die Informationen in diesem Kerndokument enthalten sein; Verweise auf das Internet, den Geschäftsbericht oder anderweitige Informationsquellen werden nicht berücksichtigt.

Bei reinen Internetberichten müssen die genannten Informationen schnell zugänglich sein.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings sind die Angaben im Text verstreut oder es sind nicht alle Angaben vorhanden (z. B. wird nicht auf unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten wesentliche Minderheitsbeteiligungen eingegangen).

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.2 Vision, Strategie und Management

Die Ausführungen zu Vision, Strategie und Management zeigen den LeserInnen, inwieweit das Unternehmen die sozialen und ökologischen Auswirkungen seiner Geschäftsaktivitäten, die Erwartungen der Stakeholdergruppen und die Chancen und Risiken für den Unternehmenstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit erfasst und bewertet sowie in nachhaltigkeitsbezogene Ziele, Strategien, Strukturen und Handlungsvorgaben übersetzt.

A.2.1 Werte, Vision und Strategie

5 Der Bericht vermittelt eine an dem Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte, d. h. soziale, ökologische und ökonomische Anforderungen integrierende, langfristig ausgerichtete Unternehmensstrategie. Dazu erläutert das Unternehmen seine grundlegenden Werte, die unternehmerische Nachhaltigkeitsvision (z. B. in Form von Leitbildern, Kodizes, Leitlinien) und die langfristigen Unternehmensziele.

Der Bericht stellt die wesentlichen sozialen und ökologischen Auswirkungen der Unternehmenstätigkeit heraus. Er beschreibt zudem die Auswirkungen der sozialen wie ökologischen Rahmenbedingungen auf die Unternehmenstätigkeit (Chancen und Risiken für den Unternehmenserfolg und die Wettbewerbsfähigkeit). Jeweils werden sowohl der aktuelle Status als auch die zu erwartenden Entwicklungen berücksichtigt.

Das Unternehmen zeigt, wie es hieraus zentrale Handlungsfelder und spezifische Zielsetzungen und Maßnahmen ableitet und priorisiert. Es erläutert dabei die Konsequenzen für die strategische Unternehmensausrichtung bzgl. der Produkte sowie der Beschaffungs- und Absatzmärkte.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist dabei, dass das Unternehmen die eigene Nachhaltigkeitsvision und -zielsetzung beschreibt sowie Handlungsfelder und Prioritäten benennt und begründet.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine konkreten Aussagen und Darstellungen vorhanden.

A.2.2 Unternehmensführung und -kontrolle

5 Der Bericht zeigt, wie die strukturelle sowie personelle Integration von Nachhaltigkeitsthemen in die Entscheidungsgremien und -prozesse des Unternehmens vollzogen wird. Er stellt dabei insbesondere die Zuordnung von Verantwortlichkeiten in den obersten Entscheidungsgremien für die Steuerung der Nachhaltigkeitsleistung des Unternehmens heraus (ggf. Organigramm mit Zuständigkeiten).*

Zum Umgang mit Interessenkonflikten und zur Unterbindung von Korruption werden die konzernweit gültigen Verhaltensleitlinien bzw. Kodizes und deren Bezug auf international anerkannte Normen und Standards erläutert. Das Unternehmen benennt spezifische Kor-

ruptionsrisiken⁵ und stellt Strukturen und Mechanismen zum Umgang mit Interessenkonflikten und zur Vermeidung von Korruption im Unternehmen dar. Das Unternehmen setzt sich kritisch mit eingetretenen Korruptionsfällen und seinem Umgang damit auseinander oder macht eine Fehlanzeige.

Das Unternehmen stellt die Regeln und Strukturen zur Sicherstellung von Rechtskonformität in den Bereichen Umweltrecht, Arbeitnehmerrechte, Wettbewerbsrecht dar. Es benennt wesentliche Rechtsverstöße und verweist, falls relevant, auf zentrale Klagen im Bereich Verbraucherschutz.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist, dass das Unternehmen alle drei Bereiche (Integration von Nachhaltigkeit in die Entscheidungsgremien und -prozesse, Antikorruption und Rechtskonformität) thematisiert und Fälle von Korruption benennt bzw. eine Fehlanzeige macht.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt: Themenbereiche fehlen, die Darstellungen und Aussagen bleiben sehr allgemein.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Aussagen vorhanden.

A.2.3 Managementsysteme und -instrumente

- 5 Der Bericht bildet die wesentlichen Managementsysteme des Unternehmens und ihre Integration im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensführung ab.

Dafür stellt der Bericht – je nach Relevanz – die Managementsysteme und die zugrundeliegenden (ggf. zertifizierungsfähigen) Normen oder Leitlinien für die Bereiche Umweltschutz, Gefahrenvermeidung und Störfallvorkehrungen, Personalmanagement, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Qualitätssicherung etc. dar. Der Bericht bildet ab, wie die themenbezogenen Managementsysteme im Rahmen eines vernetzten Managements der Nachhaltigkeitsverantwortung koordiniert werden (ggf. Organigramm). Er verweist dabei insbesondere auf die entsprechenden Controlling- bzw. Monitoring-Instrumente (u. a. interne und externe Audits) und -verantwortlichkeiten.*

Der Abdeckungsgrad der Managementsysteme und weiteren Auditierungen an den nationalen und internationalen Unternehmensstandorten wird dargestellt.* Trendangaben (3-Jahres-Trend) zeigen dabei eine Entwicklung hin zu einem ambitionierten Abdeckungsgrad hinsichtlich der relevanten Managementsysteme und Auditierungen, wobei auch für die internationalen Standorte die Perspektiven der Implementation abgebildet werden.*

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Die wesentlichen Managementsysteme und ihr konzernweiter Abdeckungsgrad werden dargestellt. Zudem ist für drei Punkte mindestens die Darstellung ihrer Integration oder von Controlling- bzw. Monitoring-Instrumenten erforderlich.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt und in der Darstellung fehlen wesentliche Managementsysteme.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

5 Vgl. den Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) von Transparency International unter <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1237.0.html>.



A.2.4 Stakeholder-Beziehungen

- 5 Der Bericht gibt einen systematischen Überblick über die unternehmerischen Aktivitäten zur Information, Konsultation und Beteiligung relevanter interner und externer Anspruchsgruppen.

Dafür stellt der Bericht die Strategie und den Ansatz des Unternehmens zum Umgang mit den Stakeholder-Erwartungen, zur Identifikation der wesentlichen kritischen nationalen und internationalen Themen sowie zur begründeten Auswahl der relevanten Stakeholder(gruppen) dar. Das Unternehmen erläutert für seine aktuellen Stakeholder-Aktivitäten deren Ziele und Ausgestaltung sowie Ergebnisse und Konsequenzen (falls nicht die gesamten Aktivitäten, sondern Beispiele dargestellt werden, wird die Auswahl begründet).*

Gegebenenfalls wird beschrieben, welche Stakeholder in welcher Form und mit welchen Konsequenzen in die Berichterstellung (z. B. Themenanalyse und Schwerpunktsetzung) einbezogen wurden.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt: Aktuelle Stakeholder-Aktivitäten des Unternehmens werden erläutert und deren Auswahl ggf. begründet, der systematische Zugang zur Erfassung und Gestaltung der Stakeholder-Beziehungen wird jedoch nicht deutlich.*
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur in geringem Umfang erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Aussagen vorhanden.

A.3 Ziele und Programm

Die Darstellung von Zielen und Programm inklusive der Berichterstattung über die im Berichtszeitraum (nicht) erfüllten Ziele verdeutlicht den LeserInnen, welche Prioritäten und konkreten Maßnahmen das Unternehmen aus seiner Nachhaltigkeitsstrategie ableitet und inwiefern das Unternehmen an einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Richtung Nachhaltigkeit arbeitet.

A.3.1 Zielerreichung

5 Es erfolgt eine systematische, übersichtliche und vollständige Berichterstattung über die Erreichung der für den Berichtszeitraum gesetzten relevanten nachhaltigkeitsbezogenen Ziele.

Die ehemals gesetzten Ziele werden explizit aufgeführt. Die Nichterreichung sowie die Veränderung von Zielen werden offen und eindeutig dargestellt und begründet; ggf. werden Korrekturmaßnahmen zur Erreichung bislang nicht erfüllter Ziele dargestellt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings werden ehemalige Ziele nicht explizit oder nicht vollständig aufgeführt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, der Text vermittelt keinen systematischen Überblick über die Zielerreichung.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.3.2 Ziele und Maßnahmen

5 Die wesentlichen nachhaltigkeitsbezogenen Ziele des Unternehmens werden aus der Nachhaltigkeitsstrategie abgeleitet und gebündelt dargestellt. Diese sind überprüfbar formuliert, mit klaren Terminen belegt und, wo möglich, quantifiziert. Zu zentralen Zielen werden relevante Maßnahmen vorgestellt. Es wird deutlich, dass sich das Unternehmen anspruchsvolle Ziele gesetzt hat, ggf. indem es einen Bezug zu politischen (z. B. nationale Nachhaltigkeitsstrategien) oder Branchenzielen herstellt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings werden entweder nicht alle im Bericht als wesentlich dargestellten Themenbereiche behandelt oder die Ziele sind nur teilweise überprüfbar formuliert.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, die Ziele sind kaum überprüfbar formuliert oder nicht mit Maßnahmen verknüpft.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.4 Interessen der MitarbeiterInnen

Die Darstellungen im Bereich Mitarbeiterinteressen verdeutlichen den LeserInnen, inwieweit das Unternehmen Verantwortung für seine aktuellen und zukünftigen Beschäftigten übernimmt und sich dabei an Fragen der (regional differenzierten) Interessenlagen und Schutzbedürftigkeit von Beschäftigtengruppen sowie an national und international anerkannten Normen und Standards orientiert. Gleichzeitig zeigt das Unternehmen, wie es mit seinen Aktivitäten zentralen Herausforderungen demografischer Entwicklungen begegnet.

A.4.1 Entgeltpolitik

- 5 Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über die unternehmerische Entgeltpolitik, deren Umsetzungspraxis und die diesbezügliche Ausgabenentwicklung in den letzten drei Jahren.

Er enthält dabei für die deutschen Standorte Angaben zur Höhe und Angemessenheit (z. B. Bezug auf Tariftreue oder Mindestentgelt) der Löhne und Gehälter (ggf. unter Ausweis der sonstigen Entgeltbestandteile als Geld- oder Sachleistungen), zur Ausgestaltung und Anwendungspraxis entgeltbezogener Anreizsysteme sowie zu Form und Umfang der betrieblichen Altersvorsorge. Sofern relevant, wird die Entgeltpraxis zudem für Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit, Zeitarbeit) dargestellt.

Für die internationalen Standorte wird die Entgeltpolitik dargestellt und gezeigt, in wie weit diese den Anspruch eines angemessenen Arbeitsentgelts erfüllt. Erwünscht ist, die Umsetzung der Politik für wesentliche Standorte in Ländern mit niedrigem Lohnniveau exemplarisch zu erläutern. Für die Standorte in Ländern ohne staatliche Alters- und Krankenversicherung werden Art und Umfang der sozialen Mindestsicherung abgebildet.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Drei Punkte werden hierbei nur erreicht, wenn das Unternehmen explizit Bezug zur Problematik von Niedriglöhnen und Mindestentgelten nimmt, sofern es hiervon aufgrund der regionalen oder branchenspezifischen Situation betroffen ist.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.4.2 Arbeitszeitregelungen

- 5 Der Bericht beschreibt die unternehmerischen Leitlinien und Standards bezüglich der Arbeitszeitregelungen sowie die Regeln und Verfahren zum Monitoring der Umsetzung.

Er enthält, ggf. spezifisch für einzelne Regionen oder Beschäftigtengruppen, Angaben zu Arbeitszeitregelungen wie insbesondere zur Anzahl der Arbeitsstunden je Tag oder je Woche.

Der Bericht beschreibt die angewandten Modelle zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, benennt die damit verbundenen Zielsetzungen und belegt deren Verbreitung und Inanspruchnahme durch Zahlenangaben. Dabei werden die Arbeitszeitmodelle nicht nur allgemein, sondern zudem für relevante Zielgruppen (z. B. Alleinerziehende, ältere Beschäftigte, Beschäftigte mit Behinderung, Leistungsgewandelte, Beschäftigte in Rehabilitation/Wiedereingliederung) oder Länder/ Regionen ohne entsprechende gesetzliche Regelungen exemplarisch dargestellt.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Drei Punkte werden hierbei nur erreicht, wenn die angewandten Modelle zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung beschrieben und in ihrer Inanspruchnahme quantifiziert werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.4.3 Aus- und Weiterbildung

- 5 Der Bericht zeigt, wie das Unternehmen über die Ausbildung und eine systematische Personalentwicklung die individuellen Kompetenzen der Beschäftigten auf- und ausbaut.

Hierfür enthält der Bericht ein Bekenntnis des Unternehmens zur Ausbildung und zur kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung aller Beschäftigten im Rahmen einer systematischen Personalentwicklung. Für die deutschen Standorte gibt das Unternehmen einen Überblick über Schwerpunkte des Angebots beruflicher Ausbildung und es macht, in Relation zum Eigenbedarf, Angaben zur Anzahl der Auszubildenden und Trainees.

Das Unternehmen stellt seinen Weiterbildungsansatz für die nationalen und internationalen Standorte dar. Es beschreibt die systematische Ermittlung der individuellen Kompetenzen und des individuellen Weiterbildungs- bzw. Förderungsbedarfs. Erwünscht sind zudem ein Überblick über Schwerpunkte der Fort- und Weiterbildung und über Formen innerbetrieblicher Wissens- und Kompetenzvermittlung sowie eine Erläuterung der Bedeutung von Nachhaltigkeitsthemen hierbei.

Das Unternehmen bildet exemplarisch Maßnahmen ab und gibt an, inwieweit diese für das Gesamtunternehmen repräsentativ sind. Zudem enthält der Bericht Zahlenangaben (3-Jahres-Trend) zu Weiterbildungsstunden oder Weiterbildungsausgaben, zumindest für die deutschen Standorte differenziert nach Beschäftigtengruppen (z. B. ältere/jüngere Beschäftigte, Management/ MitarbeiterInnen/ Führungskräftenachwuchs).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte sind das Bekenntnis und die quantitativen Angaben zur Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.4.4 Arbeitnehmerrechte und Beschäftigung

- 5 Der Bericht zeigt die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und belegt, inwieweit das Unternehmen der Verpflichtung zur konzernweiten Wahrung grundlegender Arbeitsrechte der Beschäftigten nachkommt.

Hierfür verweist er auf einen entsprechenden Code of Conduct, eine Internationale Rahmenvereinbarung o. ä. und ggf. auf die zugrundeliegenden Normen und Leitlinien (z. B. ILO-Kernarbeitsnormen, Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO, OECD-Guidelines für multinationale Unternehmen, Global Compact/CEO Statement etc.).

Das Unternehmen zeigt, dass die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten und auf dieser Basis das Recht zu Kollektivverhandlungen gewährleistet werden. Hierfür wird auf bestehende – den jeweiligen Landesverhältnissen angepasste – Formen von Arbeitnehmervertretungen verwiesen (z. B. Gewerkschaften, (Euro- und Welt- bzw. Konzern-) Betriebsräte, Vertrauensleute, Belegschaftsinitiativen oder andere).

Der Bericht stellt die Zusammenarbeit mit dem Sozialpartner allgemein sowie bei akuten Interessenkonflikten exemplarisch dar; insbesondere bei Betriebsänderungen werden die Auswirkungen auf die Beschäftigten sowie die Maßnahmen für deren sozialverträgliche Abfederung (Interessenausgleich, Sozialplan) beschrieben. In relevanten Fällen erfolgen diese Aussagen auch für internationale Standorte.

Sofern wesentlich, geht der Bericht auf die Gewährleistung von Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten der MitarbeiterInnen ein.*

Der Bericht enthält weiterhin Angaben zur Entwicklung des Personalbestands (Zahl der Beschäftigten, Anteil Leih-, freier und befristeter Arbeitsverhältnisse (sofern relevant und machbar), Einstellungen und Entlassungen; jeweils national und international im 3-Jahres-Trend).* Sofern relevant, werden die Entwicklungen insbesondere in den Zusammenhang mit Fusionen, Übernahmen, Verkäufen, Outsourcing-Aktivitäten und Standortverlagerungen gestellt.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte sind neben den quantitativen Angaben der Verweis auf einen Kodex oder Vergleichbares sowie die Darstellung der Maßnahmen zur sozialverträglichen Abfederung von Betriebsänderungen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.4.5 Vielfalt und Chancengleichheit

5 Der Bericht enthält die unternehmensweit gültige Leitlinie, um Vielfalt und Chancengleichheit zu fördern bzw. Nicht-Diskriminierung aufgrund der ethnisch-kulturellen Herkunft, der religiösen Prägung und Weltanschauung, des Alters, der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, einer Behinderung etc. zu gewährleisten.

Er stellt die Umsetzung der Leitlinie in Programme, Strukturen und Maßnahmen (bspw. Diversity-Management, inkl. Diversity-Controlling) dar und geht dabei insbesondere auf die Handhabung und Zahl von Beschwerden ein.

Schließlich liefert der Bericht für die deutschen Standorte kommentierte Angaben zur Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen (nur direkt Beschäftigte).

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.4.6 Gleichstellung von Frauen und Männern

5 Der Bericht enthält die unternehmensweit gültige Leitlinie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsgrundsatz).

Er stellt die Umsetzung der Leitlinie in Programme, Strukturen, Maßnahmen (bspw. Gender Mainstreaming, inkl. Gleichstellungs-Controlling) dar und geht dabei insbesondere auf die Handhabung und Zahl von Beschwerden ein.

Das Unternehmen bildet exemplarisch Maßnahmen zur Gleichstellungsförderung ab und gibt an, inwieweit diese für das Gesamtunternehmen repräsentativ sind. Hierbei geht es insbesondere auf Formen der Qualifizierungs- und Karriereförderung von Mitarbeiterinnen sowie der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Schließlich liefert der Bericht kommentierte Zahlen- und Trendangaben zum Anteil von Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl und am mittleren und oberen Management sowie zur Entgelt Differenz zwischen Frauen und Männern.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte sind die differenzierten Trendangaben zum Anteil weiblicher Beschäftigter sowie die Darstellung repräsentativer Beispiele der Qualifizierungs- und Karriereförderung von Mitarbeiterinnen.

1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.4.7 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

- 5 Das Unternehmen erläutert seine Politik zur Gesunderhaltung der Beschäftigten und stellt die Programme und Maßnahmen zur Gewährleistung von Arbeitssicherheit und (präventivem) Gesundheitsschutz allgemein sowie bei besonderen Gefährdungslagen dar (z. B. Umgang mit giftigen oder Allergie auslösenden Stoffen, hohe physische oder psychische Belastungen, regionenspezifische Ansteckungsgefahren wie hohe Malaria- oder HIV-Infektionsraten).

Der Bericht enthält weiterhin kommentierte Zahlenangaben zur Unfallhäufigkeit (meldepflichtige Arbeitsunfälle auf 1 Million Arbeitsstunden mit Vorjahresvergleich) und zur Gesundheitsquote bzw. zu Ausfalltagen (Angabe der zugrundeliegenden Definition). Bei besonderer Betroffenheit erläutert das Unternehmen Maßnahmen zur Vermeidung von Berufskrankheiten und liefert geeignete Quantifizierungen zu deren Auftreten (**nur Bau, Chemie/Pharma, Grundstoffe; andere nur, sofern relevant**).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Für drei Punkte sind die Darstellungen zur Gesundheitsprävention und die quantitativen Angaben zur Unfallhäufigkeit oder zu Ausfallzeiten zwingend erforderlich.* Bei besonderen Gefährdungslagen sind zudem die Darstellungen zu Berufskrankheiten gefordert.*
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.4.8 Arbeitszufriedenheit und Mitarbeiterbindung

- 5 Der Bericht bildet ab, wodurch das Unternehmen die Zufriedenheit und Verbundenheit der Beschäftigten fördert und sich so als guter Arbeitgeber positioniert.

Dafür beschreibt der Bericht, wie das Unternehmen Aussagen der Beschäftigten zur Arbeitszufriedenheit und Mitarbeiterbindung erhebt (z. B. Mitarbeiterbefragungen, Feedbackgespräche/360-Grad-Feedback, Beschwerdemöglichkeiten, Erfassung von Kündigungsgründen etc.) und welche Ergebnisse hierbei erzielt wurden.

Der Bericht erläutert Partizipations-, Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten sowie Maßnahmen, mit denen das Unternehmen Motivation und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung, dem Arbeitsumfeld und -klima sowie der Qualität der Mitarbeiterführung verbessert.

Erwünscht sind zudem Angaben zu Stand und Entwicklung der Fluktuationsrate (3-Jahres-Trend).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Drei Punkte werden hierbei nur erreicht, wenn entweder die Erfassung der Arbeitszufriedenheit und deren Ergebnisse oder die Partizipationsmöglichkeiten der Beschäftigten abgebildet werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5 Ökologische Aspekte der Produktion

Die Darstellungen zu den ökologischen Aspekten der Produktion zeigen, inwieweit das Unternehmen seine Ressourcenverbräuche und Schadstoffeinträge erfasst, bewertet und systematisch optimiert. Aufgrund der besonderen Relevanz des Klimaschutzes ist dieses Unterkriterium doppelt gewichtet. Die Darstellung zu klimabezogenen Zielsetzungen und Zielerreichung ermöglicht den LeserInnen, die Ambitioniertheit der Unternehmensaktivitäten in diesem Bereich zu beurteilen.

A.5.1 Energiemanagement und Klimaschutz

5 Das Unternehmen berichtet über seine Betroffenheit vom Klimawandel (Risiken und Chancen) und stellt seine Ziele für den Klimaschutz dar. Es beschreibt Maßnahmen (Klimaschutzprogramm, ggf. inklusive Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel) und berichtet explizit über die Zielerreichung. Es setzt Status und Ziele in Verbindung zu politischen Klimaschutzzielen und Branchenvereinbarungen (sofern vorhanden).*

Das Unternehmen berichtet über die Entwicklung seines Energieverbrauchs und der eigenen Energieeffizienz. Bei Stromeigenerzeugung stellt es die Energieeffizienz der Anlagen dar und gibt eine quantitative Einordnung (z. B. Anteil KWK). Falls betroffen, berichtet das Unternehmen über seine Teilnahme am Europäischen Emissionshandel.

Des Weiteren stellt es den Einsatz erneuerbarer Energien quantitativ dar (Anteil der eigenen Energieerzeugung und des Strombezugs).

Gefordert sind Daten (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Energieeinsatz absolut
- b) Energieeinsatz differenziert nach relevanten Energieträgern: Elektrizität, Wärme, Mineralöl, Gas, Kraftstoffe und andere
- c) CO₂-Emissionen aus eigenen Anlagen und aus zugekaufter Energie (unter Angabe der Berechnungsmethodik)
- d) relevanten Emissionen anderer treibhausrelevanter Gase (CH₄, N₂O, HFCs, PFC, SF₆, sofern wesentlich) in CO₂-Äquivalenten.

Dort, wo es für eine bewertende Einordnung relevant ist, ist eine regionale Differenzierung erwünscht.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Energieversorger, Grundstoffindustrie

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte sind die Zahlenangaben zu CO₂-Emissionen und zum Energieeinsatz (entweder absolut oder differenziert) sowie die Darstellung der Unternehmensziele in diesem Bereich.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC⁶ und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

für die branchenrelevanten Luftschadstoffe siehe die branchenspezifischen Kriterien

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).*

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Automobilhersteller, Banken, Elektronik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau, Handel, Medien und Informationsdienstleister, Nahrungsmittelindustrie, Versicherer

6 Flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (z. B. Lösemittel)

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung der wesentlichen Stoffströme.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.4 Abfallmanagement

- 5 Der Bericht macht genaue Angaben zur Gesamtabfallmenge, differenziert nach den wichtigsten Abfallarten, und zum Gesamtanteil gefährlicher Abfälle. Sofern relevant, wird unter Bezugnahme auf das Baseler Übereinkommen über Abfallexporte berichtet. Bei besonderer Mengenrelevanz und/oder Gefährlichkeit einzelner Abfallarten werden Konzepte und Maßnahmen zur Vermeidung, Kreislaufführung und sicheren Behandlung dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Gesamtabfall zur Beseitigung und zur Verwertung
- b) Gesamtabfall zur Beseitigung differenziert nach gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen
- c) Gesamtmenge exportierten gefährlichen Abfalls unter Angabe der Empfängerländer (kann in sachlich begründete Ländergruppen zusammengefasst werden).

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Banken, Energieversorger, Hoch- und Tiefbau, Versicherer

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Differenzierung des Gesamtabfalls nach Gefährlichkeit und in Abfälle zur Beseitigung und zur Verwertung.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsmin- derung und zur Effizienzsteigerung dargelegt. Eine besondere regionenspezifische Be- deutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern rele- vant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser).

für die branchenbezogenen Relevanzen siehe die branchenspezifischen Kriterien

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.6 Logistik und Verkehr

5 Im Bericht erfolgt eine umfassende Darstellung des vom Unternehmen unmittelbar verursachten Verkehrs. Hierfür werden, wo möglich, geeignete quantitative Angaben gemacht (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Verkehrsaufwand (Zulieferung, Auslieferung, Dienstreisen)
- b) Verkehrsträgern (Luft, Schiene, Straße, Wasser, ggf. Pipelines) und
- c) verkehrsbedingten Umweltwirkungen.

Das Unternehmen stellt das verfolgte Logistikkonzept und konkrete Ansätze zur Reduzierung des Verkehrs und zur Minderung der Umweltbelastungen dar, ggf. auch für den Mitarbeiterverkehr zum Arbeitsplatz. Beispiele werden quantitativ eingeordnet.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Transport/ Logistik/ Tourismus

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung des Verkehrsaufwands und eines Verkehrskonzeptes zu quantitativ relevanten Bereichen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen

5 Das Unternehmen macht Angaben zu Unfällen in der Produktion, bei der Lagerung oder bei Transporten, bei denen umweltschädliche Stoffe freigesetzt wurden oder eine Freisetzung hätte ausgelöst werden können. Aufgetretene Schäden werden in ihrem Ausmaß (z. B. Schadenshöhe, Anzahl betroffener MitarbeiterInnen und Dritter, betroffene Fläche) bewertet, Mengen und Ursachen signifikanter Freisetzungen von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen (auch unabhängig von Unfällen) werden angegeben. Sofern keine bedeutsamen Freisetzungen aufgetreten sind, kann die Angabe entfallen. Unternehmen, die signifikante Mengen gefährlicher Substanzen herstellen, in ihrem Produktionsprozess einsetzen oder transportieren, machen eine Fehlanzeige.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zur

- a) Anzahl der Schadensereignisse in Produktion und Lagerung
- b) Unfallhäufigkeit bei Transporten: auf der Straße, auf der Schiene, mit Binnenschiff, auf See.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Banken, Chemie/ Pharma, Energieversorgungsunternehmen, Versicherer

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt

- 5 Die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten in Naturräumen und deren Auswirkungen auf die Ökosysteme werden dargestellt, sofern es sich um besonders relevante Auswirkungen handelt. Ggf. wird das Management des Schutzes von Natur und Artenvielfalt vor den Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit dargestellt (Erfassung und Bewertung der Bedrohung, Überwachung, Schutzkonzepte und Maßnahmen).

Die verfolgten Konzepte zur Begrenzung des Flächenverbrauchs werden dargelegt. Bei besonderer Relevanz werden quantitative Angaben zum Flächenverbrauch und zur Flächen(neu)versiegelung gemacht sowie Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen dargestellt.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Chemie/ Pharma, Energieversorger, Grundstoffindustrie, Medien und Informationsdienstleister, Nahrungsmittelindustrie

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6 Produktverantwortung

Die Darstellungen zur Produktverantwortung zeigen, inwieweit das Unternehmen seine Produkte an Nachhaltigkeitsanforderungen ausrichtet; dabei werden Wirkungen über den gesamten Produktlebenszyklus berücksichtigt. Das Unternehmen informiert auch über wesentliche Aspekte der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen.

Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Automobilhersteller, Banken, Chemie/ Pharma, Elektronik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau, Energieversorger, Handel, Nahrungsmittelindustrie, Versicherer

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargestellt.

Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen über den gesamten Lebenszyklus⁷
- b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
- c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte⁸.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Automobilhersteller, Banken, Energieversorger, Handel, Medien und Informationsdienstleister, Nahrungsmittelindustrie, Transport/ Logistik/ Tourismus, Versicherer

3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

7 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen

8 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine materialeffiziente Produktion ermöglichen

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten
- f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
- g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Automobilhersteller, Banken, Chemie/ Pharma, Elektronik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau, Energieversorger, Handel, Hoch- und Tiefbau, Medien und Informationsdienstleister, Nahrungsmittelindustrie, Versicherer

3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7 Verantwortung in der Lieferkette

Das Unternehmen zeigt auf, inwieweit es die Verantwortung für Umwelt- sowie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette wahrnimmt. Es wird dargelegt, wie die Einhaltung der Standards für wesentliche Beschaffungen sichergestellt wird. Dabei wird der Anspruch der Lieferanten auf ein faires, für die Lieferanten praktikables Vorgehen berücksichtigt.

A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette

5 Das Unternehmen stellt dar, wie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Bedingungen bei den direkten Lieferanten sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten.

Hierfür werden die Arbeits- und Sozialstandards des Unternehmens mit Bezug auf international anerkannte Normen und Standards dargestellt (gemäß UN-Menschenrechtserklärung und ILO Kernarbeitsnormen: Recht auf Meinungsfreiheit, Schutz vor Willkür und Verbot der Diskriminierung bei der Arbeit, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Recht auf Gleichberechtigung und angemessene Entlohnung).

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Banken, Hoch- und Tiefbau, Nahrungsmittelindustrie, Versicherer

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperative Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Umweltstandards bei Lieferanten und Partnern in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Umweltwirkungen bei den direkten Lieferanten und falls relevant, deren Vorlieferanten sowie die Umweltwirkungen der gelieferten Produkte bzw. Anlagen.

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Banken, Hoch- und Tiefbau, Nahrungsmittelindustrie, Versicherer

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperativen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.8 Gesellschaftliches Umfeld

Zum gesellschaftlichen Umfeld erwarten LeserInnen einen Überblick, inwiefern das Unternehmen als „guter Bürger“ agiert und sich jenseits des Kerngeschäfts für Nachhaltigkeit engagiert. Hierzu gehören Informationen über das verantwortliche Auftreten in der Region, Transparenz über finanzielle Transfers an die bzw. von der Gesellschaft in Form von Steuern und Subventionen, das politische Engagement des Unternehmens sowie der Ansatz und die Maßnahmen zur Förderung gemeinnütziger Zwecke.

A.8.1 Regionale Verantwortung als Investor, Arbeitgeber, Auftraggeber und Lieferant

5 Der Bericht enthält die Darstellung der Auswirkungen auf das lokale/regionale Umfeld an den Standorten, die das Unternehmen als Investor, Arbeit- und Auftraggeber sowie als Lieferant hervorruft. Gegebenenfalls geht er auch auf den Umgang mit autoritären Regimen ein.⁹

Das Unternehmen erläutert zudem die Maßnahmen zur Steuerung der Auswirkungen im regionalen Umfeld wie beispielsweise Investitionen in lokale Infrastruktur, Public Private Partnerships, regionale Beschaffung, Qualifikation von Beschäftigten und Unternehmen aus der Region oder Wahrung von Eigentumsrechten.

Hierbei geht es auf die unter Nachhaltigkeitsaspekten wesentlichen Standorte ein.

für Spezifikationen siehe die branchenspezifischen Kriterien für Chemie/ Pharma, Energieversorger, Grundstoffindustrie

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings lassen die dargestellten Maßnahmen keine Systematik erkennen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.8.2 Steuern und Subventionen

5 Der Bericht enthält Angaben zum Steueraufkommen des Unternehmens sowie zu erhaltenen Subventionen (z. B. Forschungsförderung, Beschäftigungsförderung). Dabei werden Besonderheiten wie bedeutende Veränderungen im Zeitverlauf dargestellt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

⁹ Vgl. Index von www.freedomhouse.org.



A.8.3 Beitrag zur Politik und zum Ordnungsrahmen

5 Das Unternehmen stellt dar, wie es sich in seiner nationalen und internationalen Lobbyarbeit (z. B. Regierungsbeziehungen, Arbeit in Verbänden, Unterstützung bei der Entwicklung von Gesetzen) kooperativ und problembewusst mit nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z. B. Klimaschutz-, Chemikalien-, Beschäftigungs-, Wettbewerbs- und Entwicklungspolitik) auseinandersetzt.

Es zeigt zudem, wie es sich in Nachhaltigkeitsinitiativen (z. B. auf Branchen- oder regionaler Ebene) engagiert und für die Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards einsetzt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Allerdings ist entweder die problembewusste Auseinandersetzung mit Lobbyarbeit nicht erkennbar oder die Mitgliedschaft in Initiativen wird aufgezählt, ohne konkreter darauf einzugehen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.8.4 Corporate Citizenship-Konzepte

5 Der Bericht stellt ein begründetes Konzept und die daraus abgeleiteten Aktivitäten zur Förderung gemeinnütziger Zwecke z. B. in den Bereichen Sport, Kultur, Wissenschaft und Bildung dar. Berücksichtigt werden finanzielle Zuwendungen (Spenden, Sponsoring), Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen sowie gemeinnütziges Engagement der MitarbeiterInnen im Rahmen ihrer Arbeitszeit (Corporate Volunteering).

Der Bericht stellt dar, wo und mit welchem zeitlichen Umfang das Engagement erfolgt. Er vermittelt die finanzielle Bedeutung der Aktivitäten in Bezug auf das Gesamtunternehmen durch geeignete quantitative Angaben.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings fehlt die finanzielle Einordnung.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, ein begründetes Konzept wird nicht vermittelt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B Allgemeine Berichtsqualität

B.1 Glaubwürdigkeit

Das Unternehmen stärkt die Glaubwürdigkeit seines Berichts, indem es offen über zentrale Aspekte berichtet, sie in einen Zusammenhang zur Geschäftsstrategie stellt und Transparenz und Dialog durch die Ermöglichung externer Stellungnahmen und Bewertungen fördert.*

B.1.1 Stellungnahme der Geschäftsführung

- 5 Die Verantwortung der Unternehmensleitung für Nachhaltigkeitsfragen wird glaubhaft gemacht. Dabei wird der Zusammenhang zwischen der Geschäftsstrategie und den wesentlichen Nachhaltigkeitsanforderungen an das Unternehmen aufgezeigt. Wesentliche Ergebnisse (Erfolge oder Misserfolge) des Berichtszeitraums werden dargestellt sowie die Prioritätensetzungen für die Zukunft (Handlungsfelder und Ziele) deutlich gemacht und begründet.
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, Verantwortungsübernahme und Prioritätensetzungen werden klar aufgezeigt, jedoch wird die Einordnung in die allgemeine Geschäftsstrategie nicht deutlich.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Stellungnahme vorhanden.

B.1.2 Offenheit

- 5 Die von der Branche und vom Unternehmen ausgehenden Umweltbelastungen und die sozialen Herausforderungen werden benannt. Soweit es für das Unternehmen relevant ist, werden aktuelle öffentliche Diskussionen aufgegriffen.* Wesentliche Probleme, ungelöste Fragen und bestehende Zielkonflikte werden offen angesprochen. Dabei werden ambitionierte Lösungskonzepte aufgezeigt. Zu bestehenden Branchenvereinbarungen wird Bezug genommen.
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, jedoch nicht durchgehend zu den wesentlichen Aspekten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. nur an wenigen Stellen werden Umweltbelastungen oder soziale Herausforderungen problematisiert und ungelöste Fragen genannt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



B.1.3 Bewertung durch Externe

- 5 Die Ergebnisse von systematischen Bewertungen des Unternehmens (z. B. ökologische/ethische Ratings, Zertifizierungen, Auditierungen), von Stakeholderbefragungen und Statements Externer werden vorgestellt.*

Zu für das Unternehmen wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekten werden nicht nur positive Ergebnisse, sondern auch die von den Externen identifizierten Schwachstellen bzw. Problembereiche angesprochen oder auch kritische externe Stellungnahmen ermöglicht.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Externe Bewertungen zu zentralen Aspekten werden transparent gemacht, es werden aber nur positive Ergebnisse und Kommentare dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. Ergebnisse werden eher unsystematisch vorgestellt und keine Problembereiche angesprochen.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.2 Wesentlichkeit*

- 5 Der Bericht ist auf die qualitativ und quantitativ wesentlichen Aspekte fokussiert. Es werden alle wesentlichen Fragen der sozialen und ökologischen Verantwortung dargestellt und bewertet. Dabei kann zu Detailbetrachtungen auf andere Berichtsformen und das Internet gezielt verwiesen werden. Schwerpunktsetzungen im Bericht sind begründet und nachvollziehbar. Aus Nachhaltigkeitssicht unwesentliche Aktivitäten werden nicht in den Mittelpunkt gestellt.
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. der Bericht geht nur sehr lückenhaft auf die wesentlichen Fragen ein.
- 0 Der Bericht beschäftigt sich mit Nebensächlichkeiten.

B.3 Vergleichbarkeit

Die Angaben im Bericht ermöglichen interne zeitliche und unternehmensübergreifende Vergleiche und damit zu den wesentlichen Aspekten eine Einordnung der Nachhaltigkeitsleistung. Die Ermittlung und die Qualität der Daten werden transparent.*

B.3.1 Angabe der Bilanzierungsgrenzen

5 Die Informationen sind durchgängig nachvollziehbar, da die zeitliche Bezugseinheit (das Jahr etc.) und die räumlichen Bilanzierungsgrenzen (welche/r Standort/e, Unternehmensteile usw. wurden einbezogen?) deutlich sind. Klar wird auch, in welchem Umfang Beteiligungen berücksichtigt werden.

Die Bilanzierungsgrenzen sind so gesetzt, dass der größte Teil des Unternehmens bzw. der geschäftlichen Aktivitäten sowie die aus Nachhaltigkeitssicht relevanten Unternehmensteile/Regionen einbezogen sind. Mehrheitsbeteiligungen sind einzubeziehen, Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen mit aus Nachhaltigkeitssicht besonders relevanten Geschäftstätigkeiten werden so weit möglich berücksichtigt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt (z. B. Angaben beziehen sich nur auf ausgewählte Standorte, auf unterschiedliche Unternehmensteile oder Zeiträume).

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.3.2 Angaben zur Ermittlung und Interpretation der Informationen

5 Die Daten und Informationen ermöglichen quantitative Zeitreihenvergleiche, Branchenvergleiche und den Abgleich mit Zielvorgaben. Auf mögliche Ungenauigkeiten von Daten wird hingewiesen. Falls relevant, wird angegeben, wie die Daten errechnet und inwieweit Berechnungsstandards (z. B. Vorgaben und Standards des Greenhouse Gas Protocol) genutzt wurden.

Bei Zeitreihen wird auf relevante Einflussfaktoren (Standortveränderungen¹⁰, Veränderungen der Produktpalette etc.) hingewiesen. Daten werden so differenziert angegeben, dass Vergleiche trotz der Veränderungen möglich sind.

Vergleiche mit Anderen erfolgen sachgerecht, die Vergleichbarkeit einschränkende Faktoren werden benannt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

10 Hierzu zählen Standortverlagerungen, neue Standorte bzw. Standortschließungen sowie Zukäufe, Verkäufe und Auslagerungen von Gesellschaften bzw. Standorten.*

B.3.3 Externe Bewertung der Datenqualität*

- 5 Das Unternehmen stellt externe Prüfungen des Berichts bzw. zugrundeliegender Daten dar. Dabei wird sowohl der zugrundeliegende Prüfstandard als auch der Prüfungsumfang offen gelegt. Der Prüfungsumfang deckt die wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte und Einflussbereiche ab, die Prüfungen ermöglichen aufgrund ihrer Detailtiefe eine angemessene Sicherheit. Über Ergebnisse und Verbesserungsempfehlungen wird berichtet.
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Die Prüfungen beziehen sich aber nur auf einzelne Bereiche, die nicht alle wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte und Einflussbereiche abdecken.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, es wird nur über einzelne nicht repräsentative Prüfungen berichtet.
- 0 Es werden keine externen Prüfungen des Berichts oder von Datengrundlagen dargelegt.

B.4 Kommunikative Qualität

Struktur, Text und Gestaltung des Berichts in der Print- und/oder in der Online-Version, die Verknüpfung beider Berichtsformate (sofern zutreffend) und die Verweise auf weitere interne und externe Informationsquellen vermitteln den LeserInnen ein klares Bild der unternehmerischen Nachhaltigkeitsherausforderungen und -leistungen in hoher textlicher und gestalterischer Qualität und ermöglichen ihnen einen schnellen Zugang zu den für sie relevanten Informationen.

B.4.1 Berichtsstruktur

- 5 Die Strukturierung des Berichts ermöglicht einen schnellen Überblick über die zentralen Inhalte und einen gezielten Zugang zu Einzelaspekten.

Dafür ist der Bericht klar, logisch und leicht verständlich gegliedert und enthält ein Inhaltsverzeichnis sowie ggf. einen Index (Stichwortverzeichnis, GRI-Index oder Vergleichbares). Wünschenswert ist eine Verknüpfung thematisch verwandter Berichtsinhalte über Querverweise.

Bei integrierter Print-Internet-Berichterstattung wird eine vergleichbare und in diesem Sinne schnell erschließbare Grundstruktur verwendet; die "Nachhaltigkeitsseiten" werden sichtbar und zentral auf der Unternehmens-Website angeboten.

Reine Internet-Berichte bieten zudem gezielte Selektions- und Suchoptionen für den schnellen Zugang spezifischer Nutzergruppen.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.4.2 Text

- 5 Die textliche Gestaltung zielt auf eine authentische Wiedergabe der Nachhaltigkeitsherausforderungen und -leistungen des Unternehmens.

Dafür ist der Text stringent, sachlich und gut verständlich formuliert. Die verwendeten Begriffe und Abkürzungen werden, sofern zum allgemeinen Verständnis erforderlich, definiert bzw. erläutert, und formalisierte oder technische Abläufe werden allgemeinverständlich dargestellt. Akteure, Zeiträume, Ursachen und Folgen werden klar benannt und nicht verschleiert.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.

- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.4.3 Layout

- 5 Das Berichtslayout unterstützt die Lesefreundlichkeit und leichte Erfassbarkeit der Berichtsinhalte.

Dafür werden die Inhalte durch Überschriften, Zwischenüberschriften, Lead-Texte oder Marginalien klar gegliedert. Weiterführende (Internet-)Verweise werden hervorgehoben. Bildliche Darstellungen und Fotos werden unterstützend, d. h. mit klarem Text- und Sinnbezug, eingesetzt und folgen einer einheitlichen und ansprechenden Gestaltung.

Bei gedruckten Berichten werden die Papierart (Frischfaserpapier, Recyclingpapier) bzw. der Papierstandard (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling etc.) ausgewiesen.*

Internet-Berichte beachten die Vorgaben zur Barrierefreiheit und verfügen über ein komfortables Seiten- und Drucklayout bzw. -format (bildschirm- und druckoptimiert).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.

- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.4.4 Abbildungen

- 5 Zur Visualisierung und leichteren Erfassbarkeit der Inhalte (Beschreibungen und Zahlenangaben) enthält der Bericht Abbildungen, Grafiken und Tabellen. Die Abbildungen liefern eine kompakte und verständliche Darstellung komplexer Zusammenhänge, organisatorischer Strukturen oder technischer Abläufe und Verfahren. Die Grafiken bilden schnell erfassbar Daten und Fakten der Unternehmensleistungen sowie deren Entwicklungsverläufe ab, ohne dabei die Größen- oder Mengenverhältnisse zu verfälschen; die genauen Zahlenangaben sind Bestandteil der Grafiken. Die Tabellen sind kompakt, übersichtlich und schnell erfassbar.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.4.5 Kontakt

- 5 Der Bericht lädt zur Kontaktaufnahme ein und enthält schnell auffindbar die erforderlichen Kontaktdaten. Dazu gehören die Adresse des Unternehmens (Hauptstandort) inklusive Website, die für den Bericht und/ oder die Themenbereiche Nachhaltigkeit/ CSR/ Umwelt zuständige Abteilung mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse sowie ggf. eine konkrete Ansprechperson.

Bei reinen Internet-Berichten sind die zuständigen Abteilungen oder ggf. Personen direkt für Fragen und Feedback erreichbar, beispielsweise über ihre E-Mail-Adresse, ein spezifisches Kontaktformular oder in Diskussionsforen.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

B.4.6 Angebot zusätzlicher Informationen

- 5 Der Bericht verweist auf zusätzliche interne und externe Informationen und Dokumente. Dafür werden weitere Informationen und Materialien des Unternehmens explizit benannt und leicht zugänglich im Internet angeboten. An relevanten Stellen wird auf die Websites Dritter bzw. auf externe Materialien verwiesen. Die Verweise auf das Internet erfolgen gezielt, d. h. die Seite, die die Zusatzinformationen enthält, ist leicht zugänglich (ggf. über einen Index; ein GRI-Index enthält dabei die Bezeichnung der Indikatoren oder mindestens Zwischenüberschriften zur thematischen Einordnung).

Reine Internet-Berichte arbeiten mit Hyperlinks zur direkten Verknüpfung der Informationen des Nachhaltigkeits- sowie des gesamten Online-Auftritts des Unternehmens; ggf. wird zudem über einen Index verlinkt. Das Unternehmen bietet aktuelle nachhaltigkeitsrelevante Informationen über Meldungen, Ticker, Newsletter o. ä. sowie ggf. ein Archiv und eine Dokumentensammlung. Websites und Dokumente Dritter werden ebenfalls direkt verlinkt.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Teil 2 – Branchenspezifische Kriterien

1. Einleitung

Der zweite Teil des vorliegenden Kriterienkatalogs ist eine Zusammenstellung aller im Ranking vorliegenden Branchenpapiere. Die Auswahl der Branchen richtet sich dabei nach der Branchenzuordnung der in das Ranking einbezogenen Unternehmen. Die Branchenpapiere ergänzen bzw. konkretisieren die allgemeinen, branchenübergreifenden Kriterien des IÖW/future-Rankings.

Die Branchenpapiere dienen dazu, die Branchen, ihre Leistungen und Akteure zu skizzieren, die besonderen sozialen und ökologischen Herausforderungen zu erläutern, relevante Branchenstandards zu benennen und so auf transparente und nachvollziehbare Weise branchenspezifische Kriterien herzuleiten. Sie liefern zudem branchenexternen und branchenfernen Akteuren den notwendigen Hintergrund, um Berichte der Branche einordnen und nachvollziehen zu können.

Die jeweiligen Kriterien bauen auf den branchenspezifischen Kriterien der früheren Rankings von Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichten auf.¹¹ Diese wurden insbesondere im Ranking 2009 stark überarbeitet und für einige Branchen neu entwickelt. Im Ranking 2011 sind geringfügige Anpassungen vorgenommen worden, die zur besseren Identifikation mit einem * gekennzeichnet sind.

Um die gesamten Anforderungen an ein Unternehmen der Branche zu erfassen, sind die allgemeinen Kriterien als Basis heranzuziehen. Die branchenspezifischen Ergänzungen und Konkretisierungen konzentrieren sich mehrheitlich auf die Anforderungen an die Produktionsökologie sowie an die soziale und ökologische Verantwortung bezüglich der Produkte und der Lieferkette; sie sind jeweils durch Fettdruck hervorgehoben.

11 s. Loew, Thomas/Clausen, Jens: Kriterien und Bewertungsskala zur Beurteilung von Nachhaltigkeitsberichten. Branchenspezifische Kriterien, Berlin, 2005.



2. Branchen

Automobilhersteller

Autor: Thomas Merten

Überblick über die Branche

Die Ranking-Branche „Automobilhersteller“ umfasst diejenigen Unternehmen, die Kraftfahrzeuge, speziell Personenkraftwagen (PKW) und Lastkraftwagen (LKW), herstellen.

Die deutsche Automobilbranche baut PKW jeder Größenklasse, wobei tendenziell die Oberklasse- und Luxuswagen dominieren, sowie (zum Teil) LKW. Neben den bekannten großen Marken existiert eine geringe Zahl an eher kleineren Unternehmen, die sehr spezielle Kundenwünsche z. B. nach Sportwagen befriedigen und aufgrund der hohen Produktions- und Entwicklungskosten auch nur einen kleinen Kundenkreis ansprechen.

In Deutschland vertritt der Verband der Automobilindustrie (VDA) die Interessen der Branche. Neben den großen Herstellern von Kraftfahrzeugen, die sich alle im VDA organisieren, sind in diesen Verband ebenfalls die Zulieferbetriebe integriert. Das zentrale Engagement des VDA gilt den Interessen der gesamten deutschen Automobilindustrie auf nationaler und internationaler Ebene. Die „European Automobile Manufacturers Association“ (ACEA) tritt in Europa für die Interessen der Branche ein. In ihm sind 15 europäische bzw. die europäischen Dependancen nicht-europäischer Hersteller zusammengeschlossen. VDA und ACEA sind wiederum mit anderen nationalen Automobilverbänden in der „Organisation Internationale des Constructuer d'Automobile“ (OICA) mit Sitz in Paris organisiert.

Neben den reinen Industrieverbänden existieren mehrere große Interessensverbände der Automobilnutzer, die oft ähnliche oder gleiche Standpunkte wie die Branchenverbände vertreten. In Deutschland ist der Allgemeine Deutsche Automobil Club (ADAC) die zahlenmäßig stärkste Organisation, gefolgt vom Auto Club Europa (ACE) und dem Automobilverein von Deutschland (AVD). Diesen und den Branchenverbänden stehen die Umweltverbände gegenüber, die den Autoverkehr aufgrund der ökologischen Belastungen kritisieren.

Die Branche wird von weltweit agierenden Konzernen dominiert, die sich den Markt mit relativ wenigen anderen Unternehmen aufteilen. Diese Konzentration ist in erster Linie der komplexen Produktionskette mit großem technologischem und räumlichem Aufwand geschuldet. Kleinere Unternehmen, die sich auf ein spezielles Produkt (z. B. Sportwagen in Kleinserie oder Umbauten) konzentrieren, produzieren daher überwiegend in Handarbeit und dementsprechend kleinere Mengen.

Die deutsche Automobilbranche ist über Beteiligungen zum Teil eng mit der internationalen Konkurrenz verzahnt (s. z. B. die General Motors Tochter Opel oder die VW Tochter Skoda). Neben Deutschland werden Automobile hauptsächlich in Frankreich, Italien, den USA, Japan und Südkorea hergestellt. Neben diese großen Industrienationen treten aber immer häufiger Unternehmen aus aufstrebenden Staaten wie China oder Indien in den internationalen Markt. Noch sind die Produkte auf dem internationalen Markt meist nicht durchsetzungsfähig, betrachtet man aber die Geschichte der Branche (siehe z. B. japanische Automobilher-

steller), dann scheint es wahrscheinlich, dass diese Unternehmen in den nächsten Jahren ihre Marktanteile werden ausbauen können.

Der Exportrekord im Pkw-Sektor und die weltweite Konjunktur im Nutzfahrzeugbau sorgten 2007 für einen weiteren Anstieg des Umsatzes der deutschen Automobilindustrie. Insgesamt haben die Hersteller den Gesamtumsatz im Jahr 2007 um 7 % auf 203 Mrd. Euro ausgeweitet. Im Inlandsmarkt ging der Umsatz allerdings um 1 % auf ca. 59 Mrd. Euro zurück. Auch die Zahl der Beschäftigten der Branche sank. So arbeiteten 2007 mit 383.050 Beschäftigten 2,3 % weniger Menschen in der Branche als noch im Jahr zuvor.¹²

Auf den Auslandsmärkten haben die Hersteller dagegen kräftig zugelegt. Gegen den schwachen US-Dollar stiegen die Auslandsumsätze zweistellig auf über 144 Mrd. Euro (+ 10 %). Die Exportquote der deutschen Pkw-Hersteller wurde erneut gesteigert: drei von vier im Inland hergestellten Pkw sind für die Ausfuhr bestimmt. Dabei werden mehr als 3 Mio. der insgesamt 4,3 Mio. exportierten Autos auf dem europäischen Markt verkauft. Der nächst größere Anteil der deutschen Automobile wird nach Amerika verschifft, wobei der Absatz in diese Region stagniert. Dagegen holt der asiatische Markt auf: Im Vergleich zu 2006 wurden 2007 14 % mehr Autos nach Asien exportiert. Besonders stark stieg die Nachfrage in China (+ 23 %).¹³ Insgesamt machen deutsche Konzernmarken 16,9 % der weltweiten Automobilproduktion aus.

Die derzeit wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise hat jedoch starke Auswirkungen auf die Branche, die hier aber aufgrund der aktuell nicht absehbaren Entwicklungen inhaltlich nicht weiter thematisiert werden. Ein Eingehen auf die Finanzkrise ist in den 2009er Berichten zu erwarten.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die Nachhaltigkeitsherausforderungen der Automobilbranche sind zum einen die Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz und Senkung der Emissionen durch verbrauchsärmere Antriebstechniken sowie die Verwendung von Recyclingmaterialien oder Rohstoffen mit höherer Verfügbarkeit und vergleichsweise geringeren Vorketten. Zum anderen ist weltweit der Trend zu kleineren und preiswerteren Fahrzeugen zu beobachten, die aber dennoch den Sicherheitsstandards entsprechen sollen. Bei den LKWs steht vorrangig die Senkung der Verbräuche, Emissionen (hier vor allem die Staubbelastung) und des Lärmaufkommens im Vordergrund. Auch die verstärkte Abkehr von Verbrennungsmotor hin zu Hybrid-, Elektro- oder Wasserstoff-Antrieben beherrscht die Diskussion innerhalb der Branche.

Die Zulieferung der Baugruppen etc. zu den Automobilproduzenten erzeugt ein hohes Verkehrsaufkommen auf Straße, Schiene und sonstigen Verkehrsträgern. Auch führt die „just in time“ - Lieferung weiterhin zu einer „Lagerhaltung auf der Straße“ mit entsprechenden Auswirkungen für die Umwelt und die Fahrer der Speditionen.

Besonders betroffen ist die (deutsche) Automobilbranche vom sich deutlich abzeichnenden Klimawandel, der durch Fahrzeugabgase mitverantwortet wird. Laut Branchenangaben sind Fahrzeuge für ungefähr 16 % der CO₂ Emissionen verantwortlich. Von Politik und Öffentlichkeit werden daher strengere Abgasnormen, der Einbau von Filteranlagen und die Entwick-

12 VDA (Hrsg., 2008): Zahlen und Fakten – Allgemeines (www.vda.de/de/zahlen/jahreszahlen/allgemeines/; letzter Zugriff 27.01.2009).

13 VDA (Hrsg., 2008): Zahlen und Fakten – Export (www.vda.de/de/zahlen/jahreszahlen/export/index.html; letzter Zugriff 27.01.2009).

lung verbrauchs- und emissionsärmerer Antriebsvarianten gefordert. Zwar haben die Unternehmen durchaus erkannt, dass sie durch die Entwicklung abgas- und verbrauchsarmer Autos oder neuer Technologien wie Elektro- oder Hybridmotoren neue Absatzchancen erhalten.¹⁴ Gleichwohl gehen die Verbände weiterhin stark gegen Reglementierungen durch die Politik, beispielsweise bei Abgasnormen, vor. Weiterhin ist speziell die deutsche Automobilbranche nicht besonders gut aufgestellt, was grundsätzliche neue Technologien betrifft, z. B. Hybridmotoren. Ihr Schwerpunkt lag bisher vor allem auf Effizienzsteigerungen traditioneller Konzepte und Technologien¹⁵ (siehe 3l-Auto oder aktuelle Modifizierungen der Diesel- und Benzinmotoren). Elektro- oder Wasserstoffantriebe stecken hingegen noch in vergleichsweise frühen Phasen der Entwicklung, während der japanische Hersteller Toyota bereits Fahrzeuge mit Koppelung von Elektro- und Verbrennungsmotor (Hybrid) auf den Markt brachte. Als Gründe für die Zurückhaltung werden die Verlässlichkeit von bewährten Antriebskonzepten, die Erfordernisse einer entsprechenden Infrastruktur (Tankstellen für Wasserstoff oder Strom) und Schwierigkeiten bei der Entwicklung bestimmter Schlüsselkomponenten, wie zum Beispiel die Speicherung von Wasserstoff, angegeben.¹⁶ Aufgrund steigender bzw. stark schwankender Ölpreise verschiebt sich allerdings zunehmend das Gewicht zugunsten neuer Technologien.¹⁷

Die Antriebstechnik ist nur ein Feld der Forschung. Andere, leichtere Werkstoffe zur Verringerung des Gewichts oder besseren Recyclierbarkeit werden ebenfalls erforscht, genau so wie verbesserte Sicherheitsmaßnahmen oder effizientere Getriebe.

Alternative, nachwachsende Rohstoffe bzw. Bio-Kraftstoffe werden ebenfalls in den Planungen der Unternehmen berücksichtigt¹⁸, wobei die Probleme des nachhaltigen Anbaus oder der Konkurrenz mit Ernährungsfragen rund um die Welt kaum oder nicht angesprochen werden. Auch von Seiten der Verbände wird auf diese Problematik nicht eingegangen.¹⁹

Neben CO₂ spielen besonders in urbanen Umgebungen auch weitere Emissionen von Fahrzeugen eine große Rolle. Staubpartikel, die die Gesundheit von Menschen gefährden, oder entstehender Lärm sind nur zwei Beispiele.²⁰ Für das erste Problem bieten sich Filteranlagen, wie zum Beispiel Dieselpartikelfilter, an. Seit wenigen Jahren werden vereinzelt Umweltzonen in Ballungsräumen eingeführt, die die Reduzierung von Feinstaubbelastungen erreichen sollen. Der durch den Autoverkehr entstehende Lärm steht dagegen ohne den Druck auf lokaler Ebene weniger im Fokus politischer Maßnahmen. Zwar investiert die Branche laut eigenen Angaben in die Reduzierung von Fahrzeuflärm, dies muss jedoch mit

14 ACEA (Hrsg., 2008): Cars, Trucks and the Environment, Brüssel

(www.acea.be/images/uploads/files/20080703_Cars_Trucks_Environment.pdf; letzter Zugriff: 29.01.2009).

15 ACEA (Hrsg., 2004): Why Diesel?, Brüssel (www.acea.be/images/uploads/pub/20040212PublicationsWhyDiesel.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

16 Morris, C. (2007): Eine Million Elektroautos in Deutschland bis 2020 (www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26669/1.html); letzter Zugriff 27.01.2009); Better Place (Hrsg., 2009): Battery Exchange Stations (www.betterplace.com/our-bold-plan/how-it-works/battery-exchange-stations; letzter Zugriff 04.02.2009); Geitmann, S. (1999): Wasserstoff-Speicherung, Hydrogeit (www.hydrogeit.de/speicherung.htm; letzter Zugriff 29.01.2009); GKSS-Forschungszentrum (Hrsg., 2009): Multifunktionale Materialien für die Wasserstoff-Technologie (www.gkss.de/program/materials_systems/core/fm/hydrogen/index.html.de; letzter Zugriff 29.01.2009).

17 VDA (Hrsg., 2008): Deutsche Automobilindustrie gibt Startschuss für "Umwelt-Autosommer" (www.vda.de/de/meldungen/news/20080627.html; letzter Zugriff 29.01.2009).

18 ACEA (Hrsg., 2008): Reducing CO₂ Emissions from Cars, Brüssel (www.acea.be/images/uploads/files/20080207_BROCHURE_DD_Eng.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

19 ACEA (Hrsg., 2008): ACEA Statement on Biofuel, Brüssel (www.acea.be/images/uploads/files/20080717_ACEA_Statement_on_Biofuels.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

20 UBA (Hrsg., 2006): Verkehr Schadstoffminderungstechnik: Rußfilter. (www.umweltbundesamt.de/verkehr/techemissmm/technik/partikelfilter/partikelfilter.htm; letzter Zugriff 29.01.2009); ACEA (Hrsg., 2002): Tackling Noise. How Motor Vehicles can contribute, Brüssel (www.acea.be/images/uploads/pub/20020723PublicationsBrochureNoise.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur, beispielsweise intelligente Verkehrslenkssysteme, einhergehen, da durch Staus mehr Lärm und mehr Schadstoffe in begrenztem Raum freigesetzt werden.²¹ Car-Sharing-Initiativen oder Fahrgemeinschaften können zudem das Verkehrsaufkommen und damit den Schadstoffausstoß reduzieren, während sie gleichzeitig die Mobilität der Menschen erhalten.²² Diese Konzepte werden jedoch von der Branche bzw. den Verbänden nicht thematisiert: Sie könnten hier z. B. fördernd oder unterstützend tätig werden, um die Mehrfachnutzung ihrer Produkte und die Senkung des Verkehrsaufkommens voranzutreiben – als ersten oder weiteren Schritt vom Verkauf von Fahrzeugen zur Bereitstellung von Mobilität.

Ein weiteres Thema, das sowohl von der Branche als auch der Politik und der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert wird, ist die Sicherheit im Straßenverkehr. Gefordert sind Technologien (z. B. Airbag), die die Verletzungs- oder Sterberate der Insassen senken. Aber auch elektronische Systeme, die in Gefährdungssituationen (z. B. bei Alkoholeinfluss) das Wegfahren verhindern oder die wie Freisprechanlagen eine bessere Konzentration der FahrerInnen ermöglichen, sind zum Teil bereits vorgeschrieben.²³

Zum Schutz anderer VerkehrsteilnehmerInnen, wie zum Beispiel FußgängerInnen oder RadfahrerInnen, werden ebenfalls neue oder verbesserte Technologien entwickelt, die die Zahl der Verkehrstoten verringern sollen.²⁴ Eine zentrale politische Maßnahme in diesem Bereich ist die EU-Fußgängerschutzrichtlinie, die Sicherheitsanforderungen als Voraussetzungen für die Zulassung von Neuwagen formuliert.²⁵ Für Kinder werden von Verbandsseite Empfehlungen für Rückhaltesysteme und die Deaktivierung von Beifahrerairbags gegeben.²⁶ Auch SeniorInnen sind eine relevante Gruppe von VerkehrsteilnehmerInnen.²⁷ Zwar ist die Zahl der verunglückten älteren FußgängerInnen von 13.970 (1980) auf 6.745 (2006) gesunken, die der Verkehrstoten sogar um fast zwei Drittel. Dramatische Steigerungen (von 5.901 (1980) auf 11.191 (2006)) gab es aber bei den verunglückten RadfahrerInnen.²⁸ Gleichwohl werden SeniorInnen in der Verbraucherkommunikation der Industrie nicht gesondert beachtet; Tipps und Diskussionsbeiträge zur Verkehrssicherheit kommen hauptsächlich von NGOs.²⁹

-
- 21 ACEA (Hrsg., 2002): Tackling Noise. How Motor Vehicles can contribute, a.a.O.; ADAC (Hrsg., 2008): Standpunkt Verkehrsbeeinflussungsanlagen, München (www.adac.de/images/Verkehrsbeeinflussungsanlagen_Standpunkt_0804_tcm8-56963.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 22 ADAC (Hrsg., 2008): Standpunkt Car-Sharing Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, München (www.adac.de/images/Car-Sharing-Stellplaetze_Standpunkt_0804_tcm8-190980.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); ADAC (Hrsg., 2008): Standpunkt Fahrgemeinschaften im Berufsverkehr, München (www.adac.de/images/Fahrgemeinschaften-Berufsverkehr_Standpunkt_0804_tcm8-56932.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 23 ADAC (Hrsg., 2008): Standpunkt Alkohol – Interlocks, München (www.adac.de/images/Alkohol-Interlocks_Standpunkt_2008-11_tcm8-235934.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); ADAC (Hrsg., 2006): Standpunkt Telefonieren im Auto, München (www.adac.de/images/Telefonieren-im-Auto-Stellungnahme-und-Tipps-2006_tcm8-56934.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 24 VDA (Hrsg., 2005): Deutsche Hersteller Vorreiter bei Erfüllung der EU-Fußgängerschutz-Richtlinie (www.vda.de/de/meldungen/archiv/2005/09/11/1135/; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 25 Richtlinie 2003/102/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zum Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern vor und bei Kollisionen mit Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/n26030.htm, letzter Zugriff 29.01.2009).
- 26 VDA (Hrsg., 2008): Kinder-Sicherheit: Airbag-Deaktivierung unter bestimmten Voraussetzungen zulässig (www.vda.de/de/verband/fachabteilungen/technik/infos/kindersicherheit_airbags.html; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 27 Deutsche Verkehrswacht (Hrsg., 2006): Mobil bleiben, aber sicher!, Bonn / Berlin (www.dvw-ev.de/download/Seniorenmagazin_2006.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 28 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2007): Kurzinformation zur Verkehrsunfallstatistik - Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2006, Wiesbaden ([www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur_vollanzeige.csp&ID=1021229](http://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur_vollanzeige.csp&ID=1021229); letzter Zugriff 29.01.2009).
- 29 z. B. ACE (Hrsg., 2007): Bodewig will Verkehrssicherheit für Senioren verbessern (www.ace-online.de/cps/rde/xchg/ace_internet_new/hs.xsl/21_7824_DEU_xHTML.htm; letzter Zugriff 29.01.2009).

Für die Lastkraftwagen gelten dieselben Probleme und Anforderungen, die hier bereits für PKW angeführt wurden, wie beispielsweise Sicherheit im Straßenverkehr, Lärm und natürlich Umweltverträglichkeit/Abgase.³⁰ Hinzu kommen spezielle Herausforderungen, die mit der Rolle von LKWs als Logistik- bzw. Transportmedium zusammenhängen. Ein Ansatz zur Verringerung des LKW-Verkehrs ist z. B. die Erprobung von Fahrzeugen, die in Kombination mit einem Anhänger bis zu 60 Tonnen wiegen können; bisher sind in Deutschland nur 40 Tonnen erlaubt. Inzwischen laufen in mehreren Bundesländern Versuche auf ausgewählten Strecken. Der VDA sieht in diesen „EuroCombis“ die Lösung für erwartete Steigerungen des Güterverkehrs und Vorteile für die Umwelt.³¹ Die Politik und NGOs wie der ADAC sind von den Vorteilen dieser überlangen Fahrzeugen nicht überzeugt und verweisen auf Nachteile wie die Belastung von Brücken und Straßen durch das erhöhte Gewicht oder mögliche Unfallfolgen.³²

Seit 2005 müssen LKWs ab 12 Tonnen Gewicht auf deutschen Autobahnen entfernungsabhängige Mautgebühren an die von der Bundesregierung beauftragte Firma „Toll Collect“ zahlen.³³ Die dadurch eingenommenen Gelder sollen dem Erhalt der Infrastruktur dienen und gleichzeitig Anreize schaffen, den Güterverkehr auf andere Verkehrsmittel, wie Schiene und Wasserstraße, zu verlagern.³⁴ Die deutsche Automobilindustrie bekämpfte dieses Gesetz und vertritt inzwischen die Position, dass die durch die Maut erzielten Einnahmen ausschließlich dem Erhalt und Ausbau der Straßen in Deutschland zukommen sollen.³⁵ Einen ähnlichen Standpunkt vertritt unter anderem auch der ADAC.³⁶

Die Branche bearbeitet die verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen unterschiedlich aktiv. Während Sicherheitsthemen Standard in der Forschung und Umsetzung im Fahrzeug sind, sind Umweltthemen wie CO₂- oder Feinstaub-Ausstoß erst in den letzten Jahren auf Druck der Öffentlichkeit in den Fokus der Branche gerückt. Ähnlich wird/wurde mit dem Thema Energie- und Ressourcen-Effizienz umgegangen. Alternative Antriebsmethoden existierten lange als Versuchsmodelle, wurden aber nicht intensiv in Richtung Serienreife verfolgt, auch wegen der bereits angesprochenen Schwierigkeiten bei Schlüsselkomponenten. Generell ist eine Polarisierung zwischen den verschiedenen Akteuren (Hersteller, Verbände, Umweltschutzorganisationen; Initiativen zum Schutz der VerkehrsteilnehmerInnen) zu beobachten,

-
- 30 VDA (Hrsg., 2003): Spezielles Fahrtraining für Fahrer leichter Lkw (www.vda.de/de/meldungen/archiv/2003/06/30/720/; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2007): Auto 2007: Sicherheit und Technik (www.vda.de/de/publikationen/jahresberichte/auto2007/sicherheit/s13.html; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2007): Internationaler Tag gegen Lärm (www.vda.de/de/meldungen/archiv/2007/04/24/1580/; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2008): Zahl der Aussteller um ein Drittel gestiegen – Saubere Lkw mit weniger Verbrauch (www.vda.de/de/meldungen/news/20080918-1.html; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 31 VDA (Hrsg., 2007): Auto 2007: Verkehr (www.vda.de/de/publikationen/jahresberichte/auto2007/verkehr/v7.html; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2007): Großversuch mit innovativen Nutzfahrzeugen bringt gesicherte Erkenntnisse (www.vda.de/de/meldungen/archiv/2007/10/08/1797/; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2007): Großversuch mit innovativen Nutzfahrzeugen bringt ökologische Vorteile (www.vda.de/de/meldungen/archiv/2007/04/17/1574/; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 32 ADAC (Hrsg., 2008): Standpunkt Flexible Nutzfahrzeugkonzepte, München (www.adac.de/images/Flexible-Nutzfahrzeugkonzepte_Standpunkt_0804_tcm8-198381.pdf; letzter Zugriff 29.10.2009).
- 33 BMVBS (Hrsg., 2009): LKW-Maut (www.bmvbs.de/Verkehr/Strasse-1436/LKW-Maut.htm; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 34 BMVBS (Hrsg., 2009): Lkw-Maut: innovativ, ökologisch und gerecht (www.bmvbs.de/Verkehr/Gueterverkehr-Logistik/Lkw-Maut-1436.7443/Lkw-Maut-innovativ-oeologisc.htm; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 35 VDA (Hrsg., 1999): Maut zusätzlich zur Ökosteuer wäre nicht tragbar (www.vda.de/de/meldungen/archiv/1999/08/09/15/; letzter Zugriff 29.01.2009); VDA (Hrsg., 2008): Zweckbindung der Lkw-Maut und Investitionsverstärkung der richtige Weg (www.vda.de/de/meldungen/news/20080813.html; letzter Zugriff 04.02.2009); VDA (Hrsg., 2008): Höhere Maut für Fernstraßen verwenden – Bundesrat sollte neue Mauthöheverordnung kritisch prüfen (www.vda.de/de/meldungen/news/20080618-1.html; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 36 ADAC (Hrsg., 2006): Standpunkt PKW-Maut: Einige Fakten zu populären Thesen, München (www.adac.de/images/Standpunkt%20-%20PkW-Maut%20Fakten%20zu%20popul%C3%A4ren%20Thesen_tcm8-139871.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

was z. B. die Umweltbelastungen, den Flächenverbrauch oder die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen durch den Individualverkehr via PKW angeht.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, falls zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

a) SO_2 (Schwefeldioxid)

b) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Darstellung der wichtigsten)

c) Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung)

d) NO_x (Stickoxide).

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zum

a) Verbrauch von Rohstoffen

- **Metalle / Edelmetalle**
- **Kunststoffe**
- **Sonstiges.**

b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen

Mengenangaben zumindest differenziert nach folgenden Materialgruppen oder unter Verwendung einer vergleichbaren Unterteilung:

- **Öle/ Fette /Schmierstoffe, -mittel**
- **Lösemittel**
- **Farben/ Lacke/ Beizmedien**
- **Sonstiges**

c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).^{*37}

Mengenangaben zumindest differenziert nach folgenden Materialgruppen oder unter Verwendung einer vergleichbaren Unterteilung:

- **Elektrik/Elektronik**
- **Transport-, Produktverpackungen**
- **Sonstiges.**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung der wesentlichen Stoffströme.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. **Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung werden dargelegt.*** Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie

³⁷ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

auf den CSB bzw. BSB eingegangen. **Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags werden dargelegt.***

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser)
- c) Schwermetalle (ggf. Aufschlüsselung)**
- d) organische Bestandteile (CSB und/ oder BSB)**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen.

Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

Wesentliche Aspekte, die dabei herausgestellt werden, sind (mindestens 4 der genannten 7):

- a) Kriterien für die Auswahl der Rohstoffe, Ausschluss des Einsatzes gesundheits- und umweltgefährdender Rohstoffe**
- b) Reduzierung der umweltrelevanten Emissionen (insbesondere CO₂, Rußpartikel, Lärm, Stickoxide) in der Nutzungsphase bei bestehenden Antriebsformen**
- c) Entwicklung alternativer Antriebsformen (z. B. Hybridauto) und Treibstoffe**
- d) Entwicklung schadstoffarmer Fahrzeuge mit geringem Verbrauch (z. B. Entwicklungsschritte, Stellenwert in der Markenpolitik)**
- e) Entwicklung von Mobilitätsdienstleistungen**
- f) Rücknahmekonzepte für Altfahrzeuge mit Angabe des Wiederverwertungsanteils**

g) Kostentransparenz über den Lebenszyklus.

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

- 5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargestellt.

Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen über den gesamten Lebenszyklus³⁸ (**CO₂-Ausstoß und/oder Flottenverbrauch**)
 - b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
 - c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte³⁹.
- 3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

38 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen

39 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine materialeffiziente Produktion ermöglichen

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung) **Hierbei geht das Unternehmen auf sowohl aktive als auch passive Sicherheit (auch für Passanten) bei PKW und LKW ein.**
- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten (z. B. **Betriebskosten über den Lebenszyklus, Risiken in der Nutzung und Entsorgung, CO₂-Angaben und Flottenverbrauch in transparenter und nachvollziehbarer Art und Weise (z. B. je Fahrzeugtyp sowie im Vergleich zur Flotte oder zum Segment)**)
- f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
- g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Banken

AutorInnen: Linda Bergset, Jana Gebauer, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Ein Unternehmen wird der Branche „Banken“ zugerechnet, wenn es Bankgeschäfte nach dem Kreditwesengesetzes (KWG) betreibt. Betriebswirtschaftlich werden Bankgeschäfte eingeteilt in Aktivgeschäfte (u. a. Gewährung von verschiedenen Kredittypen), Passivgeschäfte (u. a. Entgegennahme von Einlagen) sowie Dienstleistungsgeschäfte (Zahlungsverkehrs-, Depot- und Geldwechselgeschäfte; sowie Investmentbanking, d. h. u. a. Vermögensverwaltung, Handel mit Wertpapieren sowie Unterstützung von Unternehmen bei Börsengängen, Fusionen oder Übernahmen).

Das System der Banken (Kreditinstitute) in Deutschland wird als „Drei-Säulen-System“ bezeichnet. Es lässt sich unterteilen in Institute des Sparkassensektors (einschließlich der Landesbanken), des Genossenschaftssektors mit den Volks- und Raiffeisenbanken sowie des Sektors der Privatbanken. Hinzu kommen sonstige Institute wie Wertpapierhandelsbanken oder Bausparkassen.⁴⁰ Während die Sparkassen und die Privatbanken einen ähnlich hohen Anteil an der Gesamt-Bilanzsumme deutscher Banken aufweisen (ca. 36 bzw. 32 %), ist der Anteil der Genossenschaftsbanken mit 11 % wesentlich geringer. Die Anzahl der Bankniederlassungen zwischen den drei Sektoren ist ungefähr gleich verteilt.⁴¹ Während Privatbanken vor allem in größeren Städten vertreten sind, arbeiten Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor allem „in der Fläche“. Eine Sonderrolle unter den Privatbanken nehmen die bundesweit aktiven „Großbanken“ (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Hypovereinsbank, Postbank) ein, die 70 % der Bilanzsumme der Privatbanken auf sich vereinen und für einen wesentlichen Teil des Auslandsgeschäfts deutscher Banken stehen.

Auf Verbandsebene spiegelt sich diese Struktur: Die deutschen Privatbanken werden vom „Bundesverband deutscher Banken“ vertreten, die Sparkassen vom „Deutschen Sparkassen- und Giroverband“ (DSGV), die Genossenschaftsbanken vom „Bundesverband Raiffeisenbanken“ (BVR); eine vergleichbare Dreiteilung existiert auf europäischer Ebene. Die Geschäftsbereiche des Asset Management sind häufig in eigene Unternehmen ausgelagert; als wichtigstes Sprachrohr der vermögensverwaltenden Industrie gilt in Deutschland der „Bundesverband Investment und Asset Management“ (BVI).

Der Wettbewerb in der deutschen Bankenbranche ist sehr stark. Gerade im Privatkundenbereich wurden die traditionellen Geschäftsmodelle der Banken, die vor allem auf Filialen setzten, von ausländischen Banken, Direktbanken und anderen neuen Akteuren wie den Autobanken stark unter Druck gesetzt. Dies führt einerseits dazu, dass mit 96,5 % der Zugang der KundInnen zu Finanzdienstleistungen in Deutschland im internationalen und europäischen Vergleich sehr hoch ist.⁴² Auf der anderen Seite gelten deutsche Banken angesichts

40 BaFin (Hrsg., 2008): Jahresbericht der BaFin 2007, Bonn / Frankfurt am Main, S. 119 f. (www.bafin.de/clin_116/mn_722564/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Jahresberichte/2007/jb_2007_gesamt.template_id=raw.property=publicationFile.pdf/jb_2007_gesamt.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

41 Deutsche Bundesbank (Hrsg., 2008): Bankenstatistik Dezember 2008, Frankfurt am Main, S. 104 ff. (www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/bankenstatistik/2008/bankenstatistik122008.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

42 Peachy, S. / Roe, A. (2006): Access to finance – What does it mean and how do savings banks foster access, Brüssel (www.microfinancegateway.org/files/30239_file_Perspectives_49.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

hoher Kosten international als kaum wettbewerbsfähig und spielen im internationalen Geschäft kaum eine wesentliche Rolle. Erwartet wird deswegen eine fortschreitende Konzentration sowohl unter großen Privat- und Landesbanken, aber auch kleinerer Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Aktuell werden Fusionsverhandlungen verschiedener großer Institute aller drei Sektoren geführt (z. B. Fusion der WestLB mit Helaba und Deka; DZ und WGZ-Bank) bzw. sind bereits abgeschlossen (Dresdner Bank und Commerzbank).

Derzeit befindet sich die Branche weltweit in einem mit der Finanzkrise verbundenen Umbruch. Seitdem im Jahr 2007 der amerikanische Markt für Hypothekendarlehen an KreditnehmerInnen minderer Bonität (Subprime Market) zusammenbrach, gerieten unter der Last der notwendigen Abschreibungen zunächst amerikanische Institute und in der Folge eine Vielzahl weiterer Institute weltweit in Schwierigkeiten. Die Folge waren massive staatliche Interventionen einschließlich der (Teil-)Verstaatlichung einer Reihe von Banken weltweit. Im Zuge der Finanzkrise haben viele Banken Geschäftstätigkeiten im Bereich Investmentbanking stark reduzieren oder aufgeben müssen. Zudem wird erwartet, dass die Finanzkrise den o. g. Konzentrationsprozess beschleunigen wird.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Banken tragen in besonders starkem Maße die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung. Einerseits ermöglichen sie im globalen Rahmen Wertschöpfungsprozesse (Investitions-, Produktions- und Konsumaktivitäten), indem sie die dafür notwendige Finanzmittel und Finanzdienstleistungen bereitstellen. Hierbei entscheidet die Gestaltung des Zugangs zu und der Konditionen von Bankdienstleistungen darüber, ob die ökonomischen Teilhabemöglichkeiten realisiert werden können. Durch die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in Dienstleistungen wie die Kreditvergabe oder das Asset Management können Banken dabei eine Lenkungswirkung zugunsten sozial und ökologisch verträglicher Aktivitäten ausüben. Allerdings kann andererseits mangelhaftes Risikomanagement auch einzelner Institute zu großen volkswirtschaftlichen Problemen führen. Zudem kann die (passive) Unterstützung von Geldwäsche und Steuerflucht zur Aushöhlung von Rechts- und Steuersystemen beitragen. Angesichts des anhaltenden Konzentrationsprozesses sowie der sich weiter verstärkenden Finanzkrise stellen sich Banken aktuell jedoch zwei besonders dringende Herausforderungen: zum einen bezüglich des Umgangs mit ökonomischen Risiken (sowohl auf der mikroökonomischen Ebene (corporate governance) der einzelnen Banken als auch auf makroökonomischer Ebene) und zum anderen im Zusammenhang mit Arbeitsplatzsicherung und sozialverträglichem Stellenabbau.

Aktuell stehen Banken vor besonderen ökonomischen Herausforderungen, die durch ihre zentrale Bedeutung für eine Volkswirtschaft besondere Relevanz erhält. Durch das Angebot von Geldanlagemöglichkeiten einerseits und Investitions- und Kreditentscheidungen andererseits sind Banken die zentralen Akteure zur Steuerung des Geldkreislaufs der Volkswirtschaften. Liquiditätsprobleme einer Bank können durch Dominoeffekte zum Zusammenbruch des Finanzsystems führen. Um dem vorzubeugen, ist das Bankgeschäft durch internationale Abkommen (insbesondere das Rahmenwerk „Basel II“) und unterschiedliche nationale Regelungen weitgehend reguliert⁴³ - vor allem mit dem Ziel, die durch die Kreditinstitu-

43 s. a.: Kämpf, K. (2006): Ist Ihre Bankverbindung nachhaltig? Eine Analyse von Umwelt- und Sozialaspekten bei Grossbanken, Basel, S. 13 (www.sarasin.ch/internet/tech/nachhaltige_bankverbindung_2006.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

te eingegangenen Risiken zu steuern. Diese Regulierung ist allerdings über existierende Lücken umgangen worden, was durch den Kollaps des Immobilienmarkts in den USA zu einer weltweiten Bankenkrise führte. Viele Institute des Sparkassen- und Genossenschafts-sektors verweisen auf ihre konservative Geschäftsführung, die in der Vergangenheit zu geringeren Eigenkapitalrenditen und langsamerem Wachstum führten, nun jedoch zur volkswirtschaftlichen Stabilität beitragen. Die Probleme bei den Landesbanken als Spitzeninstituten der Sparkassen zeigen jedoch, dass zumindest auch Teile dieses Sektors von den Problemen des globalen Finanzsystems stark betroffen sind.

Es besteht weitgehender Konsens darüber, dass ein wesentlicher Faktor zur Lösung der Finanzkrise eine stärkere, weltweite Regulierung von Bankgeschäften sein muss. Weiterhin ist es notwendig, auf Institutsebene Corporate-Governance-Strukturen zu überarbeiten, insbesondere mit dem Ziel, Risiken zu mindern und überhaupt schneller erkennen zu können. Als positives Beispiel einer Selbstregulierung können die „Wohilverhaltensregeln“ des BVI gelten. Mit ihnen hat sich die deutsche Asset-Management-Branche einen branchenweit anerkannten Standard für Corporate Governance in der Vermögensverwaltung gesetzt. Auch die freiwilligen nachhaltigkeitsbezogenen Standards, die weiter unten erwähnt werden, geben Anforderungen an Struktur und Prozesse vor, deren Einhaltung (Compliance) gewährleistet sein muss.

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem aktuell bedeutsamen Thema Stellenabbau stehen Banken vor einer hohen Verantwortung für ihre Beschäftigten. Zwischen den Jahren 2000 und 2007 ging die Zahl der MitarbeiterInnen in der Branche um mehr als 10 % auf ca. 663.000 zurück⁴⁴; die enormen finanziellen Belastungen durch die Finanzkrise und die aus ihr resultierenden Umstrukturierungen werden voraussichtlich einen weiteren umfangreichen Stellenabbau notwendig machen. In dieser Situation sind in Zusammenarbeit mit dem Sozialpartner Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung auszuloten bzw. Maßnahmen zur sozialverträglichen Abfederung von Betriebsänderungen zu entwickeln. Hinsichtlich der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sind zudem besondere Gefährdungen zu berücksichtigen, die aus Situationen der Bedrohung und Gewalt durch KundInnen entstehen können. Soziale Verantwortung hat ein Kreditinstitut jedoch nicht nur gegenüber seinen unmittelbar Angestellten, auch die wichtigsten Lieferanten sollten einer Bewertung ihrer Beschäftigungspraktiken unterzogen werden.⁴⁵ Dies betrifft vor allem Dienstleistungsunternehmen wie Wach- und Reinigungsdienste sowie Call Center.

Neben den genannten dringenden Nachhaltigkeitsherausforderungen der Neugestaltung des Risikomanagements und der Abfederung der Auswirkungen von Stellenkürzungen auf die MitarbeiterInnen stehen die Kreditinstitute vor weiteren wichtigen Herausforderungen. Diese beziehen sich zum einen auf die Umgehung von Steuer- und Aufsichtsbehörden durch Transaktionen über nur gering regulierte Offshore-Finanzplätze. Die hierbei bestehenden Nachhaltigkeitsproblematiken sind insbesondere die Nutzung dieser Finanzplätze für Steuerhinterziehung und Geldwäsche sowie die von der Intransparenz und schwachen Regulierung dieser Finanzplätze ausgehenden Gefahren für die Finanzmarktstabilität. Angesichts

44 Deutsche Bundesbank (Hrsg., 2008): Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2007, S. 20 (in: Deutsche Bundesbank (Hrsg., 2008): Monatsbericht September 2008, S. 15-29. (www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2008/200809mb_bbk_final.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009); Karsch, W. (2008) Top 100 der deutschen Kreditwirtschaft – Bewegung in der Bankenwelt, in: die bank, Berlin, 1999, 8 / 2008, 34 – 37 (www.die-bank.de/top100/bewegung-in-der-bankenwelt, letzter Zugriff 29.1.2009).

45 Schmid-Schönbein O, Braunschweig A, Oetterli G (2002): SPI-Finance 2002: Social Performance Indicators for the Financial Industry, Zürich, S. 59 (www.e2mc.com/bilder/downloads/SPI_Finance_2002.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

der Probleme mit Geldwäsche schlossen sich im Jahr 2000 elf weltweit tätige Institute zur Wolfsberg Group zusammen und entwickelten, u. a. in Zusammenarbeit mit Transparency International, Prinzipien zur Vorbeugung von Geldwäsche. Diese Prinzipien haben sich zu einem Branchenstandard entwickelt.⁴⁶

Die unmittelbaren ökologischen Auswirkungen des Bankbetriebs sind, wenn auch gering, so doch vorhanden. Als best-practice-Standard zu deren Minderung können die vom „Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen“ (VfU) entwickelten Kennzahlen⁴⁷ gelten, die dieser zusammen mit verschiedenen internationalen Finanzdienstleistern entwickelte, um die unmittelbaren Auswirkungen des Geschäftsbetriebs zu messen. Als wichtigste Herausforderung sieht der VfU die Senkung der durch den Geschäftsbetrieb verursachten Treibhausgasemissionen. Dafür ist vor allem eine Verringerung des Energiebedarfs für den Gebäudebetrieb erforderlich. Weiterhin sollte der Umfang von Geschäftsreisen reduziert werden, wobei bei der Erfassung der Reiseaktivitäten zu berücksichtigen ist, dass Kurzstreckenflüge das Klima relativ stärker beeinflussen als Langstreckenflüge. Angesichts des hohen Papierverbrauchs in Banken empfiehlt der VfU weiterhin die Senkung des Gesamtpapierverbrauchs und des Anteils besonders umweltbelastend hergestellter Papiersorten umzustellen. Papierfrischfasern sollten möglichst von Bäumen aus nachhaltiger Forstwirtschaft stammen.⁴⁸ Durch den starken Einsatz von Computertechnik in Banken ist „Green IT“ (umweltschonende Herstellung und Entsorgung der Technik, Minimierung des Energieverbrauchs beim Betrieb) ein wichtiges Thema für die Branche.

Um die eingangs erwähnte Lenkungswirkung zu erreichen, sind Kreditinstitute gefordert, ihre Produkte auf eine stärkere Nachhaltigkeit auszurichten. So können Banken beispielsweise durch Kreditvergaberichtlinien, die auch soziale oder ökologische Kriterien beinhalten, Einfluss auf die Nachhaltigkeitsorientierung der Wirtschaft nehmen. Eine Erweiterung der Kreditvergaberichtlinien trägt gegebenenfalls außerdem dazu bei, einen Kreditausfall zu vermeiden, der aufgrund von Nachhaltigkeitsrisiken entstehen kann. Wegen der Betroffenheit verschiedener Stakeholder durch die Kreditvergabepolitik einer Bank sollte Einblick in die Struktur des Kreditportfolios gewährt werden. Eine Aufschlüsselung des an Unternehmenskunden vergebenen Kreditvolumens nach Branchen erlaubt beispielsweise Rückschlüsse, ob das Kreditinstitut durch Finanzierung in besonders starkem Maße kritische Aktivitäten unterstützt, für die (auch) ökologische Kreditvergabelinien angebracht wären (z. B. Bergbau). Aus einer Aufschlüsselung des Kreditportfolios nach Unternehmensgröße oder Regionen kann wiederum geschlussfolgert werden, wie stark das Institut im Geschäft mit KMU oder in strukturschwachen Regionen engagiert ist.⁴⁹ Als best practice für derartige Transparenz kann die Praxis mancher alternativer Banken gelten, sämtliche gewerblichen Kreditnehmer zu veröffentlichen.

Im Zentrum der Kritik an der Unterstützung nicht-nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten durch von Banken entwickelte Finanzierungslösungen stehen vor allem Bergbau-, Staudamm- und andere Großprojekte in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern, die

46 Wolfsberg Principles (www.wolfsberg-principles.com); Kämpf, K. (2006): Ist Ihre Bankverbindung nachhaltig? Eine Analyse von Umwelt- und Sozialaspekten bei Grossbanken, a. a. O.

47 VfU (Hrsg., 2005) VfU-Kennzahlen 2005: Kennzahlen zur betrieblichen Umweltleistung für Finanzdienstleister (www.vfu.de/scin/userdata/File/Downloads/indicators-2005/VfU-Kennzahlen-2005.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

48 VfU (Hrsg., 2005) VfU-Kennzahlen 2005: Kennzahlen zur betrieblichen Umweltleistung für Finanzdienstleister, a. a. O.

49 Schmid-Schönbein O, Braunschweig A, Oetterli G (2002): SPI-Finance 2002: Social Performance Indicators for the Financial Industry, a. a. O., S. 64 ff.

oft mit signifikanten Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft einhergehen. An der Finanzierung derartiger Projekte sind häufig internationale Entwicklungsbanken beteiligt, insbesondere Institute der Weltbank-Gruppe. Diese entwickelte für die von ihr geförderten Projekte Leitlinien (heute: performance standards) zur Minimierung der Auswirkungen auf die Umwelt sowie zum Umgang mit lokalen Gemeinschaften und mit den Beschäftigten. Im Jahr 2003 bekannten sich zehn Kreditinstitute zu den so genannten Equator Principles und damit zur Einhaltung der Richtlinien der Weltbank für alle Projekte mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. USD (später gesenkt auf 10 Mio. USD). Seitdem haben sich mehr als 60 Kreditinstitute zu den Prinzipien bekannt. NGOs wie Banktrack bemängeln jedoch die Intransparenz, da unklar bleibt, ob und wie die Prinzipien tatsächlich angewendet und durchgesetzt werden.

Während (transparente) Nachhaltigkeitsstandards für die Kreditvergabe wenig verbreitet sind, gewinnt die so genannte „nachhaltige Geldanlage“ (oder „socially responsible investment“, SRI) in Wertpapiere immer mehr an Bedeutung, vor allem als direkte Anlage von Kundengeldern bei Investmentfonds. Der europäische Dachverband Eurosif taxiert den Anteil von Kapitalanlagen, die nach umfangreichen Umwelt-, Sozial- und / oder Governance-Kriterien angelegt sind, europaweit auf 3,4 % des verwalteten Vermögens (fast 18 %, wenn auch einfachere Ansätze berücksichtigt werden).⁵⁰ Die grundlegenden Strategien sind dabei die Vermeidung der Investition in Unternehmen, die umstrittene Geschäftspraktiken anwenden („negative screening“) oder umgekehrt die bevorzugte Anlage in Wertpapieren von Unternehmen, die vorbildliches Verhalten demonstrieren („positive screening“). Eine dritte Möglichkeit ist das „engagement“ als Aktionär, z. B. durch Abstimmungsverhalten auf Hauptversammlungen oder durch direkte Kommunikation mit dem Management. Einen wichtigen weltweiten Rahmen für nachhaltige Geldanlage stellen inzwischen die „United Nations Principles for Responsible Investment“ dar, denen sich inzwischen mehrere hundert Finanzdienstleister angeschlossen haben. Ein gutes Beispiel für nachhaltiges Engagement ist das Carbon Disclosure Project, eine internationale Initiative von mehr als 350 Finanzdienstleistern, die aktuell Vermögen von insgesamt rund 57 Billionen USD verwalten.⁵¹ Die Initiative möchte Anreize für börsennotierte Unternehmen setzen, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, und fordert von den Unternehmen eine Berichterstattung über ergriffene Anpassungsmaßnahmen.

Besondere Berücksichtigung verdienen Verbraucherschutzaspekte von Bankgeschäften. Einerseits werden häufig vor allem Produkte von Vertriebspartnern wie bankgruppeneigenen Investmentfondsanbietern, Versicherungsgesellschaften oder Bausparkassen vermittelt. Andererseits sind Banken angesichts sinkender Zinsmargen immer stärker von den Provisionen durch den Verkauf von Produkten Dritter abhängig.⁵² Empfehlungen in Beratungsgesprächen gehen so oft am tatsächlichen Bedarf der KundInnen vorbei; gerade bei Beratungen zum Thema Geldanlage werden KundInnen nicht selten zu riskante Produkte angeboten. VerbraucherInnen fällt es dabei oft schwer, die Empfehlungen der BankberaterInnen zu beurteilen oder zu hinterfragen sowie ihrem eigenen Bedarf gegenüberzustellen.

50 Eurosif (Hrsg., 2008): European SRI Study 2008, Paris, S. 10

(www.eurosif.org/media/files/eurosif_sristudy_2008_global_01, letzter Zugriff 29.1.2009).

51 Carbon Disclosure Project / BVI / WWF (Hrsg., 2008): Carbon Disclosure Project Bericht 2008 Deutschland, London / Frankfurt a. M. / Berlin, S. 19 (www.bvi.de/export/sites/internet_relaunch/downloads/cdp/2008_cdp_report_deutsch.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

52 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, Hamburg, S. 13 (www.bmelv.de/cln_045/nn_760530/SharedDocs/downloads/02-Verbraucherschutz/Markt/StudieFinanzvermittler.html?nn=true, letzter Zugriff 29.1.2009).

In diesem Zusammenhang kritisieren Verbraucherschutzorganisationen zudem unverständliche Vertragskonditionen, irreführende Werbung sowie nur eingeschränkt geltende Sonderkonditionen.⁵³ Insgesamt tragen derartige Praktiken beispielsweise mit dazu bei, dass die Zahl überschuldeter Haushalte zunimmt. Die finanziellen Probleme betroffener KundInnen werden verschärft, wenn Kredite bei Zahlungsverzug durch die Bank schnellstmöglich gekündigt werden.⁵⁴ Von den Folgen einer Politik der „unverantwortlichen Kreditvergabe“ sind nicht nur die KundInnen betroffen. Wie in den vergangenen Monaten bei einer Reihe kollabierter Immobilienfinanzierer vor allem in den USA beobachtet werden konnte, kann diese Politik auch zu erheblichen Problemen bei den vergebenden Kreditinstituten führen. Zur Vorbeugung der genannten Verbraucherschutzprobleme wird von Banken u. a. erwartet, dass sie sich an Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzkenntnisse (financial literacy) der Bevölkerung beteiligen.⁵⁵

Ein weiteres Problemfeld für den Verbraucherschutz ist der vertrauliche Umgang mit Kundendaten. Der Verbraucherzentrale Bundesverband kritisiert die intransparenten Scoring-Verfahren zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit von KundInnen sowie insbesondere den fragwürdigen Umgang der Kreditinstitute mit Konditionenanfragen, die zumeist als score-senkende Kreditanfragen an die Schufa geleitet werden.⁵⁶ Da Scoring-Werte in zunehmendem Maße auch von Mobilfunkanbietern und Versandhändlern genutzt werden, kommt es hier u. U. ungerechtfertigter Weise zur Ablehnung eines Vertragsschlusses – zudem häufig ohne, dass die (potenziellen) KundInnen den Grund dafür erfahren.

Ein großer Teil der Weltbevölkerung hat jedoch gar keinen Zugang zu Bankdienstleistungen. Dies ist vor allem in Ländern Asiens und Afrikas mit einem hohen Anteil ländlicher Bevölkerung und unterentwickelten Finanzmärkten der Fall. Eine Vielzahl von Initiativen weltweit zeigte dabei, dass Mikrofinanz-Dienstleistungen einen sehr positiven Einfluss auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung haben können. Doch auch in manchen Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen ist der Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu Bankdienstleistungen hoch: Laut einer Studie der Europäischen Kommission haben 10 % der Bevölkerung der EU-15-Länder keinen Zugang zu Bankprodukten (EU-10 sogar 47 %) und sind damit bei vielen Geschäften des täglichen Lebens benachteiligt oder ausgeschlossen.⁵⁷ Banken sind gefordert, Lösungen für unterversorgte Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.

-
- 53 vzbv (2008): Corporate Social Responsibility – Verantwortung ist gefragt! Positionspapier des vzbv zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, Berlin, S. 6 ff. (www.vzbv.de/start/download.php?file=positionspapier_08_10_15.pdf&ordner=mediapics, letzter Zugriff 29.1.2009); Bergermann, M. (2008): Bankberater packen aus: "Ich habe Sie betrogen", in: Wirtschaftswoche Heft 6, Jahrgang 2008 (www.wiwo.de/unternehmer-maerkte/bankberater-packen-aus-ich-habe-sie-betrogen-264071/, letzter Zugriff 29.1.2009).
- 54 vzbv (2008): Corporate Social Responsibility – Verantwortung ist gefragt! Positionspapier des vzbv zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, a. a. O., S. 7 f.
- 55 Billen, G. (2008): Nachhaltige Bildung stärkt Handlungsoptionen für Verbraucher (Vortrag auf dem Symposium der Sparkassen-Finanzgruppe am 27.2.2008, www.vzbv.de/start/download.php?file=sparkassen_symposium_billén_27_02_2008.pdf&ordner=mediapics, letzter Zugriff 29.1.2009).
- 56 vzbv (Hrsg., 2008): Verbraucher in Schubladen gesteckt, Durchgefallen: Scoring-Verfahren im Praxistest, Zusammenfassung der Studienergebnisse, Berlin (www.vzbv.de/start/download.php?file=scoring_zusammenfassung_studie_01_2008.pdf&ordner=mediapics, letzter Zugriff 29.1.2009).
- 57 Europäische Kommission (2008): Financial Services Provision and Prevention of Financial Exclusion, Brüssel, S. 22 (ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/2008/financial_exclusion_study_en.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

Dieses Kriterium ist für Finanzdienstleister nicht relevant und wird nicht bewertet.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet. Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).^{*58}

Zum Materialeinsatz bei Finanzdienstleistern zählt (neben Energie A.5.1 und Wasser A.5.5) der Papiereinsatz. Erforderlich sind folgende Zahlenangaben (darzustellender Trend mindestens 3 Jahre):

- a) Anteil Recyclingpapier aus Sekundär-(Altpapier-)Fasern mit Angabe des Standards***
- b) Anteil Frischfaserpapier (ECF und TCF)⁵⁹**
- c) Anteil Frischfaserpapier (elementarchlor-gebleicht)**
- d) Anteil Verbrauch von Papier mit FSC – Label**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

58 Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

59 ECF = Elementary Chlorine Free, vorwiegend mit Chlordioxid gebleicht; TCF = Totally Chlorine Free, d. h. völlig chlorfrei, nur mit Wasserstoff, Sauerstoff oder Ozon gebleicht.

- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.4 Abfallmanagement

- 5 Der Bericht macht genaue Angaben zur Gesamtabfallmenge, differenziert nach den wichtigsten Abfallarten. Bei besonderer Mengenrelevanz und/oder Gefährlichkeit einzelner Abfallarten werden Konzepte und Maßnahmen zur Vermeidung, Kreislaufführung und sicheren Behandlung dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- d) Gesamtabfall, differenziert nach Beseitigung und zur Verwertung
- e) **Gesamtabfall, differenziert insbesondere nach Papier und Elektronikmüll.**
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. ***Es werden entweder nicht alle geforderten Zahlenangaben gemacht oder es wird trotz Relevanz nicht auf Maßnahmen und Konzepte eingegangen.***
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht und die regionenspezifische Relevanz des Wasserverbrauchs bewertet. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt.

Finanzdienstleister berichten über ihren Gesamt-Wasserverbrauch (darzustellender Trend: 3 Jahre).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen

Dieses Kriterium ist für Finanzdienstleister nicht relevant und wird nicht bewertet.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen.

Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

Banken gehen hierbei insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

a) Asset Management und Eigenhandel:

- **Darstellung der Integration von ökologischen und sozialen Zielen ins Asset Management und in den Eigenhandel (z. B. Entwicklung von Kriterien für Negativ- und Positivscreenings möglicher Investments, Ziele des Shareholder-Engagements)**
- **Erwünscht ist die Darstellung der Form der Anwendung von sozialen und ökologischen Kriterien durch externe Rating-Agenturen oder eigenes Research**

b) Kreditvergabe/Finanzierungen: Weiterentwicklung und Durchsetzung ökologischer und sozialer Kriterien bei Kreditfinanzierungen und anderen Finanzierungslösungen für Privat-, Unternehmens- und staatliche Kunden

c) internationale Projektfinanzierung, sofern zutreffend: (Weiter-)Entwicklung sozialer und ökologischer Anforderungen sowie der Strukturen zur Durchsetzung der Anforderungen an die Projekte

3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Banken gehen hierbei auf die folgenden Punkte ein:

a) Asset Management:

- **Anteil von nach ökologischen Kriterien verwalteten Assets unter Angabe der zugrundeliegenden Kriterien zur Abgrenzung von konventionellen Anlagen (Hinweis: Zahlenangaben können mit nach sozialen Kriterien verwalteten Assets zusammengefasst werden.)**

b) Kreditvergabe / Finanzierungen:

- **Umfang von Kreditvergaben und Finanzierungstransaktionen (z. B. Projektfinanzierungen oder Mergers & Acquisitions), die an ökologische Kriterien gebunden sind**
- **Aufschlüsselung des Kreditportfolios mit Blick auf ökologische Herausforderungen (z. B. Zusammensetzung der Kredite an Unternehmenskunden nach Branchen; Kreditprogramme, die gezielt auf den Umwelt- und/oder Klimaschutz ausgerichtet sind)**

(Hinweis: Zahlenangaben können mit nach sozialen Kriterien vergebenen Krediten bzw. Finanzierungen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte zusammengefasst werden.)

c) internationale Projektfinanzierung, sofern zutreffend:

- **Volumen der im Berichtszeitraum vom Wirkungsbereich der Equator Principles (oder vergleichbare) betroffenen durchgeführten Transaktionen; unter ökologischen Aspekten besonders kritische Projekte sind zu benennen**
- **Abweichungen von ökologischen Nachhaltigkeitsstandards (insbesondere „Equator Principles“) sind anzugeben.**

3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung

5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen

d) Asset Management:

- **Anteil von nach sozialen Kriterien verwalteten Assets unter Angabe der zugrundeliegenden Kriterien zur Abgrenzung von konventionellen Anlagen (Hinweis: Zahlenangaben können mit nach ökologischen Kriterien verwalteten Assets zusammengefasst werden.)**

e) Kreditvergabe / Finanzierungen:

- **Umfang von Kreditvergaben und Finanzierungstransaktionen (z. B. Projektfinanzierungen oder Mergers & Acquisitions), die an soziale Kriterien gebunden sind**
- **Erwünscht ist eine Aufschlüsselung des Kreditportfolios hinsichtlich sozialer Herausforderungen (z. B. Kredite an staatliche Kunden differenziert nach Ländern / Regionen, Kredite an PrivatkundInnen, differenziert nach Einkommensgruppen).**

sofern zutreffend, ist dabei auf folgende Aspekte der internationalen Projektfinanzierung einzugehen:

- **Volumen der im Berichtszeitraum vom Wirkungsbereich der Equator Principles (oder vergleichbare) betroffenen durchgeführten Transaktionen; unter sozialen Aspekten besonders kritische Projekte sind zu benennen**
- **Abweichungen von sozialen Nachhaltigkeitsstandards (insbesondere „Equator Principles“) sind zu erläutern**

(Hinweis: Zahlenangaben können mit nach ökologischen Kriterien vergebenen Krediten bzw. Finanzierungen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte zusammengefasst werden)

f) Steuersparmodelle, Geldwäsche, Offshore-Finanzzentren:

- **Falls relevant, wird auf die Unternehmenspolitik bezüglich Steuersparmodellen, Geldwäsche und den Umgang mit Offshore-Finanzplätzen eingegangen**

g) strukturierte Finanzprodukte:

- **Falls das Unternehmen im Berichtszeitraum selbst als Emittent strukturierter**

Finanzprodukte agierte: Darstellung des Umgangs mit sowie des Umfangs des Engagements mit strukturierten Finanzprodukten (z. B. Emissionsvolumen)

- **Erläuterung der Ansätze zur Erhöhung der Transparenz der Produkte**

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- h) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (**insbesondere Information und Verkaufsförderung für sozial und / oder ökologisch orientierte Investmentfonds**), Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- i) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (**Vermeidung intransparenter und irreführender Werbung**, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen)
- j) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systemen zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch). **Dabei wird insbesondere auf den Umgang mit Kundendaten im Zusammenhang mit Scoring-Verfahren (Schufa u. a.) eingegangen.**

Sofern relevant, geht das Unternehmen weiterhin auf folgende Aspekte ein:

- k) **Richtlinien zum Umgang mit überschuldeten PrivatkundInnen bzw. der Verhinderung von Überschuldung**
- l) **Maßnahmen zur „finanziellen Bildung“ der eigenen KundInnen bzw. der breiteren Bevölkerung (Erhöhung der „financial literacy“)**
- m) **Sicherstellung einer unabhängigen Produktberatung im Retail Banking (Darstellung der Vertriebsphilosophie).**

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Bedingungen bei den direkten Lieferanten sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten. **Finanzdienstleister gehen insbesondere auf die von ihnen eingesetzten Dienstleister ein (z. B. externe Call Center, Wachschutz, Reinigungsunternehmen).**

Hierfür werden die Arbeits- und Sozialstandards des Unternehmens mit Bezug auf international anerkannte Normen und Standards dargestellt (gemäß UN-Menschenrechtserklärung und ILO Kernarbeitsnormen: Recht auf Meinungsfreiheit, Schutz vor Willkür und Verbot der Diskriminierung bei der Arbeit, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Recht auf

Gleichberechtigung und angemessene Entlohnung).

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperative Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, dass und wie Umweltstandards bei Lieferanten und Partnern in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Umweltwirkungen bei den direkten Lieferanten und falls relevant, deren Vorlieferanten sowie die Umweltwirkungen der gelieferten Produkte bzw. Anlagen.

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

Finanzdienstleister gehen hierbei vor allem auf Beschaffung und Entsorgung von Computer-Hardware ein.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperativen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Chemie/ Pharma/ chemienahe Konsumgüter

AutorInnen: Jana Gebauer, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Im Rahmen des Rankings werden diejenigen Unternehmen der Branche „Chemie/ Pharma/ chemienahe Konsumgüter“ zugerechnet, die ihre Wertschöpfung vor allem durch den Einsatz chemischer Prozesse erzielen. Als wichtigste Produkte entstehen dabei Grundstoffchemikalien, Pharmazeutika, Fein- und Spezialchemikalien sowie Körperpflege- und Reinigungsmittel.⁶⁰ Ausgenommen sind hier Betreiber von Erdöl-Raffinerien und Hersteller von Düngemitteln, die der Ranking-Branche Grundstoff-Industrie zugeordnet werden.

In Deutschland werden Unternehmen der Chemieindustrie vor allem vom „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) vertreten; auf internationaler Ebene organisiert sich die Branche im „European Chemical Industry Council“ (CEFIC) bzw. dem „International Council of Chemical Associations“ (ICCA). Unternehmen der Pharma- sowie der Reinigungs- und Körperpflegemittel-Industrie werden zusätzlich durch eigene Fachverbände repräsentiert. Für die Pharmabranche sind dies vor allem der „Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller“ (BAH), der „Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie“ (BPI) und der „Verband forschender Arzneimittelhersteller“ (VFA) sowie die „European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations“ (EFPIA) und die „International Federation of Pharmaceutical Manufacturers & Associations“ (IFPMA). Die Interessenvertretung der Körperpflege- und Reinigungsmittelbranche ist auf deutscher Ebene der „Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel“ (IKW); international spielt vor allem der europäische Verband AISE (Association for Soaps, Detergents and Maintenance Products) eine wichtige Rolle.

Die deutsche Chemieindustrie produziert vor allem Grundstoffchemikalien (Anorganika, Petrochemie und Polymere, rund 45 % der Produktionswerte) sowie Fein- und Spezialchemikalien (26 %). Der verbleibende Anteil an der Produktion verteilt sich auf Pharmazeutika (20 %) sowie Körperpflege- und Reinigungsmittel (8 %).⁶¹ Mit einem Branchenumsatz von 174 Mrd. € steht die chemische Industrie für 10 % der Umsätze des produzierenden Gewerbes in Deutschland; nach den USA, China und Japan ist Deutschland der viertgrößte Produzent chemischer Produkte.⁶² Die Konzentration der Branche gilt als hoch: 93 % der deutschen Chemie-Produzenten sind kleine und mittelständische Unternehmen; allerdings vereinen die verbleibenden 7 % der Unternehmen mehr als zwei Drittel der insgesamt in der Branche Beschäftigten und drei Viertel der Umsätze auf sich.⁶³ Auch europaweit werden 70 % der Umsätze von nur 4 % der Unternehmen erzielt. Es wird erwartet, dass die Konzentration der Branche weltweit weiter zunimmt.

60 Entsprechend der Klassifikation des VCI, vgl. VCI (Hrsg., 2008): Quartalsbericht 2 2008, Frankfurt am Main, S. 4ff. (www.vci.de/Service/disp/showDPIImage.ashx?dl=1&imgdoknr=123622; letzter Zugriff 27.01.2009).

61 VCI (Hrsg., 2008): Quartalsbericht 2 2008, Frankfurt am Main, S. 4ff. (www.vci.de/Service/disp/showDPIImage.ashx?dl=1&imgdoknr=123622; letzter Zugriff 27.01.2009).

62 VCI (Hrsg., 2008): VCI-Jahresbericht, Fakten, Analysen, Perspektiven – Chemie 2008, Frankfurt am Main, S. 10 (www.vci.de/Default2~cmd~get_dwnld~docnr~123721~file~JB_2008_00_komplett.pdf.htm, letzter Zugriff 02.02.2009); VCI (Hrsg., 2007): Die chemische Industrie in Deutschland, Frankfurt am Main, S. 7. (www.vci.de/template_downloads/tmp_VCIInternet/65348Branche%20082007~DokNr~65348~p~101.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

63 Eurosif/EIRIS (Hrsg., 2006) Chemistry Sector Report, Paris/London (www.eurosif.org/content/download/264/1571/version/5/file/eurosif-sr_chemicals.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009); VCI (Hrsg., 2007) Die chemische Industrie in Deutschland, a. a. O., S. 3.

Chemische Produkte durchlaufen vom Rohstoff bis zum Endprodukt eine Vielzahl an Fertigungsstufen.⁶⁴ Einzelne Unternehmen sind dabei oft auf einzelne Prozessschritte spezialisiert; ihre Produkte dienen anderen Unternehmen – vor allem der Branche selbst – als Vorprodukte. So wird mehr als die Hälfte der deutschen Chemieproduktion auf dem inländischen Business-to-Business-Markt gehandelt. Nur ein kleiner Teil der Produkte – vor allem Medikamente sowie Pflege- und Reinigungsmittel – wird an inländische EndverbraucherInnen verkauft.⁶⁵ Die deutsche Chemieindustrie ist zudem stark exportorientiert: 40 % der Produktion finden ihre Abnehmer beispielsweise auf dem europäischen oder nordamerikanischen Markt und zunehmend auch in so genannten Schwellenländern wie insbesondere China.⁶⁶ Angesichts hoher Transportrisiken und -kosten ist dabei zukünftig mit Standortverlagerungen zu rechnen, die die Produktion stärker regional konzentrieren bzw. näher an die Absatzmärkte bringen.⁶⁷

Wichtige Vorprodukte und -leistungen, die die Unternehmen der chemischen Industrie selbst beziehen, sind neben den chemischen Produkten vor allem Mineralölerzeugnisse sowie Dienstleistungen (z. B. Entsorgung und Transport).

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die sozialen und ökologischen Herausforderungen der Branche liegen vor allem in den Bereichen Risiko- und Gefahrenabwehr und damit in der Umsetzung des Vorsorgeprinzips in allen Phasen des Produktlebenszyklus'. Weitere wichtige Handlungsfelder ergeben sich hinsichtlich der Erhöhung der Ressourceneffizienz, des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe, sozialer und ökologischer Beschaffungskriterien sowie – und dies gilt insbesondere für Medikamentenhersteller – ethischer Aspekte und Fragen der Kunden- und Bedürfnisorientierung.

Nach einer Reihe spektakulärer Chemieunfälle in den 1970er und 1980er Jahren stand die Chemieindustrie früh im Fokus der kritischen Öffentlichkeit. Mittlerweile gilt die Branche als in weiten Teilen proaktiv im Umgang mit sicherheitsbezogenen Nachhaltigkeitsthemen. Im Zentrum dieser Themen stehen Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes bei der Gestaltung der Produktionsprozesse, des Transports und der Produkte selbst. Diese Fragen müssen allerdings aufgrund der schnellen Weiterentwicklung der Verfahren und des Einsatzes neuer Substanzen ständig neu gestellt – und beantwortet – werden.

Bei der Reduktion von Schadstoff-Emissionen wurden in einzelnen Bereichen bereits gute Erfolge erzielt, beispielsweise bei der Schwermetallbelastung der Produktionsabwässer oder der Emission des für sauren Regen verantwortlichen Schwefeldioxids.⁶⁸ Die Branche verfolgt jedoch das Ziel, die Emission dieser Schadstoffe weiter zu verringern.⁶⁹ Weitere relevante

64 vgl. VCI (Hrsg., 2008): Die chemische Industrie in der Wertschöpfungskette, Frankfurt am Main (www.vci.de/default2~rub-735~tma-875~cmd-shd-docnr-123359~nd--ond-n011~snd-n011~shmode-.htm; letzter Zugriff 27.01.2009).

65 Ebenda.

66 VCI (Hrsg., 2008): Quartalsbericht 2 2008, a.a.O., S. 4; vgl. Eurosif/EIRIS (2006): Chemistry Sector Report, a. a. O., S. 1.

67 vgl. VCI (2007) Die chemische Industrie in Deutschland, a.a.O., S. 10; VCI (2008): Chemische Industrie kurz gefasst, Frankfurt am Main, S. 4 (www.vci.de/Service/disp/showDPImage.ashx?dl=1&imgdoknr=123148; letzter Zugriff 02.02.2009).

68 VCI (2007) Responsible Care Report 2007, Frankfurt am Main, S. 13 (www.vci.de/template_downloads/tmp_VCIInternet/121591RC-Bericht_2007-DokNr-121591-p-101.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

69 vgl. cefic (2006): Responsible Care Reporting Guidelines 2006, Brüssel, S. 5, 27 (www.cefic.org/files/Downloads/Responsible%20Care%20Reporting%20Guidelines%202006.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

Schadstoffe sind die Ozon erzeugenden und teilweise giftigen Stickoxide sowie die als krebserregend verdächtigen flüchtigen organischen Verbindungen (VOCs).⁷⁰ Zudem emittieren chemische Betriebe Treibhausgase wie Kohlendioxid und Methan sowie teilweise Lachgas und Fluorkohlenwasserstoffe.⁷¹

Schadstoffe, die über die Produktionsabwässer in Gewässer eingeleitet werden, sind vor allem die „adsorbierbaren organisch gebundenen Halogene“ (AOX), zu denen die teilweise stark toxisch wirkenden Dioxine und Furane zählen. Phosphor- und Stickstoffverbindungen tragen wesentlich zur Eutrophierung von Gewässern bei. Im Sinne des Vorsorgeprinzips sind Chemieunternehmen daher gefordert, die Schadstofffrachten ihrer Abwässer so weit wie möglich – über bestehende Grenzwerte hinaus – zu verringern, auch um kumulativen Effekten und positiven Rückkopplungen mit anderen Stoffen vorzubeugen. Auskunft über ihre Anstrengungen bzw. die Erfolge ihrer Maßnahmen zur Emissionsreduktion geben branchenweit vergleichbare, standardisierte Kennzahlen wie beispielsweise der Chemische Sauerstoffbedarf (CSB), eine Kennzahl für den Verschmutzungsgrad von Abwässern mit organischen Bestandteilen.⁷²

Weitere Herausforderungen bei der Produktion chemischer Erzeugnisse liegen im Schutz der Beschäftigten und der Bevölkerung vor Gesundheitsschäden. Dies betrifft neben der Vorbeugung von beispielsweise Haut- und Lungenerkrankungen vor allem die Verhinderung des unkontrollierten Austritts von Chemikalien. Zur Vermeidung von Chemieunfällen sind vor allem ein hohes allgemeines Ausbildungsniveau der Beschäftigten sowie kontinuierliche und umfassende Sicherheits- und Arbeitsschutz-Schulungen notwendig. Während dies an deutschen Standorten weitgehend gegeben ist, ist die Durchsetzung derartiger Standards in weniger industrialisierten Ländern eine anspruchsvolle Aufgabe. Zum Schutz der Bevölkerung bei größeren Unfällen müssen Katastrophenschutz-Vorkehrungen getroffen werden. Für eine effektive und schnelle Reaktion im Notfall sind vor allem Absprachen mit den zuständigen Behörden notwendig. Erhöhte Sicherheitsanforderungen bestehen auch bei Chemikalientransporten, da hier das Risiko eines unkontrollierten Austritts von Schadstoffen in die Umwelt besonders hoch ist. Neben der konsequenten Umsetzung von Transportsicherheitsstandards besteht eine weitere Möglichkeit zur Senkung von Risiken darin, den Transport- und Lagerungsbedarf für gefährliche Substanzen durch regionale Clusterung und marktnahe Produktion zu minimieren.⁷³

Verantwortung in Bezug auf vorgelagerte Wertschöpfungsstufen besteht für die Branche insbesondere darin, die Umsetzung von Mindest-Sicherheits- und Umweltstandards bei den Zulieferern einzufordern und zu unterstützen. Dies betrifft auch die Versorgung durch Einsatzstoffe, die nicht von der Chemie-Branche bereitgestellt werden. Die chemische Industrie wird von Branchen wie der Mineralöl-Industrie, der Bergbauindustrie und in zunehmendem Maße auch der Landwirtschaft mit Rohstoffen versorgt, deren Herstellung teilweise mit deutlichen ökologischen und sozialen Problemen einhergeht. Durch den Abschluss von Lieferverträgen mit Lieferanten mit vergleichsweise hohen Standards oder durch die Unterstützung von Branchenstandards bezüglich kritischer Rohstoffe können die Unternehmen der Chemie-Industrie die verträgliche Gewinnung dieser Rohstoffe unterstützen.

70 VCI (2007): Responsible Care Report 2007, a. a. O., S. 15.

71 cefic (2006): Responsible Care Reporting Guidelines 2006, a. a. O., S. 9.

72 vgl. VCI (2007): Responsible Care Report 2007, a. a. O., S. 16.

73 Eurosif/EIRIS (2006): Chemistry Sector Report, a. a. O., S. 2.

Die Produkte der chemischen Industrie leisten einen wichtigen Beitrag zur technologischen Bewältigung der derzeitigen Nachhaltigkeits Herausforderungen. Beispiele sind neue, leistungsfähige Katalysatoren, die zu einem niedrigeren Energieverbrauch beim Einsatz von Chemikalien in Industrie und Haushalten führen, oder die Entwicklung von Verfahren zur effizienteren Nutzung nachwachsender Rohstoffe.⁷⁴ Zudem besteht eine Nachfrage nach Ersatzstoffen für problematische Substanzen (z. B. nach Isoliertgasen als Ersatz für das Treibhausgas Schwefelhexafluorid in der Energiewirtschaft) oder auch nach verträglicheren Medikamenten. Von den Unternehmen wird dabei erwartet, dass sie bereits während der Technologie- und Produktentwicklung neue Technologien, Verfahren und Stoffe auf Unbedenklichkeit prüfen. Im Rahmen der Technologienentwicklung betrifft dies derzeit in besonderem Maße die Anwendungsbereiche der Nanotechnologie sowie die gentechnische Veränderung von Pflanzen zur Produktion von chemischen Substanzen, über deren Risiken für Menschen und Ökosysteme noch kein allgemeiner Konsens besteht.

Produktseitig besteht weiterhin großer Forschungs- bzw. Handlungsbedarf bei der Abschätzung des Gefährdungspotenzials chemischer Stoffe für Mensch und Umwelt – eine Anforderung, die sich auch für die in der Umwelt inzwischen verbreitet vorkommenden pharmazeutischen Wirkstoffe stellt. So ist bisher nur ein Bruchteil der auf dem Markt gehandelten Chemikalien umfassend human- bzw. ökotoxikologisch untersucht worden.⁷⁵ Besondere Probleme bestehen hier hinsichtlich der bisher weitgehend unerforschten Fragen nach Kombinationswirkungen in Stoffgemischen und möglichen chronischen Effekten durch stoffliche Exposition auch in Spurenkonzentrationen. Eine wachsende Herausforderung für die Branche besteht dabei in der Entwicklung von Chemikalien, die in der Umwelt möglichst schnell und vollständig abbaubar sind (wie dies in der Vergangenheit zum Beispiel für Waschmittel-Bestandteile wie die Tenside erfolgreich geschehen ist).⁷⁶ Daneben ist es erforderlich, eine möglichst emissionsarme Nutzung und Entsorgung der Produkte zu gewährleisten (im Bereich der Medizinprodukte etwa durch das vermehrte Angebot von variablen Packungsgrößen und Entsorgungshinweise auf den Packungsbeilagen).

Die europäische Politik reagierte auf das oft unbekanntes Gefährdungspotenzial chemischer Substanzen mit der Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals), die 2007 in Kraft trat. Diese verpflichtet Hersteller und Importeure zur Offenlegung umfangreicher sicherheitsrelevanter Daten über die in ihren Produktionsprozessen und Produkten befindlichen Stoffe. Wegen der teilweise sehr hohen Anforderungen und der Einschränkungen der Rohstoffverfügbarkeit begleitete die europäische Branche den politischen Prozess kritisch, hat sich jedoch auf die neue Rechtslage eingestellt. Die lebenszyklusbezogene Bewertung der Auswirkungen chemischer Substanzen gewann durch REACH deutlich an Relevanz für die Unternehmen.

Um negative Auswirkungen der Produkte auf Umwelt und Gesundheit möglichst gering zu halten, besteht die Aufgabe der Unternehmen nicht allein in einer verträglichen Produkt- und Prozessgestaltung, sondern zudem darin, die AnwenderInnen bei der effizienten und sicheren Produktnutzung und -entsorgung zu unterstützen: durch Anwendungs- und Produktinformationen sowie gegebenenfalls Anwenderschulungen.

74 Ebenda, S. 2.

75 European Chemicals Bureau (2004): Newsletter, issue No. 4, S. 1 (ecb.jrc.ec.europa.eu/newsletter/newsletter200404.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

76 Kümmerer, K. (2007): Sustainable from the very beginning: rational design of molecules by life cycle engineering as an important approach for green pharmacy and green chemistry, in: Green Chemistry, No. 9, pp 899–907.

Herausforderungen hinsichtlich der Ressourceneffizienz bestehen vor allem beim Energieverbrauch: Obwohl sich der spezifische Energieeinsatz in den vergangenen Jahrzehnten bereits fast halbiert hat, ist die chemische Industrie weiterhin für rund ein Achtel des Energieverbrauchs in der Europäischen Union verantwortlich.⁷⁷ Neben der Aufgabe, den Energieaufwand weiter zu senken, steht die chemische Industrie vor der Frage, wie fossile durch nachwachsende Energieträger ersetzt werden können: Erneuerbare Rohstoffe machen bislang nur einen geringen Anteil an den eingesetzten Rohstoffen aus.⁷⁸

Besondere ethische Fragen stellen sich vor allem für Pharma-Unternehmen. Herausragende Themen sind der Umgang mit embryonalen Stammzellen in der Entwicklung neuer Therapiemöglichkeiten sowie der Einsatz von Gentechnik bei höheren Lebewesen zur Gewinnung von medizinischen Wirkstoffen. Umweltverbände und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit kritisieren weiterhin die „Biopiraterie“, d. h. die Praxis, Patente auf Gene von Tier- oder Pflanzenarten zu gewähren, die teilweise neu entdeckt oder schon seit langer Zeit von bestimmten Volksgruppen genutzt werden.⁷⁹ Hier wird gefordert, auf Patentierungen zu verzichten oder die einheimische Bevölkerung an den Einnahmen aus den Patenten zu beteiligen.⁸⁰ Wie die gesamte Chemieindustrie sehen sich auch die Pharmaunternehmen der Erwartung gegenüber, die Einsatzbereiche für Alternativmethoden zu Tierversuchen vor allem zur Wirkungsbestimmung von Substanzen auszuweiten.

Für Unternehmen der Pharma-Branche hat das Thema Produktverantwortung eine weitere besondere Bedeutung: Die Entwicklung neuer pharmazeutischer Wirkstoffe ist äußerst kapitalintensiv und mit hohen Risiken durch Nichtzulassung oder Produkthaftung wegen unerwarteter Nebenwirkungen behaftet; der Patentschutz für zugelassene Wirkstoffe ist zudem zeitlich begrenzt. Entsprechend groß ist der Druck, in dieser Zeit die Einnahmen durch Verkäufe zu maximieren. Die Absatzpraktiken vieler Pharma-Hersteller stehen dabei stark in der Kritik der Öffentlichkeit. Umstritten sind etwa die teilweise intensiven Bemühungen, ÄrztInnen und andere Akteure der Gesundheitsbranche bei der Wahl der Medikamente zu beeinflussen. Kritisch werden auch die Vermarktung von Medikamenten für Anwendungsbereiche, für die sie von den Behörden nicht zugelassen sind (off label use),⁸¹ die Bekämpfung von Parallelimporten oder das Zurückhalten negativ ausfallender klinischer Studien bewertet.

Der Streit um die nicht autorisierte Herstellung von HIV- und AIDS-Nachahmerpräparaten in ökonomisch schwachen Regionen verweist schließlich auf die grundlegende Herausforderung für die Branche, ihre Produktinnovationen möglichst breiten Bevölkerungsschichten – und dabei besonders den einkommensschwachen – zugute kommen zu lassen. Eine Weichenstellung erfolgt bereits durch die Forschungsaktivitäten, die häufig vor allem auf „Zivilisationskrankheiten“ mit hohem Umsatzpotenzial fokussiert sind.

77 Eurosif/EIRIS (2006): Chemistry Sector Report, a. a. O., S. 2; cefic (2009): Energy Efficiency, Brüssel (www.cefic.be/Templates/shwStory.asp?NID=537&HID=540; letzter Zugriff 27.01.2009).

78 VCI (2007): Die chemische Industrie in Deutschland, a.a.O., S. 3; cefic (2008) cefic review 2007-2008, Brüssel, S. 22. (www.cefic.be/Files/Publications/Cefic%20Review%20Version%20Oct%202008.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009); Eurosif, EIRIS (2006): Chemistry Sector Report, a. a. O., S. 2.

79 z.B. Misereor, Greenpeace (Hrsg., 2003): Biopiraterie: Raub der biologischen Vielfalt, Hamburg (www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/patente_auf_leben/greenpeace_biopiraterie_raub_dupont_mais.pdf; letzter Zugriff 02.02.2009).

80 vgl. das Interview mit der Bundesentwicklungsministerin Wiecek-Zeul im Deutschlandfunk am 18.05.2008 (www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/786564/; letzter Zugriff 27.01.2009).

81 Sarasin (2005): Nachhaltigkeitsstudie – Packungsbeilage für Investoren – Analyse der Sozial- und Umweltaspekte der pharmazeutischen Industrie, Basel, S. 15 (www.sarasin.ch/internet/iech/studies/iech_pharma_iech.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

Die Branche insgesamt hat sich auf die Nachhaltigkeits-Herausforderungen unterschiedlich eingestellt. Insbesondere bezüglich der Umweltprobleme und -risiken agiert die Branche proaktiv und beispielhaft für andere Sektoren. Dem weltweiten Dachverband ICCA ist es gelungen, mit der Brancheninitiative „Responsible Care“ einen branchenweit anerkannten Rahmen für Nachhaltigkeits-Management und -Berichterstattung zu setzen, zu dem sich über den VCI auch die deutsche Chemieindustrie bekennt. Daneben existiert eine Vielzahl von Initiativen, Standards und Selbstverpflichtungen. Hierzu gehören u. a. die „Sustainable Washing Initiative“ des europäischen Waschmittel-Verbandes AISE bzw. die beispielgebende stakeholderorientierte Initiative „Forum Waschen“ des deutschen Verbandes IKW, eine Reihe an Selbstverpflichtungen zum Marketingverhalten der Pharma-Industrie oder Transport-Sicherheitsstandards wie das deutsche TUIS oder das europäische SQAS.⁸² Jedoch besteht in wichtigen Bereichen weiterhin Nachholbedarf: In den existierenden Umweltstandards spielt etwa die Verantwortung für vorgelagerte Produktionsstufen nur eine sehr untergeordnete Rolle, auch hinsichtlich des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe agieren die Verbände eher zurückhaltend.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, sofern zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) SO₂ (Schwefeldioxid)**
- b) NO_x (Stickoxide)**
- c) CO (Kohlenmonoxid)**
- d) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Nennung der wichtigsten, bei besonderer Relevanz mit Zahlenangaben und Trends)**
- e) Partikel-Emissionen (insbes. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung)**
- f) Ozonabbauenden Substanzen**
- g) Metalle (insbes. Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung)**
- h) POPs (z. B. Dioxine, Furane, PCB).**

82 TUIS: Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystem; SQAS: Safety Quality Assessment System

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. **Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung werden dargelegt.**^{*83} Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. **Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags werden dargelegt.***

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser)
- c) organischen Bestandteile (CSB und/oder BSB)**
- d) N (Gesamt-Stickstoff)**
- e) P (Gesamt-Phosphor)**
- f) AOX (Halogenorganische Verbindungen)**
- g) Metallen (insbes. Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung)**
- h) POPs (z. B. Dioxine, Furane, PCB).**

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen

- 5 Das Unternehmen macht Angaben zu Unfällen in der Produktion, bei der Lagerung oder bei Transporten, bei denen umweltschädliche Stoffe freigesetzt wurden oder eine Freisetzung hätte ausgelöst werden können. Aufgetretene Schäden werden in ihrem Ausmaß (z. B. Schadenshöhe, Anzahl betroffener MitarbeiterInnen und Dritter, betroffene Fläche) bewertet, Mengen und Ursachen signifikanter Freisetzungen von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen (auch unabhängig von Unfällen) werden angegeben. Sofern keine bedeutsa-

⁸³ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

men Freisetzungen aufgetreten sind, kann die Angabe entfallen. Unternehmen, die signifikante Mengen gefährlicher Substanzen herstellen, in ihrem Produktionsprozess einsetzen oder transportieren, machen eine Fehlanzeige.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zur

- a) Anzahl der Schadensereignisse in Produktion und Lagerung
- b) Unfallhäufigkeit bei Transporten: auf der Straße, auf der Schiene, mit Binnenschiff, auf See.

c) Umgang mit Sicherheitsschulungen und Katastrophenschutzübungen (ggf. geeignete Quantifizierungen)

Dort, wo es für eine bewertende Einordnung relevant ist, ist eine regionale Differenzierung erwünscht.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt

- 5 Die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten in Naturräumen und deren Auswirkungen auf die Ökosysteme werden dargestellt, sofern es sich um besonders relevante Auswirkungen handelt. Ggf. wird das Management des Schutzes von Natur und Artenvielfalt vor den Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit dargestellt (Erfassung und Bewertung der Bedrohung, Überwachung, Schutzkonzepte und Maßnahmen).

Die verfolgten Konzepte zur Begrenzung des Flächenverbrauchs werden dargelegt. Bei besonderer Relevanz werden quantitative Angaben zum Flächenverbrauch und zur Flächen(neu)versiegelung gemacht sowie Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen dargestellt.

Das Unternehmen geht, sofern relevant, auf Politik und Praxis bzgl. des Einsatzes von Gentechnik zu Forschungs- und Produktionszwecken im offenen Gelände ein und liefert gegebenenfalls geeignete Quantifizierungen (z. B. Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Pflanzen für Produktions- und Forschungszwecke).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme, **unabhängige klinische Studien**) zum Einsatz kommen. Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Dabei wird auf folgende Aspekte eingegangen:

- a) **Kriterien für die Auswahl der Rohstoffe und Entwicklung der Wirkstoffe (Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit, v. a. Abbaubarkeit)**
- b) **Alternativverfahren zu Tierversuchen bei Wirkungsanalysen und Produkttests**
- c) **Verringerung umweltrelevanter Emissionen in der Nutzungs- und Nachnutzungsphase (bei Endprodukten)**
- d) **Risikobewertung/-minderung beim Einsatz kritischer Technologien (bspw. Nanotechnologie, Gentechnik in Produkten und Produktionsprozessen)**
- e) **Einsatz von embryonalen Stammzellen in der Forschung, falls relevant.**

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung. **Chemie-Unternehmen gehen nicht oder nur in Ansätzen auf die für sie relevanten Branchenherausforderungen ein.**
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargelegt. Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen über den gesamten Lebenszyklus⁸⁴
 - b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
 - c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte⁸⁵.
- 3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

84 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen

85 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine materialeffiziente Produktion ermöglichen

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. **gewerbliche Anwender**, AllergikerInnen, Menschen mit Behinderung; **insbesondere Pharma-Unternehmen: ältere Menschen und Kinder, Frauen**)
- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe; **Pharma-Unternehmen stellen den Umgang mit Nachahmerpräparaten von Wirkstoffen für relevante Krankheiten (HIV / AIDS, Malaria, Tuberkulose, Hepatitis u. a. m.) dar, deren Patentschutz noch nicht ausgelaufen ist.**
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten – **Verpackungen, Verpackungsbeilagen (z. B. Anwendungs-/ Dosierungs-, Sicherheits- und Entsorgungshinweise bzw. -symbole, Labels wie „Wash Right“ etc.)**
- f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. **Care-Lines**, faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
- g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

h) Pharma-Unternehmen gehen weiterhin auf folgende Themen ein:

- **Verteilung von Marketingausgaben; ethische Leitlinien zum Umgang mit ÄrztInnen und anderen Akteuren des Gesundheitssystems**
- **transparenter Umgang mit klinischen Studien (z. B. Leitlinien zur Veröffentlichung der Ergebnisse).**

3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.



A.8.1 Regionale Verantwortung als Investor, Arbeitgeber, Auftraggeber und Lieferant

- 5 Der Bericht enthält die Darstellung der Auswirkungen auf das lokale/regionale Umfeld an den Standorten, die das Unternehmen als Investor, Arbeit- und Auftraggeber sowie als Lieferant hervorruft. Gegebenenfalls geht er auch auf den Umgang mit autoritären Regimen ein (vgl. Index von www.freedomhouse.org).

Das Unternehmen erläutert zudem die Maßnahmen zur Steuerung der Auswirkungen im regionalen Umfeld wie beispielsweise Investitionen in lokale Infrastruktur, Public Private Partnerships, regionale Beschaffung, Qualifikation von Beschäftigten und Unternehmen aus der Region oder Wahrung von Eigentumsrechten.

Hierbei geht es auf die unter Nachhaltigkeitsaspekten wesentlichen Standorte ein.

Falls zutreffend, geht das Unternehmen auf die Verteilung der Gewinne aus der wirtschaftlichen Nutzung von genetischen Ressourcen („Biopiraterie“) ein.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings lassen die dargestellten Maßnahmen keine Systematik erkennen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt; es werden vereinzelte Beispiele genannt, ohne den übergreifenden Rahmen zu verdeutlichen.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Elektronik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau

Autor: Thomas Merten

Branchenüberblick

Ein Unternehmen wird im Rahmen des Rankings dem Branchencluster „Elektronik, Elektrotechnik, Maschinenbau“ zugerechnet, wenn es die Wertschöpfung vor allem durch die Herstellung von Produkten und Systemen der Elektronik, Elektrotechnik oder des Maschinenbaus erzielt. Die Palette reicht hierbei von Maschinen für unterschiedlichste Produkte über Systeme zur Erzeugung, Verteilung und Umwandlung elektrischer Energie bis hin zu elektrischen und elektronischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik.

In Deutschland vertritt der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V. (ZVEI) die Unternehmen der Elektroindustrie. Als Dachverband von 24 Fachverbänden vertritt der ZVEI mehr als 1.400 Mitgliedsfirmen und ist nach dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) der zweitgrößte Industrieverband in Deutschland. Der VDMA vertritt 3.000 vorrangig mittelständische Mitgliedsunternehmen der Investitionsgüterindustrie und ist damit einer der mitgliederstärksten und bedeutendsten Industrieverbände in Europa. Die IT-, Telekommunikations- und Neue-Medien-Branche wird durch den Bundesverband der Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (BITKOM) vertreten. BITKOM vertritt mehr als 1.200 Unternehmen, davon über 900 Direktmitglieder. Hierzu gehören fast alle Global Player sowie 600 Mittelständler. Weiterhin ist einer der großen technisch-wissenschaftlichen Verbände Europas, der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V. (VDE), mit 34.000 Mitgliedern (davon 1.250 Unternehmen) in Deutschland aktiv. Der VDE vereint Wissenschaft, Normung und Produktprüfung unter einem Dach. So sind die Sicherheit in der Elektrotechnik, die Erarbeitung anerkannter Regeln der Technik als nationale und internationale Normen sowie die Prüfung und Zertifizierung von Geräten und Systemen VDE-Schwerpunkte. Daneben existiert der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), welcher die Interessen der Ingenieure in Politik und Gesellschaft vertritt. Darüber hinaus leisten Fachgremien des VDI technisch-wissenschaftliche Arbeit bei Normierungen und über Beteiligungsgesellschaften als Projektträger öffentlicher Forschungsförderung. Auf europäischer Ebene sind der ZVEI und der VDMA in die „European Federation of National Industry Associations Representing the European Mechanical, Electrical, Electronic and Metal Articles Industries“ (ORGALIME) eingebunden. Im Sinne der Harmonisierung und Standardisierung der Produkte arbeitet die deutsche Industrie, vertreten durch ZVEI, in dem „European Committee for Electrotechnical Standardization“ (CENELEC) mit den europäischen Partnern zusammen.

Das Cluster „Elektronik, Elektrotechnik, Maschinenbau“ vereint zentrale Industriebranchen Deutschlands. Am Jahresumsatz von über 500 Mrd. € und an den ca. 2,6 Mio. Beschäftigten kann man die Bedeutung der Branchen für Deutschland eindeutig ablesen.⁸⁶ In den letzten Jahren wuchsen die Branchen sehr stark: die Elektroindustrie um durchschnittlich 4 % Prozent, der Maschinen- und Anlagenbau sogar um 8 %. Einen großen Teil ihres Umsatzes erwirtschaften die Branchen im Ausland, wobei je nach Produkten unterschiedliche Export-

86 Eigene Rechnung auf Basis des VDMA, ZVEI & BITKOM

quoten (von 47 % bis 75 %) ⁸⁷ erreicht wurden. Grundsätzlich entfällt der überwiegende Teil der Exporte auf die Staaten der EU. Unter anderem aufgrund des hohen Importbedarfs in Osteuropa und Südostasien blickt die Branche positiv in die Zukunft. Besonders optimistisch zeigten sich im DIHK-Industriereport 2007/2008 die Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. ⁸⁸ Aufgrund der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Erwartungen an die kommenden Jahre allerdings merklich eingetrübt.

Die Branchen sind überwiegend mittelständisch geprägt. Einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen steht eine Reihe großer Mischkonzerne gegenüber. In zwei Dritteln der Elektro-Unternehmen sind jeweils 100 oder weniger MitarbeiterInnen angestellt; mehr als 1.000 MitarbeiterInnen vermelden nur rund 2,3 % der Unternehmen. Diese 56 Unternehmen beschäftigen aber rund 29 % aller Arbeitskräfte und erwirtschaften 32 % des gesamten Umsatzes – die ungefähr 1.000 Betriebe mit unter 50 Beschäftigten hingegen nur rund 5,3 % des Umsatzes mit ihren 30.600 MitarbeiterInnen. Dies zeigt das hohe Maß an Fragmentierung bei einer gleichzeitig sehr starken Konzentration der Branche. ⁸⁹ Im Maschinenbau sind die Zahlen noch deutlicher: Die knapp 10 % größeren Unternehmen mit mehr als 50 Mio. Jahresumsatz erzielen rund 73,8 % des Branchenumsatzes. Damit gehört der Maschinenbau zu den am meisten konzentrierten Industriezweigen Deutschlands. ⁹⁰

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Das Cluster „Elektronik, Elektrotechnik, Maschinenbau“ steht vor etlichen Herausforderungen bezüglich der Lebensspanne ihrer Produkte und des damit verbundenen Innovationsdrucks. Besonders elektrische Geräte inklusive Computerkomponenten werden von immer wieder von neuen Generationen technischer Geräte verdrängt, die oft kleiner, leichter und leistungsstärker sind. Im Maschinenbau sind ähnliche Tendenzen zu erkennen, wobei die Lebenszeit eines Maschinenparks höher ist als die von Elektronik. Dennoch steht der Maschinenbau unter hohem Innovationsdruck, um zum einen von der internationalen Konkurrenz nicht eingeholt zu werden ⁹¹ und zum anderen, weil die Kunden mit effizienteren Maschinen Rohstoffe und Energie einsparen können. ⁹² Damit untrennbar verbunden ist die Frage, wie, unter Recycling-Gesichtspunkten, mit den veralteten Produkten umgegangen werden soll. Besonders hochtechnische Produkte können nicht einfach entsorgt werden, sondern benötigen spezielle Verfahren, da zum Teil giftige und gesundheitsschädliche Stoffe in ihnen eingesetzt wurden. ⁹³ Aufgabe der Unternehmen ist daher, diese Anforderung, neben weiteren ökologischen und sozialen Anforderungen, innerhalb der Entwicklung der Produkte ausreichend zu beachten und zu bearbeiten. So können diese Nachhaltigkeitswirkungen der Produkte bei der Entstehung bzw. bei der Anlage beeinflusst werden.

Ein weiterer Nachhaltigkeitsaspekt der Produkte ist deren Gesundheitsverträglichkeit in der Nutzungsphase. Insbesondere die immer stärkere drahtlose Vernetzung der Produkte mit dem Internet und die damit verbundenen elektromagnetischen Felder sorgen für Diskussio-

87 ZVEI (Hrsg., 2008): Die deutsche Elektroindustrie – Fakten (https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Wirtschaft_Recht/Konjunktur_Markt/Fakten/Flyer_zur_gesamtwirtschaftlichen_Bedeutung_der_Elektroindustrie.pdf; letzter Zugriff 2.7.2009).

88 Industriereport 2007/2008. Ergebnisse der DIHK Umfrage bei den IHKs. DIHK (PDF).

89 BranchenReport Elektizität 2008: Branchendienst der Sparkassen Finanzgruppe (PDF).

90 BranchenReport Maschinenbau 2007: Branchendienst der Sparkassen Finanzgruppe (PDF).

91 http://www.vdma.org/wps/portal/Home/de/Verband/VDMA_Presse/Pressemitteilungen/komm_A_20081106_BD_PI_BuB?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/Home/de/Verband/VDMA_Presse/Pressemitteilungen/komm_A_20081106_BD_PI_BuB

92 Umweltpolitische Forderungen des VDMA (PDF), Seite 5.

93 http://www.bitkom.org/de/themen_gremien/54659.aspx

nen bezüglich der Auswirkungen von Strahlung auf den Menschen.⁹⁴ Besonders in der Öffentlichkeit wird darüber diskutiert, welche Gefahren vom so genannten „Elektrosmog“ ausgehen.⁹⁵ Zwar sprechen laut Bundesamt für Strahlenschutz keine aktuellen Studien für eine Gefährdung durch vernetzte Produkte, dennoch werden Empfehlungen zum Schutz der Gesundheit gegeben.

Aber auch andere Nebenwirkungen der Nutzung von Produkten der Branchen, wie beispielsweise die austretenden Staubpartikel aus Lasertonern und anderen Druck- und Kopiersystemen, werden von den Verbänden und der Öffentlichkeit diskutiert.⁹⁶

Bei den Produktionsverfahren gelten ähnliche Nachhaltigkeitsfragen wie in anderen Branchen. Werden Schadstoffemissionen bei der Produktion freigesetzt, wird Ressourcen- und Energieeffizienz gearbeitet, wie hoch ist der Flächenverbrauch, wie hoch ist die Umwelt- und Gesundheitsbelastung und wie viel Abfall entsteht dadurch?

Ressourceneffizienz ist so zu einem wichtigen Punkt im nachhaltigen Wirtschaften der Elektronik-, Elektrotechnik- und Maschinenbau-Unternehmen geworden, nicht zuletzt aufgrund knapper werdender Rohstoffe und der damit verbundenen steigenden Preise. Weiterhin sind die Abbaubedingungen der Rohstoffe stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, so dass die Branche bei ihren Zulieferern verstärkt auf die Einhaltung von Umweltaspekten und auf die Umsetzung von angemessenen Arbeitsbedingungen achtet.⁹⁷ Die Umweltaspekte sind insofern von Bedeutung, als durch den Flächenverbrauch beim Abbau Lebensraum von Tieren und Pflanzen verloren geht und der Abbau selbst (negative) Auswirkungen auf die Umgebung hat (z. B. Wasserverschmutzung). In vielen Ländern sind die Regularien weniger streng als in den westlichen Industrieländern, so dass dort unter Umständen schwerwiegende Folgen für Mensch und Natur beim Abbau von Rohstoffen entstehen.⁹⁸ Dies gilt insbesondere für die Elektronik-, Elektrotechnik- und Maschinenbau-Unternehmen, die eine Vielzahl an Rohstoffen, hauptsächlich Metalle, in ihren Produkten verbauen, die in den Herkunftsländern zu schweren Umwelt- und Gesundheitsschäden führen.⁹⁹

Ein besonderes Augenmerk der Branche gilt der Energieeffizienz, die durch steigende Rohstoffpreise und politische Vorgaben an Bedeutung gewinnt. Anforderungen an eine höhere Energieeffizienz betreffen sowohl die Produktionsprozesse und –verfahren als auch die Produkte, wie insbesondere die Maschinen und Anlagen, die direkt Energie verarbeiten bzw. die Umwandlung in Endverbrauchsenergie vollziehen. Effizienzanforderungen müssen daher integraler Bestandteil der Produktentwicklungsprozesse sein. Dabei resultiert eine Verbesserung des Wirkungsgrades sowohl in finanziellen (Einsparungen im Bereich Energieeinsatz) als auch in ökologischen Vorteilen, bspw. durch die Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Da die Branche aber auch Maschinen und Anlagen für die Erzeugung alternativer Energien produziert, bietet sich hier ein neuer globaler Markt mit enormen Wachstumspotenzialen.¹⁰⁰

94 Electromagnetic Fields and the Public Health. (2005) International EMF Project Information Sheet. (PDF); s. a.

<http://www.bfs.de/de/elektro>

95 Ermittlung der Befürchtungen und Ängste der breiten Öffentlichkeit hinsichtlich möglicher Gefahren der hochfrequenten elektromagnetischen Felder der Mobilfunks – jährliche Umfragen (2007) BFS (PDF).

96 Bitkom (2009): Health, Safety & Environment (http://www.bitkom.org/de/themen_gremien/54662.aspx, letzter Zugriff 03.07.2009).

97 MakeITFairs' List of Principles on the Extractive Phase of the Electronics Supply Chain.; VDA/VDMA/ZVEI Umweltmanagement bei Lieferanten – Eine Checkliste; Capacitating Electronics (2007) Make ITFair.

98 Social and Environmental Responsibility in Metals Supply for the Electronic Industry (2008): GHGm (PDF) .

99 Capacitating Electronics (2007) Make ITFair.

100 Umweltpolitische Positionen des VDMA.

Der durch den Menschen verursachte Klimawandel spielt sowohl auf der Seite der Kundenwünsche als auch für die politische Rahmung der Produkte/Produktion eine große Rolle. Im öffentlichen Bewusstsein angekommen, besteht gerade in Europa und Deutschland große Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten.¹⁰¹ Aber auch die Kunden der Branche in der Wertschöpfungskette können durch energieeffiziente Produkte und Technologien ökonomische Vorteile erzielen. Die Politik hat dazu beigetragen, dass Kennzeichnungspflichten wie das EU-Label zur Einschätzung des Stromverbrauchs von Haushaltsgeräten eingeführt wurden, welche den EndverbraucherInnen die Kaufentscheidung und damit das Sparen von Energie erleichtern soll.¹⁰² Weiterhin existieren Recycling- und Abfallvorschriften¹⁰³, die bereits einmal genutzte Rohstoffe dem Wertstoffkreislauf wieder zuführen sollen bzw. die Entsorgung von Müll regeln. VerbraucherInnen können darüber hinaus anhand von Umweltzeichen wie dem „Blauen Engel“ erkennen, dass entsprechend ausgezeichnete Produkte überprüfbare Kriterien bezüglich Umweltschutz und Gesundheit erfüllen.¹⁰⁴ Dies soll schlussendlich Unternehmen animieren, umweltfreundliche Produkte herzustellen bzw. umweltfreundliche Produktionsprozesse anzuwenden.

Maßnahmen in den Bereichen Ressourceneffizienz, Energieeffizienz und Klimaschutz sind so eng miteinander verzahnt, dass die Lösung einer Branchenherausforderung direkte (positive) Auswirkungen auf die anderen Herausforderungen mit sich bringt. Die Branche investiert nicht nur aus diesen Gründen stark in die Forschung, wovon wiederum ein großer Teil der Entwicklung nachhaltiger Produkte und Verfahren zufließt. Die schon erwähnten neuen Stromerzeugungstechnologien (Windkraft, Wasserkraft usw.) sind hierfür ein gutes Beispiel. Aber auch die Speicherung von Energie wird als eines der wichtigsten Themen erkannt. Neue Batterien, die Energie für größere Elektromotoren speichern können, sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Elektroauto, was wiederum direkt zu einer umweltschonenden Mobilität der Gesellschaft beiträgt. Bei der Entwicklung solcher Technologien stehen die Unternehmen vor der Herausforderung, die oben genannten ökologischen und sozialen Herausforderungen frühzeitig zu berücksichtigen. Eine Technologie, die z. B. auf der einen Seite Emissionen zu reduzieren hilft, auf der anderen Seite aber in erhöhtem Umfang Rohstoffe verbaut, die risikobehaftet und knapp sind, ist nicht erstrebenswert (sogenannte Reboundeffekte).

Neben den technischen und ökologischen Herausforderungen stehen auch gesellschaftliche/soziale Themen auf der Agenda der Branche. Die schon angesprochenen Arbeitsbedingungen der Zulieferindustrie gehören sicherlich zu den entscheidenden Herausforderungen. Arbeiten die Beschäftigten unter menschenwürdigen Bedingungen, verdienen sie angemessen und werden die vor Ort existierenden gesellschaftlichen Strukturen respektiert?¹⁰⁵ All dies sind Fragen, die durch NGOs, aber auch durch kritische KonsumentInnen aufgeworfen werden und denen sich die Branche stellen muss. Aber nicht nur bei Zulieferern sind schwierige Arbeitsbedingungen anzutreffen. Insbesondere die großen Vertreter der Branche betreiben Dependancen im Ausland und sind so für die Arbeitsbedingungen vor Ort direkt mitverantwortlich.

101 Going Green: Sustainable Growth Strategies (2007): Price Waterhouse Coopers (PDF).

102 Deutsche Energie-Agentur (2009): EU-Label (www.thema-energie.de/strom/effizienzlabel/eu-label.html); letzter Zugriff 3.7.2009).

103 KrW-/AbfG; AbfAbIV; AltfahrzeugV; AltholzV; AltölV; BattV; BioAbfV; DepV; V; GewAbfV; NachwV; VerpackV.

104 Imagebroschüre RAL zum Umweltzeichen „Blauer Engel“ (2008), RAL (PDF).

105 Silenced to deliever; Connecting Components, Dividing Communities; Powering the Mobile World; Capacitating Electronics. Reports MakeITFair (PDF).

Andere Themen betreffen die Akquise und Auswahl / Ansprache der Kunden der deutschen Technologien: Wie wird z. B. sichergestellt, dass keine Waren, insbesondere Maschinen und Anlagen, aber auch sonstige Hochtechnologien in Länder geliefert werden, die unter internationaler Beobachtung stehen, wie zum Beispiel der Iran? Wie wird mit dem Thema Korruption im In- und Ausland umgegangen?

Die derzeit wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise hat ebenfalls Auswirkungen auf die Branchen, die hier aber aufgrund der aktuell nicht absehbaren Entwicklungen inhaltlich nicht weiter thematisiert werden. Ein Eingehen auf die Finanzkrise ist in den 2009er Berichten zu erwarten.

Insgesamt setzen sich die Branchen stark mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft auseinander. Dies ist in diesem speziellen Fall sicherlich durch die drei großen Verbände zu erklären, die die Branchen vertreten. Technik und Umwelt bilden in jedem der Verbände einen eigenen Schwerpunkt, in dem dann wiederum spezielle Themen behandelt werden. Die eingesehenen Quellen legen dar, dass die Branche sich eher zu den sie direkt betreffenden Themen äußert, beispielsweise Energieeffizienz oder eben gesetzliche Vorgaben. Andere Themen, wie zum Beispiel die Arbeitsbedingungen im Ausland oder die Abbaubedingungen, werden nur von NGOs in den Diskurs gestellt.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, sofern zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) **SO₂ (Schwefeldioxid)**
- b) **NO_x (Stickoxide)**
- c) **NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Darstellung der wichtigsten)**
- d) **Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung)**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

a) Verbrauch von Rohstoffen

Mengenangaben zumindest differenziert nach folgenden Materialgruppen oder unter Verwendung einer vergleichbaren Unterteilung:

- ***Metalle / Edelmetalle***
- ***Kunststoffe***
- ***Sonstiges***

b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen

Mengenangaben zumindest differenziert nach folgenden Materialgruppen oder unter Verwendung einer vergleichbaren Unterteilung:

- ***Öle / Fette / Schmierstoffe, -mittel***
- ***Lösemittel***
- ***Farben / Lacke / Beizmedien***
- ***Sonstiges***

c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).^{*106}

Mengenangaben zumindest differenziert nach folgenden Materialgruppen oder unter Verwendung einer vergleichbaren Unterteilung:

- ***Elektrik / Elektronik***
- ***Transportverpackungen***
- ***Produktverpackungen***
- ***Sonstiges.***

¹⁰⁶ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung der wesentlichen Stoffströme.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und –verbrauch gemacht. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt. Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser).
- c) Schwermetalle (ggf. Aufschlüsselung).**

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen.

Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. **Wesentliche Aspekte, die dabei herausgestellt werden, sind (mindestens 4 der 7):**

- a) **Verbot und Verminderung von Schadstoffen in Produkten**
- b) **Verbrauchswerte (Energie usw.) und relevante Emissionen in der Nutzungsphase**
- c) **Instrumente zur umweltgerechten Produktgestaltung im Produktentstehungsprozess**
- d) **Recyclingfähigkeit der Produkte**
- e) **Verlängerung der Produktlebensdauer**
- f) **Verbesserung des Wartungs- und Kundenservices**
- g) **Kostentransparenz über den Lebenszyklus (z. B. Drucker, Großwaschanlagen).**

3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
- b) faire Preisgestaltung in Markt Bereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
 - e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten (**z. B. Verbrauchswerte (Energie, Wasser, sonstiges), Betriebskosten über den Lebenszyklus, Risiken in der Nutzung und Entsorgung**)
 - f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
 - g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).
- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Energieversorger

AutorInnen: Esther Hoffmann, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Die Ranking-Branche „Energieversorger“ umfasst die Unternehmen, die mit der Erzeugung und/oder dem Vertrieb von Energie befasst sind. Bei deutschen Unternehmen ist diese Aktivität mit der Erzeugung und Übertragung von Elektrizität sowie teilweise zusätzlich mit der Übertragung und dem Verkauf von Erdgas und Fernwärme verbunden. Einige Unternehmen betreiben zudem Wasser- und Abwassernetze oder sind in der Förderung von Energieträgern aktiv. Da die Unternehmen, die bislang einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen, nicht im Wassergeschäft engagiert sind, liegt der Schwerpunkt in diesem Papier auf der Elektrizitätswirtschaft, der Bereitstellung von Fernwärme und dem Betrieb von Erdgasnetzen.

Die deutsche Versorgungsbranche setzte im Jahr 2006 rund 250 Mrd. € um, davon entfielen fast drei Viertel auf Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft und ein weiteres Viertel auf die Gasversorger. Weniger als 10 Mrd. € betrug der Umsatz von Unternehmen der Wasser- und Wärmeversorgung.¹⁰⁷ Ende 2007 hatte die Branche rund 237.000 Beschäftigte.¹⁰⁸ In Deutschland vertritt die Unternehmen der Versorgungswirtschaft der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der im Jahr 2007 aus vier Verbänden der Versorgungswirtschaft hervorgegangen ist. Zusätzlich gibt es weitere Verbände wie z. B. den AGFW (Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V.), der sich für die Entwicklung und den Ausbau von Nah- und Fernwärme einsetzt. Auf europäischer Ebene werden die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft durch den Verband „eurelectric“ vertreten, die Gasversorger durch „Eurogas“.

Die deutsche Energieversorgung ist sehr stark von einer Diskussion über mangelnden Wettbewerb geprägt. Trotz der seit 1996 in der EU eingeführten Strommarktliberalisierung und mehrfacher deutscher Anpassungen des energiewirtschaftlichen Rahmens im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) hat sich die Wettbewerbssituation bislang kaum verändert. Obwohl in Deutschland mehr als 1.000 Stromversorger existieren,¹⁰⁹ besteht ein Oligopol der „großen Vier“ (E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall Europe), die über etwa 80 % der Kraftwerkskapazitäten verfügen und einen entsprechend hohen Anteil an Strom für den deutschen Markt produzieren. Bei den meisten weiteren Stromanbietern handelt es sich um lokal und regional agierende Versorger bzw. Stadtwerke, an denen die vier großen Energieversorger mit Mehrheits- oder Minderheitsanteilen beteiligt sind. In den meisten Fällen ist der Gesellschafter eines Stadtwerks auch der Lieferant für Elektrizität. Neben den großen Versorgern gibt es in Deutschland eine Vielzahl kleinerer Betreiber von Kraftwerken, insbesondere von Anlagen auf der Basis von erneuerbaren Energien gemäß dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG),

-
- 107 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2008): Statistisches Jahrbuch - produzierendes Gewerbe und Energiewirtschaft, Wiesbaden, S. 373.
www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/Al/IC/Publikationen/Jahrbuch/ProdGewerbe_property=file.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).
- 108 Arbeitsagentur (Hrsg., 2008): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsgruppen, Nürnberg.
www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/b.html; letzter Zugriff 27.01.2009).
- 109 BDEW (Hrsg., 2007): Energiemarkt Deutschland - Zahlen und Fakten zur Gas- und Stromversorgung, Berlin, S. 29.
www.bdew.de/bdew.nsf/id/DE_7K6HZT_Energiemarkt_Deutschland_-_Neuste_Zahlen_zur_Gas-_und_Stromversorgung_fuer_den_Einsatz_in_/file/08%2002%2011%20Energiemarkt%20Deutschland%202007.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

die mittlerweile ca. 15 % der Stromerzeugung ausmachen. Das deutsche Fernleitungsnetz wird ebenfalls durch die vier großen Versorger bewirtschaftet und ist entsprechend in vier Regelzonen unterteilt. Zwar können VerbraucherInnen inzwischen ihren Stromanbieter frei wählen, jedoch wird den Fernnetzbetreibern vorgeworfen, durch ihre Übertragungspreispolitik Wettbewerber weiterhin zu benachteiligen. Eine vergleichbare Diskussion gibt es in der Gasversorgung: Auch hier ist der Wechsel des Anbieters für die KundInnen zwar möglich, wird jedoch durch den Einfluss der Netzbetreiber erschwert.¹¹⁰

Die deutschen Energieversorger betreiben Kraftwerke in Deutschland und teilweise im Ausland, vor allem das Unternehmen E.ON ist europaweit sowie in den USA als Kraftwerksbetreiber tätig. Insgesamt sind Energiemärkte stark national geprägt, nur rund ein Zehntel der erzeugten Elektrizität wird exportiert.¹¹¹ Die europäische Politik verfolgt daher das Ziel, den Wettbewerb zu stärken und die regional orientierten Energiemärkte hin zu einem gesamteuropäischen Energiebinnenmarkt zu entwickeln.¹¹² Trotz der Etablierung von Börsen für europaweiten Stromhandel, besteht hier noch erheblicher Entwicklungsbedarf, da europaweiter Wettbewerb bislang durch Netzmonopole, nationale Abschottung und begrenzte Stromübertragungskapazitäten an den Ländergrenzen erschwert wird.¹¹³

Die wichtigsten Vorprodukte der Elektrizitätswirtschaft sind die eingesetzten Energierohstoffe. So basiert die deutsche Elektrizitätserzeugung zu rund 26 % auf dem Energieträger Uran, 22 % auf Steinkohle, 24 % auf Braunkohle sowie 12 % auf Erdgas.¹¹⁴ Während die Braunkohle zum größten Teil im Inland gefördert wird, werden von den restlichen Energieträgern zwischen 60 % (Steinkohle) und 100 % (Uran) importiert.¹¹⁵ Dabei ist Deutschland von einer relativ geringen Zahl an Erzeugerländern abhängig.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die Verfügbarkeit von Elektrizität ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Weltweit haben 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Obwohl in Europa die Versorgung mit Elektrizität grundsätzlich unproblematisch ist, stehen Elektrizitätsversorger vor der langfristigen Herausforderung, diese Verfügbarkeit umweltverträglich und möglichst preiswert sicherzustellen. Die meisten Herausforderungen betreffen Aspekte der Produktion, d. h. die Prozesse, die dazu dienen, den KundInnen Energie bzw. Energieträger zur Verfügung zu stellen. Wichtige Problemfelder der Branche sind vor allem die Senkung des Klimagas- und Schadstoffausstoßes sowie die hierzu erforderliche Effizienzsteigerung durch die Entwicklung und Installation neuer Energieerzeugungs- und -speichertechnologien. Unter ökologischen Aspekten ist die Unterstützung der KundInnen

110 Bundesnetzagentur (Hrsg., 2008): Pressemitteilung - Entscheidung für mehr Wettbewerb im Ferngasnetz, Bonn.

(www.bundesnetzagentur.de/media/archive/14728.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

111 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006): Energie in Deutschland, Wiesbaden, S. 13.

(www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Statistisches_Jahrbuch/Pressebrochure_Energie.property=file.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

112 EU-Kommission (Hrsg., 2007): Aussichten für den Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarkt, Brüssel

(www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2007-0249+0+DOC+PDF+V0/DE; letzter Zugriff 27.01.2009).

113 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2008): Datenreport 2008 - Kapitel Umwelt und Nachhaltigkeit, Wiesbaden, S. 342

(<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2008Umwelt.property=file.pdf>; letzter Zugriff 27.01.2009).

114 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006): Energie in Deutschland, a. a. O., S. 13.

115 Ebenda, S. 5; Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2008): Datenreport 2008 - Kapitel Umwelt und Nachhaltigkeit, Wiesbaden, S. 344

(www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2008Umwelt.property=file.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

bei der effizienten Verwendung der bereitgestellten Energie wichtig. Als ökonomische und soziale Herausforderung ist die Branche vor allem mit der Kritik an mangelndem Wettbewerb und damit zu hohen Monopolpreisen konfrontiert. In der Vorkette bestehen soziale und ökologische Probleme insbesondere beim Abbau der Energieträger; dieser wird von den großen deutschen Energieversorgern teilweise selbst betrieben.

Die zentrale ökologische Herausforderung für Energieversorger ist die Verringerung ihres Beitrags zum Klimawandel. Wegen des hohen durchschnittlichen Alters des Kraftwerksparks und des Einsatzes großer Mengen der in Deutschland ausreichend vorhandenen Kohle zur Elektrizitätserzeugung sind die CO₂-Emissionen der deutschen Energiewirtschaft besonders hoch: Ihr Anteil an den energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland beträgt fast 50 %.¹¹⁶ Die Länder der Europäischen Union haben sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber 1990 zu senken. Das wichtigste Instrument dabei ist der Emissionshandel, der die Energiewirtschaft und weitere ausgewählte Industriezweige verpflichtet, für emittierte Klimagase eine äquivalente Zahl an insgesamt nur begrenzt verfügbaren Emissionszertifikaten vorzulegen und ab 2013 auch zu erwerben.

In der Bekämpfung des Klimawandels setzten die deutsche Energieversorger große Hoffnungen in die Technik der CO₂-Abscheidung und Lagerung (Carbon Capture and Storage - CCS). Diese steht jedoch wegen des enormen energetischen und finanziellen Aufwands sowie der Gefahr des Austritts von Kohlendioxid aus Pipelines und Lagerstätten in der Kritik.¹¹⁷ Grundsätzlich wird der Ansatz dafür kritisiert, Probleme und Sicherheitsrisiken auf spätere Generationen zu verschieben.

Neben Kohlendioxid entstehen bei der Energieerzeugung und -verteilung weitere Treibhausgase: Bei der Verbrennung entsteht Lachgas, zudem wird bei Bergbauarbeiten und durch undichte Erdgasleitungen Methan freigesetzt. Beide haben allerdings nur einen Anteil von ca. 1,0 bzw. 0,1 % an den insgesamt durch Kraftwerke in Europa ausgestoßenen Klimagasen.¹¹⁸ Weiterhin ist die Hochspannungstechnik in der Energiewirtschaft eines der wichtigsten Einsatzfelder für das stark klimawirksame Schwefelhexafluorid.¹¹⁹ Da die Emission von Treibhausgasen stark vom eingesetzten Energieträger und der Kraftwerkstechnologie abhängt, erwarten nicht nur Umweltschutzorganisationen von Energieversorgern möglichst große Transparenz bei der Offenlegung der Klimagasemissionen und der Zusammensetzung der erzeugten Energie nach Energieträgern (Energienmix). Gerade Investoren fordern zur Vergleichbarkeit der Daten die Anwendung einheitlicher Standards wie etwa des „Greenhouse Gas Protocol“.¹²⁰ Zur Abschätzung der Betroffenheit eines Kraftwerksbetreibers von dem europäischen Emissionshandelssystem verlangen Stakeholder zudem eine Offenlegung der benötigten Emissionsrechte.¹²¹

116 BMU (Hrsg., 2008): Erneuerbare Energien in Zahlen, Berlin, S. 27 (www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/broschuere_ee_zahlen.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

117 SRU (Hrsg., 2008): Umweltgutachten 2008, Berlin, S. 179 f. (http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/umweltg/UG_2008.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

118 Eurelectric (Hrsg., 2008): Environmental Statistics of the European Electricity Industry 2005-2006, S. 24 f. (www.eurelectric.org/Download/Download.aspx?DocumentFileID=40563; letzter Zugriff 02.02.2009).

119 Eurelectric (Hrsg., 2006): Environmental Statistics of the European Electricity Industry 2003-2004, Brüssel, S. 20 (<http://www.eurelectric.org/PublicDoc.aspx?ID=40563>; letzter Zugriff 27.01.2009).

Eurelectric (Hrsg., 2008): Environmental Statistics of the European Electricity Industry 2005-2006, a. a. O., S. 25.

120 z.B. DVFA (Hrsg., 2008): KPIs for ESG, Dreieich, S. 24. (www.dvfa.de/files/die_dvfa/kommissionen/non_financials/application/pdf/KPIs_ESG_FINAL.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009); Hesse, Deloitte (Hrsg., 2007): Nachhaltig mehr Wert, Berlin, Dresden, Düsseldorf et al., S. 33.

(www.deloitte.com/dtt/cda/doc/content/de_efi_NachhaltigMehrWert_230107.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

121 Deloitte (Hrsg., 2007): Nachhaltig mehr Wert, a. a. O., S. 34.

Ein wesentlicher Ansatz zur Reduktion der CO₂-Emissionen in der Energieerzeugung ist der Einsatz erneuerbarer Energieträger. Hierfür wurden auf unterschiedlichen Ebenen politische Ausbauziele vereinbart: Auf EU Ebene bestehen die Ziele, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen am gesamten Stromverbrauch bis 2010 auf 21 % zu erhöhen¹²² sowie den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 auf 20 % auszubauen (von derzeit etwa 6,5 %).¹²³ Die deutsche Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von ca. 14 % im Jahr 2007 auf 30 % im Jahr 2020 zu erhöhen.¹²⁴ Zentrales politisches Instrument zur Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung ist das EEG, durch welches Netzbetreiber verpflichtet werden, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien an ihr Netz anzuschließen und erzeugte Elektrizität abzunehmen. In der aktuellen Novelle des EEG aus dem Jahr 2008 werden schließlich neben der garantierten Einspeisung auch die Direktvermarktung sowie der Zusammenschluss von Kombikraftwerken angeregt. Vor diesem Hintergrund sollten Energieversorger vor allem ihre Strategie zum Ausbau des Erneuerbaren-Kraftwerksparks und ihren Beitrag zur Erreichung internationaler und nationaler Ziele darstellen. Eine aktuelle Studie weist hier auf bestehende Defizite bei den großen vier Energieversorgern hin: Die Unternehmen weisen ihre Ausbauziele für erneuerbare Energien und Investitionspläne überwiegend so aus, dass ein Vergleich mit politischen Zielsetzungen schwierig ist; sie verwenden oftmals unscharfe Definitionen für den Anteil aus Erneuerbaren Energien und beziehen bspw. Pumpspeicherkraftwerke oder Abfallverbrennung mit ein; das Ausmaß, in dem Beteiligungen einbezogen werden (bzw. ob der equity-share oder management-control-Ansatz)¹²⁵ herangezogen wird, wird nicht immer transparent dargestellt.¹²⁶

In der Behandlung der erneuerbarer Energien sollte daher deutlich werden, welche Definition die Unternehmen verwenden und welche Technologien sie einsetzen bzw. planen, auszubauen. Zusätzlich sollten auch die mit einzelnen Technologien verbundenen Nachteile Berücksichtigung finden. So steht unter ökologischen Aspekten insbesondere die Offshore-Windenergie mit ihren Folgen für den Vogelzug sowie die Tierwelt des Meeres und des Meeresbodens in der Kritik. Da die regionale und saisonale Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenenergie schwankt, sind intelligente Netze, Erzeugungs- und Lastmanagement notwendig, um diese Schwankungen auszugleichen. Ein Ansatzpunkt zur Lösung des Problems können sogenannte Kombikraftwerke sein, ein Zusammenschluss dezentraler Kraftwerke auf Basis fossiler und erneuerbarer Energieträger.

Die zweite zentrale Herausforderung ist eng mit dem Klimawandel verbunden und betrifft die Effizienzsteigerung im Kraftwerkspark. Hierfür sind verschiedene Teilstrategien relevant

122 Kommission der europäischen Gemeinschaften (2008): Vorschlag für eine Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (KOM(2008) 19 endgültig). (eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0019:FIN:DE:PDF); letzter Zugriff: 14.05.2009).

123 Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland (2007): Schlussfolgerung des Vorsitzes Europäischer Rat (Brüssel) vom 8. und 9. März 2007. In EU-Nachrichten, Nr. 1 vom 9.23.2007, S. 15. (ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-doku-1_07-web.pdf); letzter Zugriff: 14.05.2009).

124 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2008): Indikatorenbericht 2008, S. 12. (www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Indikatorenbericht2008_property=file.pdf); letzter Zugriff 27.01.2009).

125 Zu den Unterschieden in beiden Ansätzen s. z. B. Bassen, A. (2007): Carbon Disclosure Project, Bericht 2007, Deutschland. (www.bvi.de/export/sites/internet_relaunch/downloads/cdp/CDP5_Bericht_2007_dt_LowRes.pdf); letzter Zugriff: 27.10.2008.

126 Hirschl, Bernd: Investitionen der vier großen Energiekonzerne in Erneuerbare Energien: Bestand, Ziele und Planungen von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall konzernweit und in Deutschland, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, im Auftrag von Greenpeace, März 2009, S. 118, 120. (www.ioew.de/home/downloaddateien/Studie_EE_Investitionen_EVU.pdf); letzter Zugriff: 14.5.2009).

(Kraft-Wärme-Kopplung, Wirkungsgradsteigerungen in Kraftwerken). Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) kann sowohl zentral als auch dezentral eingesetzt und die Wärme in Nah- und Fernwärmenetzen transportiert werden. Durch die Wärmenutzung kann der Gesamtnutzungsgrad der eingesetzten Primärenergie auf rund 90 % gesteigert werden. Die Bundesregierung will den Anteil der KWK an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 % steigern. Zur Erreichung verpflichtet das KWK-Gesetz Netzbetreiber, Strom aus KWK-Anlagen abzunehmen. Zudem soll die Wirtschaft aufgefordert werden, die im Jahr 2001 zwischen Bundesregierung und Wirtschaft getroffene Vereinbarung zum Einsatz von KWK umzusetzen.¹²⁷

Neben dem Einsatz von KWK ist angesichts ihres hohen Anteils an der Elektrizitätserzeugung eine Erhöhung der Wirkungsgrade der Kohlekraftwerke notwendig. Trotz Effizienzfortschritten in den letzten Jahren stehen deutsche Energieversorger weiterhin besonders in der Kritik.¹²⁸ So werden laut einer Studie des WWF von den 30 europäischen Großkraftwerken mit dem höchsten CO₂-Ausstoß je erzeugter Kilowattstunde 13 von deutschen Unternehmen betrieben.¹²⁹ Bei Kohlekraftwerken sind noch bedeutende Effizienzsteigerungen möglich: Während der durchschnittliche Wirkungsgrad deutscher Kohlekraftwerke 2005 bei rund 37 % lag,¹³⁰ wandeln moderne Kohlekraftwerke etwa 45 % der Verbrennungsenergie in elektrische Energie um. Aufgrund ständiger Weiterentwicklungen in der Effizienz und der langen Laufzeit von Kraftwerken spielt bei der Planung von Kraftwerksneubauten sowohl der Zeitpunkt als auch die Frage von Auf- und Nachrüstbarkeit eine zentrale Rolle.

Kraftwerke sind neben der Emission von klimawirksamen Gasen für den Ausstoß weiterer Luftschadstoffe verantwortlich. Zu nennen sind vor allem ozonerzeugende Stickoxide sowie das bei der Verbrennung von (v. a. Braun-) Kohle anfallende Schwefeldioxid (SO₂), das wesentlich für die Entstehung von saurem Regen verantwortlich ist. Trotz eines Rückgangs der spezifischen SO₂-Emissionen auf rund ein Viertel seit den 1980er Jahren, ist die Elektrizitätswirtschaft weiterhin für mehr als die Hälfte der SO₂-Emissionen verantwortlich.¹³¹ Weitere problematische Emissionen sind leicht flüchtige organische Verbindungen (Non-Methane Volatile Organic Compounds – NM-VOCs) sowie Staub. Der Anteil der Energiewirtschaft an den Feinstaub-Emissionen ist zwar mit einem Anteil von 6 % an den Gesamtemissionen von PM₁₀¹³² verhältnismäßig gering, jedoch sollte er angesichts der gesundheitsschädlichen Wirkungen möglichst weit reduziert werden.¹³³ Weiterhin problematisch sind Emissionen giftigen Quecksilbers durch die Verbrennung von Kohle.¹³⁴ Auch niederfrequente elektromagnetische Felder um energietechnische Anlagen wie Fernleitungen oder Trafostationen sind umstritten. Nach Studien, die Hinweise auf Krebserkrankungen bei einer langfristigen Exposition weit unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte geben, kommt das Bundesamt für Strahlenschutz zu dem Schluss, dass im Rahmen der Risikovorsorge die Einwirkung dieser Felder auf Men-

127 SRU (Hrsg., 2008): Umweltgutachten 2008, a. a. O., S. 95.

128 Eurelectric (Hrsg., 2008): Environmental Statistics of the European Electricity Industry 2005-2006, a. a. O., S. 23 ff.

129 WWF (Hrsg., 2007): Dirty Thirty - Ranking of the most polluting power stations in Europe, Brüssel. (assets.panda.org/downloads/european_dirty_thirty_may_2007.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

130 Pfeifer (Hrsg., 2005): Konzentration auf dem deutschen Strommarkt 1994-2004, Institut für Wirtschaftswissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg, IWE Working Paper Nr. 02, S. 24. (www.economics.phil.uni-erlangen.de/forschung/workingpapers/WP-Konzentration.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

131 Eurelectric (Hrsg., 2006): Environmental Statistics of the European Electricity Industry 2003-2004, a. a. O., S. 21.

132 PM-Standard: National Air Quality Standard for Particulate Matter der EPA (Environmental Protection Agency)

133 SRU (Hrsg., 2008): Umweltgutachten 2008, a. a. O., S. 216.

134 Max Planck Gesellschaft (Hrsg., 2007): Quecksilber aus dem Regenwald. In: Max Planck Gesellschaft (Hrsg., 2007): MaxPlanckForschung, Ausgabe 3, Jahrgang 2007, S. 9. (www.mpg.de/bilder/BerichteDokumente/multimedial/mpForschung/2007/heft03/pdf.pdf; letzter Zugriff 02.02.2009); Ökopol (Hrsg., 2008): Aktualisiertes Gutachten im Auftrag des WWF zu Antragsunterlagen der Dong Energy GmbH im Genehmigungsverfahren zum Steinkohlekraftwerk in Lubmin (1600 MW, MAXIMAL 3700 MW), Hamburg (www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/WWF-Stellungnahme-DONG-Unterlagen.pdf; letzter Zugriff 02.02.2009).

schen gering gehalten werden sollte.¹³⁵

Durch die Einleitung (Immission) von angewärmtem Kühlwasser kann es zu Beeinträchtigungen der Gewässerökologie kommen, weswegen diese – insbesondere in sensiblen Ökosystemen – möglichst minimiert werden sollte.¹³⁶ Dies stellt vor dem Hintergrund der durchschnittlichen Temperatur-Erhöhungen und erwarteter häufigerer Hitzeperioden in Mitteleuropa im Zuge des Klimawandels eine besondere Herausforderung dar, da hierdurch ein erhöhter Kühlbedarf bei gleichzeitig steigenden Wassertemperaturen zu erwarten ist.

Ein besonderes Risiko stellt die Nutzung von Kernkraft dar. Im Jahr 2007 lieferte die KIKK-Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz erneut Hinweise auf Gesundheitsgefahren durch diese Technologie.¹³⁷ Ein weiteres ungelöstes Problem stellt die Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Materials dar. Dieses Abfallproblem wird sich durch die geplante Stilllegung von Kraftwerken und durch radioaktiv belastete Bauabfälle noch verschärfen. Neben diesen Risiken sind Betreiber von Kernkraftwerken mit der Gefahr von Störfällen durch technisches oder menschliches Versagen sowie ggf. von Terror-Anschlägen konfrontiert und daher gefordert, umfassende Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen einzuführen. Ein umfassendes Katastrophenmanagement ist jedoch nicht nur für mit Kernkraft verbundene Aktivitäten notwendig, sondern kann auch Staudämme für Großwasserkraftwerke betreffen.

Ökologische Produktverantwortung können Energieerzeuger vor allem durch die Unterstützung der KundInnen beim effizienten Energieeinsatz übernehmen. Hier sind von ihnen Beratung und Energiedienstleistungen gefordert. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist „demand side management“, ein Konzept zur Glättung der Schwankungen der Strombedarfskurve (zur Vermeidung des Einsatzes teurer Spitzenkraftwerke) oder auch allgemein zur Begrenzung des Energiebedarfswachstums. Energieversorger können Privat-, Gewerbe- und Industriekunden bei Einsparmaßnahmen beraten und ihnen entsprechende Technologien zum Beispiel im Rahmen von Contracting zur Verfügung stellen. Ökologische Produktverantwortung heißt auch, dass Energieversorgungsunternehmen energiesparendes Verhalten nicht durch die Förderung und Vermarktung stromintensiver Produkte (z. B. Nachtspeicherheizungen) konterkarieren sollten.

Die Wettbewerbseinschränkungen auf dem deutschen Energiemarkt führen mit den dadurch verursachten hohen Energiepreisen zu wirtschaftlichen Problemen bei Industriekunden. Da von den hohen Preisen aber insbesondere auch einkommensschwache Haushalte betroffen sind, hat dieses Problem auch eine ausgeprägte soziale Komponente. Hier sind spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote erforderlich.

Ein aus Verbrauchersicht wichtiges Qualitätsmerkmal von Elektrizität ist die Ausfallsicherheit. Um diese zu gewährleisten, sind Investitionen in Kraftwerks- und Energiespeicherkapazitäten sowie Übertragungsnetze notwendig. VerbraucherInnen haben zudem Anspruch auf Information über die Zusammensetzung ihres Stroms. Zur Verbraucherinformation, insbesondere über Ökostrom, können Label wie das Grüner Strom- Label (in gold oder silber) oder ok power genutzt werden.¹³⁸

135 BfS (Hrsg., 2008): Niederfrequente Felder in der Umgebung von Hochspannungsleitungen und Trafostationen (www.bfs.de/de/elektro/faq/faq_hochspannung.html; letzter Zugriff 27.01.2009).

136 Die niederländische Delegation in der IKSR (Hrsg., 2006): Einfluss der Wärmeeinleitungen auf die Wassertemperatur des Rheins. (vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/downloads/wassertemperatur-rhein.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

137 Kaatsch, P. / Spix, C. / et al. (2007): Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KIKK-Studie). (www.bfs.de/de/bfs/druck/Ufoplan/4334_KiKK_Gesamt_T.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

138 Grüner Strom Label e.V.: www.gruenerstromlabel.de; EnergieVision e.V.: www.ok-power.de.

In den vorgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette ergeben sich beim Rohstoffabbau bzw. -anbau ökologische und soziale Probleme. Daher ist die Herkunft der eingesetzten Energieträger ein wichtiges übergreifendes Thema. Teilweise betreiben die Versorger selbst Förderaktivitäten, z. B. die ausgedehnten Braunkohle-Tagebaue in Deutschland. Kritisch betrachtet werden dabei vor allem die Umsiedlungen der Bevölkerung und der Abriss von Denkmälern auf geplanten Tagebauflächen. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind der Umgang mit Abraummateriale sowie die Schadstoffbelastung der Luft und des abgepumpten Grund- und Regenwassers bedeutsam.¹³⁹ Durch das Abpumpen kommt es zu Absenkungen des Grundwasserspiegels weiträumig um Tagebaue herum mit negativen Folgen für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft. Schließlich muss die Deckung der auch noch lange nach Stilllegung des Tagebaus anfallenden Kosten (z. B. für Renaturierung und Sanierung des Grundwassers) sichergestellt sein.

Andere Energieträger bringen andere Herausforderungen mit sich. Ein großer Anteil der eingesetzten Steinkohle wird in Deutschland untertage gefördert. Hierbei sind insbesondere Fragen der Arbeitssicherheit im Untertagebergbau, das Austreten von Grubengas sowie die finanzielle Vorsorge für langfristige Bergbaufolgeschäden von Bedeutung. Bei der Förderung und dem Transport von Erdöl steht die Vermeidung von Kontaminationen durch Öl und Chemikalien im Vordergrund, bei Erdgas vor allem die verlustfreie und sichere Übertragung der Ressource. Im Fall von Erdöl und Erdgas ist weiterhin kritisch, dass diese Rohstoffe zu einem großen Teil in Ländern mit autoritären Regimen gefördert werden. Diese Herkunftsländer bringen ein zusätzliches politisches Risiko für die Versorgungssicherheit mit sich. Neben fossilen sind auch mit nachwachsenden Energieträgern Probleme verbunden. Biomasse stand wegen ihrer ökologischen (z. B. Monokulturen, Pestizideinsatz) und sozialen (v. a. Flächenkonkurrenz zu Nahrungsmitteln) Probleme jüngst stark in der Kritik. Beim Abschluss langfristiger Lieferverträge mit Rohstoffproduzenten sollten Energieversorger auf die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards achten.

Auf Branchenebene und im deutschen Industrieverband BDEW ist insgesamt ein eher reaktiver Umgang mit den Nachhaltigkeitsherausforderungen festzustellen. Ähnlich verhält es sich mit dem europäischen Dachverband eurelectric. Dieser veröffentlicht allerdings zweijährlich einen Umweltbericht, der zunehmend ausgebaut wird. Zentrale Reporting-Standards für die Branche sind das GRI-Supplement für die Elektrizitätswirtschaft sowie das „Greenhouse Gas Protocol“ für die Berechnung von Treibhausgasemissionen. Dieses hat sich als wichtiger Industriestandard etabliert und seine Anwendung wird sowohl im Neuentwurf des GRI Supplements als auch von der DVFA empfohlen.¹⁴⁰

139 vgl. IFC/World Bank Group (2007): Environmental, Health, and Safety Guidelines – Mining, S. 2; ([www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_Mining/\\$FILE/Final+-+Mining.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_Mining/$FILE/Final+-+Mining.pdf); letzter Zugriff 27.01.2009).

140 DVFA (Hrsg., 2008): KPIs for ESG, a.a.O., S. 26; Global Reporting Initiative (Hrsg., 2008) Sector Supplement Electric Utilities – Pilot version, Amsterdam, S. 36. (www.globalreporting.org/NR/rdonlyres/133469FE-6C9D-4894-B21A-1562314F1FF7/0/EUSS_Pilot.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

Branchenspezifische Kriterien

A.5.1 Energiemanagement und Klimaschutz

5 Das Unternehmen berichtet über seine Betroffenheit vom Klimawandel (Risiken und Chancen) und stellt seine Ziele für den Klimaschutz dar. Es beschreibt Maßnahmen (Klimaschutzprogramm, ggf. inklusive Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel) und berichtet explizit über die Zielerreichung. Es setzt Status und Ziele in Verbindung zu politischen Klimaschutzzielen und Branchenvereinbarungen.*¹⁴¹

Das Unternehmen berichtet über die Entwicklung seines Energieverbrauchs und der eigenen Energieeffizienz. (**Wirkungsgrade elektrisch und gesamt der Kraftwerke, Netzverluste**) und gibt eine quantitative Einordnung (z. B. Anteil KWK, **Anteil Wärmenutzung**).* **Das Unternehmen berichtet über seine Teilnahme am Europäischen Emissionshandel.**

Des Weiteren stellt es den Einsatz erneuerbarer Energien quantitativ *und differenziert nach den zum Einsatz kommenden Technologien (z. B. Windkraft, Biomasse, Photovoltaik)* dar. **Es berichtet detailliert über die Entwicklung der Kapazitäten und der Stromerzeugung aus den unterschiedlichen zum Einsatz kommenden Technologien.**

Das Unternehmen stellt weiterhin dar, inwieweit es dezentrale Anlagen in seinen Kraftwerkspark und seine Netze integriert.

Gefordert sind Daten (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) **Eingesetzten Energieträgern absolut und differenziert nach verschiedenen Energieträgern**
- b) **Energieerzeugung absolut und differenziert nach Elektrizität und Wärme**
- c) **Ggf. Absatz von Energieträgern absolut und differenziert nach Gas und anderen Energieträgern**
- d) CO₂-Emissionen aus eigenen Anlagen und aus zugekaufter Energie (unter Angabe der Berechnungsmethodik)
- e) relevanten Emissionen anderer treibhausrelevanter Gase (CH₄, N₂O, HFCs, PFC, SF₆, sofern wesentlich) in CO₂-Äquivalenten.

Das Unternehmen stellt dar, was unter Eigenerzeugung gefasst wird (unter Angabe der Zurechnungsmethode, z. B. management control, equity share). In der Darstellung und Differenzierung der Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien orientiert es sich an anerkannten Definitionen (z. B. Geltungsbereich des Erneuerbare Energien Gesetzes und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes).

Wo sie für eine bewertende Einordnung relevant ist (**z. B. Kraftwerksausbau, eingesetzte Energieträger**), erfolgt eine regionale Differenzierung.

¹⁴¹ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Voraussetzung für drei Punkte sind mindestens vier der Zahlenangaben a) bis e) sowie die Darstellung der Unternehmensziele in diesem Bereich.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Angaben vorhanden.

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

- 5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und -verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Das Unternehmen berichtet über Emissionen an radioaktiver Strahlung und entsprechende Schutzmaßnahmen. Der Bericht enthält zudem Angaben zu Emissionen an elektromagnetischer Strahlung im Umfeld von Anlagen und Netzen.*

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, sofern zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) ***SO₂ (Schwefeldioxid)***
- b) ***NO_x (Stickoxide)***
- c) ***NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Darstellung der wichtigsten)***
- d) ***Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung)***
- e) ***Metallen (insbesondere Quecksilber; ggf. erfolgt eine Aufschlüsselung).***
- f) ***radioaktive Strahlung.****

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Voraussetzung für drei Punkte sind mindestens drei der geforderten Zahlenangaben a) bis e) sowie Informationen zu radiaktiver Strahlung.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.5.4 Abfallmanagement

- 5 Der Bericht macht genaue Angaben zur Gesamtabfallmenge, differenziert nach den wichtigsten Abfallarten und zum Gesamtanteil gefährlicher Abfälle. Sofern relevant wird unter Bezugnahme auf das Baseler Übereinkommen über Abfallexporte berichtet. Bei besonderer Mengenrelevanz und/oder Gefährlichkeit einzelner Abfallarten werden Konzepte und Maßnahmen zur Vermeidung, Kreislaufführung und sicheren Behandlung dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Gesamtabfall zur Beseitigung und zur Verwertung (**u. a. Angaben zu Asche und Gips**)
- b) Gesamtabfall zur Beseitigung differenziert nach gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen
- c) Gesamtmenge exportierten gefährlichen Abfalls unter Angabe der Empfängerländer (kann in sachlich begründete Ländergruppen zusammengefasst werden)
- d) **Bei Betreibern von Atomkraftwerken umfasst die Darstellung insbesondere:**
 - **abgebrannte Brennelemente, differenziert nach Wiederaufarbeitung, Entsorgung, Zwischenlagerung**
 - **radioaktive Abfälle, differenziert nach hoch-, mittel, und schwach radioaktiven Abfällen**

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Voraussetzung für drei Punkte ist die Differenzierung des Gesamtabfalls nach Gefährlichkeit, in Abfälle zur Beseitigung und zur Verwertung sowie die Zahlenangaben zu radioaktiven Abfällen (d)
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. **Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung werden dargelegt.*** Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. **Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags werden dargelegt.* Das Unternehmen macht Angaben zu entnommenen Kühlwassermengen und den Auswirkungen auf Fließgewässer.**

Falls relevant, macht das Unternehmen Angaben zu Auswirkungen von Tagebauaktivitäten auf den Grundwasserhaushalt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser).

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen*

5 Das Unternehmen macht Angaben zu Unfällen in der Produktion, bei der Lagerung oder bei Transporten, bei denen umweltschädliche Stoffe freigesetzt wurden oder eine Freisetzung hätte ausgelöst werden können. Aufgetretene Schäden werden in ihrem Ausmaß (z. B. Schadenshöhe, Anzahl betroffener MitarbeiterInnen und Dritter, betroffene Fläche) bewertet, Mengen und Ursachen signifikanter Freisetzungen von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen (auch unabhängig von Unfällen) werden angegeben. Sofern keine bedeutsamen Freisetzungen aufgetreten sind, kann die Angabe entfallen. Unternehmen, die signifikante Mengen gefährlicher Substanzen herstellen, in ihrem Produktionsprozess einsetzen oder transportieren, machen eine Fehlanzeige.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zur

- d) Anzahl der Schadensereignisse in Produktion und Lagerung,
- e) Unfallhäufigkeit bei Transporten: auf der Straße, auf der Schiene, mit Binnenschiff, auf See.
- f) Bei kerntechnischen Anlagen meldepflichtige Ereignisse, differenziert nach Dringlichkeitskategorien und Einstufungen nach INES^{142*}**
- g) Umgang mit Sicherheitsschulungen und Katastrophenschutzübungen (ggf. geeignete Quantifizierungen)***

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächenutzung und Artenvielfalt

5 Die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten in Naturräumen und deren Auswirkungen auf die Ökosysteme werden dargestellt, sofern es sich um besonders relevante Auswirkungen handelt. Ggf. wird das Management zum Schutz von Natur und Artenvielfalt vor den Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit dargestellt (Erfassung und Bewertung der Bedrohung, Überwachung, Schutzkonzepte und Maßnahmen).

Falls das Unternehmen Biomasse einsetzt, nimmt es zu Fragen von Naturschutz und Artenvielfalt beim Anbau von Biomasse Stellung. Unternehmen, die Tagebau betreiben, informieren zudem über dessen Auswirkungen auf Naturschutz und Artenvielfalt und berichten über Renaturierungsmaßnahmen. Falls relevant, berichtet das Unternehmen über die Auswirkungen von Wärmeemissionen auf Gewässerökosysteme durch die Einleitung von Kühlwasser.

Die verfolgten Konzepte zur Begrenzung des Flächenverbrauchs werden dargelegt. Bei besonderer Relevanz werden quantitative Angaben zum Flächenverbrauch und zur Flächen(neu)versiegelung gemacht sowie Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen dargestellt.

142 INES = International Nuclear and Radiological Event Scale (Internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse der IAEA)

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung explizit eingegangen und wesentliche Umweltaspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen.

Das Unternehmen berichtet umfassend über seine Ausbaupläne in Bezug auf Kraftwerksneubau sowie Netzausbau und stellt diese differenziert nach Energieträgern sowie regionaler Verteilung dar. Es informiert über F&E-Aktivitäten zur Effizienzsteigerung bei Kraftwerken. Es geht auf mindestens vier der folgenden Entwicklungsbereiche ein:

- a) Innovationen bei Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien***
- b) Intelligente Netze, Erzeugungs- und Lastmanagement***
- c) Energiedienstleistungen***
- d) Kundenberatung***
- e) ggf. Carbon Capture and Storage (CCS)***

Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte eingesetzten Investitionen.

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Keine Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsraum ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargelegt. Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte wie z. B. Contracting***
- b) Angebot von Ökostrom***
- c) Einsatz von Erzeugungs- und Lastmanagement***
- d) Angebot von Energieberatung***
- e) Angebot von Förderprogrammen für KundInnen zur Erhöhung der Energieeffizienz***

Dabei geht der Bericht auf mindestens vier der genannten Punkte ein.

3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen. Voraussetzung für drei Punkte sind Angaben zu mindestens drei der geforderten Inhalte a) bis e).

1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.

0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden, sofern relevant, folgende Aspekte berücksichtigt:

- a) faire Preisgestaltung sowie die Entwicklung der Endverbraucherpreise***
- b) Unterstützung einkommensschwacher Haushalte durch Energieberatung, das Angebot von Sozialtarifen oder spezifische Anreize zum Energiesparen***
- c) Ermöglichung eines breiten Netzzugangs der Bevölkerung, falls das Unternehmen in Ländern mit schwach ausgeprägter Energie-Infrastruktur Elektrizitäts- oder Gas-Netze betreibt.***
- d) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.****

Der Bericht enthält zudem Angaben zur Netzstabilität und Kraftwerksverfügbarkeit und gibt Auskunft über die Häufigkeit von Stromausfällen und die Anzahl der betroffenen AbnehmerInnen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es über folgende Bereiche:

- a) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- b) Produktinformationen (z. B. über Stromzusammensetzung und eingesetzte Energieträger (inkl. Herkunftsländer), genutzte Label zur Kennzeichnung von Strom aus erneuerbaren Energien, z. B. Grüner Strom Label gold/ silber, ok power)**
- c) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen) sowie
- d) Betroffenheit im Datenschutz, zum Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systemen zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

A.8.1 Regionale Verantwortung als Investor, Arbeitgeber, Auftraggeber und Lieferant

- 5 Der Bericht enthält die Darstellung der Auswirkungen auf das lokale/regionale Umfeld an den Standorten, die das Unternehmen als Investor, Arbeit- und Auftraggeber sowie als Lieferant hervorruft. Gegebenenfalls geht er auch auf den Umgang mit autoritären Regimen ein.

Er erläutert zudem die Maßnahmen zur Steuerung der Auswirkungen im regionalen Umfeld wie beispielsweise Investitionen in lokale Infrastruktur, Public Private Partnerships, regionale Beschaffung, Qualifikation von Beschäftigten und Unternehmen aus der Region oder Wahrung von Eigentumsrechten.

Falls zutreffend, geht das Unternehmen auf den Umgang mit Beteiligungsverfahren bei Neubauten von Kraftwerken und Netzen sowie auf den Umgang mit Umsiedlungen auf Bergbauflächen (Anzahl betroffener Personen, Größe der Fläche, Einbindung Bevölkerung, Ausgleichszahlungen etc.) ein.*

Das Unternehmen stellt zudem dar, wie es Wettbewerbern und den Betreibern von dezentralen Energieerzeugungsanlagen Netzzugang und Durchleitung ermöglicht.

- 3 Die oben formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings lassen die dargestellten Maßnahmen keine Systematik erkennen.
- 1 Die oben formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt; es werden vereinzelt Beispiele genannt, ohne den übergreifenden Rahmen zu verdeutlichen.
- 0 Keine Darstellung und Angaben vorhanden.

Grundstoffindustrie

Autor: Udo Westermann

Überblick über die Branche

Die Unternehmen der Ranking-Branche Grundstoffindustrie stellen unterschiedliche Produktgruppen her: Stahl und Nichteisenmetalle, Zement und Beton, Düngemittel oder Salzprodukte, Kohle und Mineralölprodukte.¹⁴³ Dabei zielen die Tätigkeiten dieser Unternehmen auf die Extraktion und Veredelung von Rohstoffen und umfassen Aktivitäten im Bergbau, der Verarbeitung und im Vertrieb.

Die internationale Bedeutung des Rohstoffmarktes ergibt sich schon aus der Verteilung der Vorkommen. Die EU bezieht einen Großteil ihrer mineralischen Rohstoffe aus so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern. Deutsche Unternehmen sind gegenwärtig in 63 verschiedenen Ländern und auf fünf Kontinenten im Auslandsbergbau tätig. Sie gewinnen dort mehr als 30 verschiedene Arten von Rohstoffen. Rund 35 % der Rohstoffbeteiligungen im Ausland dienen zumindest teilweise der Versorgung inländischer und 24 % der Versorgung ausländischer Produktionsstandorte deutscher Firmen. 20 % der Unternehmen versorgen mit den von ihnen im Ausland gewonnenen Rohstoffen auch fremde Produktionsstandorte. Weitere knapp 19 % handeln mit den Rohstoffen.¹⁴⁴

Deutschland ist der größte Rohstahlproduzent in der EU; weltweit liegt es auf Platz 6 hinter China, Japan, USA, Russland und Südkorea. Aktuell werden rund 75 % des Außenhandels geschäftes innerhalb der EU abgewickelt. Die Lieferungen in die Länder außerhalb der EU („Drittländer“) haben in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Beachtlich gestiegen sind aber auch die Drittlandimporte, die sich gegenüber 2002 mehr als verdoppelt haben.¹⁴⁵

Die Rationalisierungsbemühungen der deutschen Stahlindustrie bis zu Beginn der 1990er Jahre erhöhten die Arbeitsproduktivität; moderne und kostengünstige Anlagen trugen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Während derzeit die großen Unternehmen fusionieren, entstehen auch viele kleinere Stahlbetriebe, so genannte "Mini-Mills", die hochwertige Spezialstähle produzieren.

In der gemeinsamen Erklärung „Nachhaltige Rohstoffsicherung in Deutschland“ haben in 2004 der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (BBS), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Wege zur Lösung des Zielkonfliktes zwischen der zentralen wirtschaftlichen Bedeutung des Rohstoffabbaus und den damit verbundenen ökologischen Wirkungen durch eine Ressourcenschonende Nutzung aufgezeigt.¹⁴⁶ Die unter dem Dach des WBCSD (World Business Council for Sustainable Deve-

143 Die Papierherstellung ist im Rahmen des Rankings der Branche „Chemie / Pharma / chemienahe Konsumgüter“ zugeordnet.

144 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg., 2007): Deutscher Auslandsbergbau. (www.bgr.bund.de/cln_101/mn_326194/DE/Themen/Min_rohstoffe/Projekte/Rohstoffwirtschaft_Bergwirtschaft/deutscher_auslandsbergbau.html, letzter Zugriff 03.07.2009).

145 Stahl-Online (2007): www.stahl-online.de.

146 NABU/ Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V./ Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Ener-

lopment) von den weltweit größten Zementherstellern getragene „Cement Sustainable Initiative“ (CSI) engagiert sich stark in den Grundlagen unternehmerischer Nachhaltigkeit; u. a. wurden Leitfäden zur Kommunikation und Stakeholdereinbindung oder zum Monitoring und Reporting von Emissionen veröffentlicht.¹⁴⁷ Dabei wurden Accounting und Reporting Standards festgelegt und zentrale Leistungskenngrößen, so genannte Key Performance Indicators (KPIs), für die Emissionen vorgeschlagen. In 2005 wurde ein Fortschrittsbericht zu den eigenen Aktivitäten in der Zementindustrie veröffentlicht.¹⁴⁸ In der „Initiative für Nachhaltigkeit in der deutschen Zementindustrie“ werden darüber hinaus Aktivitäten u. a. zum Naturschutzmanagement und zur Logistik in der Zementindustrie gebündelt.¹⁴⁹

Für die Kohlewirtschaft stellen der Gesamtverband Steinkohle und der Bundesverband Braunkohle in ihrer klimapolitischen Orientierung die wirtschaftliche Energieversorgung in den Vordergrund und fordern eine internationale Abstimmung der Klimapolitik.¹⁵⁰ Handlungsansätze zur CO₂-Minderung sehen sie und der internationale Verband WCI (World Coal Institute) in Effizienzsteigerungen und Carbon Capture and Storage - Konzepten.¹⁵¹ Auch die IGBCE positioniert sich in Fragen der Energiewirtschaft: Sie favorisiert längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, um deren CO₂-Vorteile zu nutzen, und hält an der Kohleverstromung fest.¹⁵²

Für das Branchensegment „Mining and Metals“ liegen seit Februar 2005 verabschiedete sector supplements der GRI vor.¹⁵³ Der ICMM – International Council on Mining & Metals hat seine in 2003 benannten zehn Prinzipien zur Nachhaltigen Entwicklung diesen GRI-Indikatoren gegenüber gestellt.¹⁵⁴ Die Wirtschaftsvereinigung Stahl gibt mittels 21 Indikatoren ein grobes Abbild des Nachhaltigkeitsstatus der Stahlbranche.¹⁵⁵ Zu einer Vielzahl von Tätigkeitsbereichen hat die World Bank Group Environmental, Health and Safety Guidelines publiziert, diese enthalten eine Erörterung der ökologischen Wirkungen, Gesundheits- und Sicherheitsaspekte sowie Richtwerte und Benchmarks für stofflichen Emissionen und Kennwerte.¹⁵⁶ Von der GeSi / EICC liegen Anforderungen an metallische Rohstoffe für die Elekt-

gie/Industriegewerkschaft Bauen - Agrar – Umwelt (Hrsg., 2004): Gemeinsame Erklärung - Nachhaltige Rohstoffsicherung in Deutschland. (www.bvbaustoffe.de/webseite/download/Rohstoff-Erklarung-neu-ES.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

- 147 World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) (Hrsg., 2005): Guidelines for Emissions Monitoring and Reporting in the Cement Industry. (<http://www.wbcsd.org/DocRoot/GxJtovdgQpCW3VGSbS82/cement-tf4.pdf>; letzter Zugriff 03.02.2009.); WBCSD (Hrsg., 2005): Guidelines for the Selection and Use of Fuels and Raw Materials in the Cement Manufacturing Process. (www.wbcsdcement.org/pdf/tf2/tf2_guidelines.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 148 WBCSD (Hrsg., 2005): The Cement Sustainability Initiative: Progress Report. (http://www.wbcsdcement.org/pdf/csi_progress_report_2005.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 149 www.initiative-nachhaltigkeit.de
- 150 Gesamtverband Steinkohle (Hrsg., 2007): Steinkohle Jahresbericht 2007. (http://www.gvst.de/site/steinkohle/archiv/GVSt_JB2007.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.); Bundesverband Braunkohle (Hrsg., 2007): Braunkohle in Deutschland 2007 – Profil eines Industriezweiges. (<http://www.rwe.com/generator.aspx/rwe-power-icw/presse/downloads/property=Data/id=480954/down-deutschland2007.pdf>; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 151 WCI (Hrsg., 2007): Coal meeting the climate challenge: Technologies to reduce Greenhouse Gas Emissions. (http://www.worldcoal.org/assets/cm/files/PDF/coal_meeting_the_climate_challenge.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 152 IGBCE (Hrsg., 2007): Positionen für eine nachhaltige Industrie-, Energie und Klimapolitik. (http://www.igbce.de/portal/binary/com.epicentric.contentmanagement.servlet.ContentDeliveryServlet/site_www.igbce.de/s_tatic_files/PDF-Dokumente/Schwerpunkthemen/Energie/acd4556b59af87f5b1893110c5bf21ca.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 153 GRI (Hrsg., 2005): Mining and Metals Sector Supplement – Pilot version 1.0. (http://www.globalreporting.org/NR/rdonlyres/25EEF0C7-F050-48CA-9FF5-C79F359D9976/0/SS_MiningMetals_ENG.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 154 ICMM (Hrsg., 2005): Reporting against the ICMM Sustainable Development Principles. (<http://www.icmm.com/document/202>; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 155 Stahl Zentrum (Hrsg., 2008): Leitbild Nachhaltige Entwicklung Stahl – Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Entwicklung der Branche“. (http://www.stahl-online.de/wirtschaft_und_politik/Umwelt_und_Energiepolitik/Nachhaltigkeit/BROSCH_%C3%9CRE_NACHHALTIGKEIT_Nov_2008.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)
- 156 IFC/World Bank Group (Hrsg., 2007): Environmental, Health, and Safety Guidelines Base Metal Smelting and Refining. ([http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_SmeltingandRefining/\\$FILE/Final+-+Smelting+and+Refining.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_SmeltingandRefining/$FILE/Final+-+Smelting+and+Refining.pdf); letzter Zugriff 03.02.2009.); Environmental, Health, and Safety Guidelines Integrated Steel Mills.

ronikindustrie vor.¹⁵⁷ Das IISI - International Iron and Steel Institute hat in 2008 einen Sustainability Report veröffentlicht, in dem es anhand von elf Nachhaltigkeitsindikatoren den Nachhaltigkeitsstatus der World Steel Industry abbildet.¹⁵⁸

Der europäische Verband der Düngemittelhersteller (EFMA: European Fertilizer Manufacturers Association) hat einen SHE-Report (Safety, Health, and Environment) veröffentlicht, der Emissionen der Branche in Luft- und Wasser angibt.¹⁵⁹ Der Verband propagiert das Product Stewardship-Konzept zur Sicherheit und Produktverantwortung.

Als Initiativen der Mineralölindustrie positionieren sich auf internationaler Ebene die IPIECA (International Petroleum Industry Environmental Conservation Association) und die OGP (International Association of Oil & Gas Producers) zur Senkung der Umweltauswirkungen und zur Stärkung des Arbeiterschutzes. Die Interessen der Bioenergie- und Biokraftstoff Unternehmen werden vertreten durch den Bundesverband BioEnergie e. V. bzw. den Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V. Auch der Mineralölwirtschaftsverband stellt sich gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) dem Thema Biokraftstoffe. Zielsetzung der gemeinsam formulierten Roadmap ist die Erhöhung der Zumischung von Biokraftstoffen und die Förderung von Biokraftstoffen der zweiten Generation.¹⁶⁰ Auch für die Mineralölindustrie hat die World Bank Group für eine Vielzahl von Branchensegmenten EHS-Guidelines publiziert. In diesen werden ökologische Wirkungen sowie Gesundheits- und Sicherheitsaspekte erörtert und Benchmarks für Energieverbräuche und stoffliche Emissionen angegeben.¹⁶¹

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die Rohstoffgewinnung geht mit erheblichen umwelt- und gesundheitsgefährdenden Schadstoffemissionen sowie Eingriffen in Boden und Grundwasserhaushalte einher. Zudem sind Abbau, Aufbereitung und Transport mit hohem Energieaufwand verbunden.

Auch die Stahlproduktion und die Zementherstellung sind sehr energieintensiv. Der Zielformulierung einer Reduzierung des spezifischen CO₂-Ausstoßes um 22 % bis 2012 im Vergleich zu 1990 ist die Stahlindustrie mit einer Reduktion von über 15 % bis 2005 bereits nahe gekommen.¹⁶² Die Deutschen Zementindustrie hat sich verpflichtet, die energiebedingten spezifischen CO₂ Emissionen von 1990 bis 2008/2012 um 28% zu mindern. Dieses Ziel wur-

([http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_IntegratedSteelMills/\\$FILE/Final+-+Integrated+Steel+Mills.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_IntegratedSteelMills/$FILE/Final+-+Integrated+Steel+Mills.pdf); letzter Zugriff 03.02.2009); Environmental, Health, and Safety Guidelines for Foundries. ([http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_Foundries/\\$FILE/Final+-+Foundries.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_Foundries/$FILE/Final+-+Foundries.pdf); letzter Zugriff 03.02.2009.)

157 EICC/GeSI (Hrsg., 2008): Social and Environmental Responsibility in Metals Supply to the Electronic Industry. (<http://www.eicc.info/downloads/EICC%20and%20GeSI%20Joint%20Study%20on%20Metal%20Extraction%20-%20Final%20Report.pdf>; letzter Zugriff 03.02.2009.)

158 IISI (Hrsg., 2008): Steel: The Foundation of a Sustainable Future Sustainability – Report of the World Steel Industry. (http://www.worldsteel.org/pictures/publicationfiles/Sustainability%20Report%202008_English.pdf, letzter Zugriff 15.05.2009.)

159 EFMA (Hrsg., 2007): Safety, Health and Environment Report. (http://cms.efma.org/EPUB/easnet.dll/GetDoc?APPL=1&DAT_IM=001241&DWNLD=SHE%20Report%202007.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

160 BMU/BMELV (Hrsg., 2007): Roadmap Biokraftstoffe. (www.mwv.de/cms/upload/pdf/aktuelles/Roadmap.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009)

161 IFC/WBG (Hrsg., 2007): Environmental, Health, and Safety Guidelines.

162 Stahl Zentrum (Hrsg., 2008): Leitbild Nachhaltige Entwicklung Stahl – Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Entwicklung der Branche“. (http://www.stahl-online.de/wirtschaft_und_politik/Umwelt_und_Energiepolitik/Nachhaltigkeit/BROSCH%3%9CRE_NACHHALTIGKEIT_Nov_2008.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

den mit einer Emissionsminderung um 29% bis 2006 bereits erfüllt, jedoch ist dies hauptsächlich auf den vermehrten Einsatz von Sekundärbrennstoffen zurückzuführen (thermische Verwertung von Abfällen), deren Verbrennung als CO₂-neutral eingerechnet wird. Mit dem Emissionshandel verbindet die Deutsche Zementindustrie Nachteile im internationalen Wettbewerb, in dessen Kalkulationsgrundlage fließen auch die durch den Umwandlungsprozess von Kalkstein zu Kalziumoxid bedingten und die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung von Sekundärrohstoffen ein.

Weitere Wirkungsschwerpunkte neben dem Energieverbrauch und den CO₂-Emissionen liegen bei den Emissionen von Luftschadstoffen, Staub und Lärm, dem Wassergebrauch, den Schadstoffeinleitungen in Gewässer sowie dem Ressourcenverbrauch. Zentrale Aspekte des Bergbaus sind der Landschaftsverbrauch und die Auswirkungen auf die Biodiversität. Im Bereich der Erdölexploration und des Transportes liegen Freisetzungsriskien durch Unfälle vor.

Die Baustoffbranche leistet in Kooperation mit der Baubranche einen wesentlichen Beitrag zur Kreislaufführung von Rohstoffen; von den Bau- und Abbruchabfällen werden mittlerweile 86 % verwertet. Dabei ist sicherzustellen, dass Schadstoffe aus den Abfällen schadlos ausgeschleust werden.

Ein zentraler Aspekt im Bereich der sozialen Anforderungen ist die Gewährleistung des Unfall- und Gesundheitsschutzes, insbesondere auch im Auslandsbergbau. Die Schwermetalleinträge bergen direkte Risiken auch für die standortnahe Bevölkerung in den Abbaugebieten. Darüber hinaus werden der Region natürliche Lebensgrundlagen langfristig entzogen.

Insbesondere Bergbauaktivitäten haben zudem große regionale Auswirkungen. Eine besondere Anforderung an die in dieser Branche tätigen Unternehmen ist daher die aktive Auseinandersetzung mit der standortnahen Öffentlichkeit, um bspw. das Erfordernis und die Folgen von Umsiedlungen zu diskutieren sowie kompensatorische Leistungen zu bestimmen.

Für Auslandsaktivitäten hat die Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) Performance Standards¹⁶³ formuliert, diese umfassen u. a. auch Anforderungen an die Handhabung erforderlicher Umsiedlungen. Zudem sind im Auslandsgeschäft die Arbeitnehmerrechte zu wahren, sowohl die der eigenen Beschäftigten als auch in der Lieferkette.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.1 Energiemanagement und Klimaschutz

5 Das Unternehmen berichtet über seine Betroffenheit vom Klimawandel (Risiken und Chancen) und stellt seine Ziele für den Klimaschutz dar. Es beschreibt Maßnahmen (Klimaschutzprogramm, ggf. inklusive Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel) und berichtet explizit über die Zielerreichung. Es setzt Status und Ziele in Verbindung zu politischen Klimaschutzzielen und Branchenvereinbarungen (sofern vorhanden).^{* 164}

163 IFC (Hrsg., 2006): Performance Standards on Social & Environmental Sustainability.

([http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/pol_PerformanceStandards2006_full/\\$FILE/IFC+Performance+Standards.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/pol_PerformanceStandards2006_full/$FILE/IFC+Performance+Standards.pdf); letzter Zugriff 03.02.2009.)

164 Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

Das Unternehmen berichtet über die Entwicklung seines Energieverbrauchs und der eigenen Energieeffizienz. Bei Stromeigenerzeugung stellt es die Energieeffizienz der Anlagen dar und gibt eine quantitative Einordnung (z. B. Anteil KWK). **Unternehmen, die eigene Kraftwerke, Raffinerien, Kokereien oder Industrieanlagen zur Herstellung von Zement, Glas, Keramik, Eisen und Stahl betreiben, berichten über ihre Teilnahme am Europäischen Emissionshandel.**

Des Weiteren stellt es den Einsatz erneuerbarer Energien quantitativ dar (Anteil der eigenen Energieerzeugung und des Strombezugs).

Gefordert sind Daten (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Energieeinsatz absolut
- b) Energieeinsatz differenziert nach relevanten Energieträgern: Elektrizität, Wärme, Mineralöl, Gas, Kraftstoffe und andere
- c) CO₂-Emissionen aus eigenen Anlagen und aus zugekaufter Energie (unter Angabe der Berechnungsmethodik)
- d) relevanten Emissionen anderer treibhausrelevanter Gase (CH₄, N₂O, HFCs, PFC, SF₆, sofern wesentlich) in CO₂-Äquivalenten.

Dort, wo es für eine bewertende Einordnung relevant ist, ist eine regionale Differenzierung erwünscht.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte sind die Zahlenangaben zu CO₂-Emissionen und zum Energieeinsatz (entweder absolut oder differenziert) sowie die Darstellung der Unternehmensziele in diesem Bereich.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

- 5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und -verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, falls zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) SO₂ (Schwefeldioxid)
- b) NO_x (Stickoxide)
- c) CO (Kohlenmonoxid)

- d) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan)**
- e) Partikel-Emissionen (insbes. Feinstaub)**
- f) Metallen (insbes. Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung)**
- g) POPs (z. B. Dioxine, Furane, PCB).**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. **Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung werden dargelegt.*** Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert. **Falls relevant, werden Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt ausgeführt.***

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. **Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags bzw. bei Kühlwassereinleitung der thermischen Wirkungen werden dargelegt.***

Gefordert sind, sofern zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

a) Wasserverbrauch

b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser)

c) organischen Bestandteilen (CSB und/oder BSB)

d) N (Gesamt-Stickstoff)

e) P (Gesamt-Phosphor)

f) AOX (Halogenorganische Verbindungen)

g) Metallen (insbes. Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung)

h) Schwebstoffen

i) Salzen.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt

- 5 Die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten in Naturräumen und deren Auswirkungen auf die Ökosysteme werden dargestellt, sofern es sich um besonders relevante Auswirkungen handelt. Ggf. wird das Management des Schutzes von Natur und Artenvielfalt vor den Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit dargestellt (Erfassung und Bewertung der Bedrohung, Überwachung, Schutzkonzepte und Maßnahmen).

Die verfolgten Konzepte zur Begrenzung des Flächenverbrauchs werden dargelegt; **erwartet werden quantitative Angaben zum Flächenverbrauch und die Darstellung von Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen.**

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.8.1 Regionale Verantwortung als Investor, Arbeitgeber, Auftraggeber und Lieferant

- 5 Der Bericht enthält die Darstellung der Auswirkungen auf das lokale/regionale Umfeld an den Standorten, die das Unternehmen als Investor, Arbeit- und Auftraggeber sowie als Lieferant hervorruft. Gegebenenfalls geht er auch auf den Umgang mit autoritären Regimen ein.¹⁶⁵

Das Unternehmen erläutert zudem die Maßnahmen zur Steuerung der Auswirkungen im regionalen Umfeld wie beispielsweise Investitionen in lokale Infrastruktur, Public Private Partnerships, regionale Beschaffung, Qualifikation von Beschäftigten und Unternehmen aus der Region oder Wahrung von Eigentumsrechten.

Hierbei geht es auf die unter Nachhaltigkeitsaspekten wesentlichen Standorte ein.

Über aktuell vollzogene oder in Planung befindliche Umsiedlungen wird umfassend berichtet. Bei Umsiedlungen im Rahmen von Auslandsaktivitäten wird explizit die Umsetzung der internationalen Standards der IFC (International Finance Corporation) dargelegt.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, allerdings lassen die dargestellten Maßnahmen keine Systematik erkennen.
 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

¹⁶⁵ Vgl. Index von www.freedomhouse.org.

Handel

Autor: Udo Westermann

Überblick über die Branche

Die Ranking-Branche Handel umfasst Unternehmen, die vor allem im Vertrieb von Produktsortimenten aktiv sind. Der Branche zugeordnet sind auch Hersteller von Textilien und Bekleidung, sofern sie diese selbst vertreiben.

Die Handelsbranche zeichnet sich durch eine starke Segmentierung aus, hervorgerufen durch die unterschiedlichen Warenkategorien und Kundenzugänge. Man unterscheidet zwischen Warenhäusern, Lebensmitteleinzelhandel, Elektrofachmärkten, Drogeriehandel, Baumärkten, Verbraucher-Großmärkten und dem Versandhandel. Seit Jahren wird die Branche von einer starken Preiswettbewerbsstrategie geprägt. Konzentrationstendenzen zielen auf die Erzielung von Kostensenkungen durch die Zusammenlegung von Beschaffungsmengen und durch Synergieeffekte in Logistikprozessen.

Die Gesamtbranche erzielte in 2007 mit rund 2,7 Millionen Beschäftigten einen Umsatz von über 250 Milliarden Euro; damit ist der Einzelhandel der drittgrößte Wirtschaftszweig in Deutschland. Einige Einzelhandelsunternehmen gehören zu den umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands.

Der Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) weist ausdrücklich auf zahlreiche CSR-Aktivitäten der Handelsunternehmen hin.¹⁶⁶ Der HDE wendet sich dabei vehement gegen eine Auflockerung des Freiwilligkeitsprinzips, dieses sieht er auch durch Selbstverpflichtungen gefährdet. Auch stellt sich der HDE gegen Bestrebungen, den Handelsunternehmen eine aktive Nachhaltigkeitsinformation abzuverlangen, und wendet sich gegen eine „Bevormundung“ der VerbraucherInnen.¹⁶⁷ Im Problemfeld der Umsetzung sozialer Standards bei den internationalen Lieferanten fordert der HDE nationale Überwachungen in den Zulieferländern.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Dem Einzelhandel kommt eine Schlüsselposition zwischen Produzent und Konsument zu (Gatekeeper-Funktion). Er kann durch seine Einkaufsmacht wesentlich auf die Umwelt- und Sozialbedingungen bei der Herstellung der Konsumgüter einwirken. Andererseits kann er über eine nachhaltige Sortimentsgestaltung sowie Verbraucherinformation und –beratung das Kaufverhalten der KonsumentInnen beeinflussen. Einige Unternehmen erkennen den Marketingvorteil nachhaltigen Handels und entwickeln zunehmend Nachhaltigkeitsaktivitäten; umfassend angelegte Nachhaltigkeitsstrategien sind jedoch noch auf eine geringe Anzahl von Handelsunternehmen begrenzt. Verbreitet umgesetzt werden Einzelaspekte nachhaltigen Handelns, die mit direkten Kostenvorteilen verbunden sind, wie der Einsatz energie-

¹⁶⁶ Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch deutsche Einzelhandelsunternehmen Beispiele aus Unternehmen des HDE-Bereichs „Großfläche und Filialbetriebe“, HDE (2007).

¹⁶⁷ HDE (Hrsg., 2008): HDE-Positionen zum Thema Unternehmensverantwortung. (http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/projekte/csr/HDE_CSR-Positionen_06-02-2008.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

sparender Kühl- und Elektrogeräte auf den Handelsflächen. Verweigerung besteht vor allem im Segment der Discountmärkte, die sich bei Fragen bezüglich Nachhaltigkeit abweisend verhalten.

Zentrale Nachhaltigkeitsherausforderungen liegen für den Handel in der vorgelagerten Produktion.¹⁶⁸ Zum einen stammt ca. ein Drittel aller Importe von Gütern aus Herkunftsländern mit nur unzureichenden arbeitsrechtlichen Mindeststandards. Dies betrifft in besonderem Maße die Produktgruppen Textilien, Spielzeug und Elektronikgüter. Zum anderen entstehen je nach Produktgruppe unterschiedliche ökologische Belastungen auf den vorgelagerten Wertschöpfungsstufen: In der Textilindustrie sind es beispielsweise vor allem chemische Hilfsmittel und Schwermetalle in den Veredelungsprozessen sowie der Wasserverbrauch und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Baumwollanbau.

Ein großer Teil der Handelsunternehmen ist heute für soziale Aspekte in der Lieferkette sensibilisiert. Allerdings schwankt das Engagement zwischen der Einhaltung minimaler Anforderungen (z. B. Ausschluss von Kinder- und Zwangsarbeit) bis hin zur Aufstellung eigener Lieferantencodices mit höheren Mindestanforderungen und strengen Kontrollsystemen. Studien für verschiedene Produktgruppen belegen die Verstöße gegen internationale Arbeitsstandards, u. a. bei Lebensmitteln und im Bereich Textil/Bekleidung.¹⁶⁹

Grundlage von Eigeninitiativen des Handels zur Sicherung der Arbeitsnormen bei ihren Lieferanten ist die 1999 formulierte „AVE-Erklärung betreffend Beschaffens-Verhaltensregeln zur Gewährleistung von Sozialstandards“. Auf dieser Basis wurde seit 2003 das AVE-Sektorenmodell angewandt; Ende 2006 wurde das System in die europäische BSCI-Initiative (Business Social Compliance Initiative) überführt. Die BSCI wird von ca. 80 Unternehmen aus 10 Ländern getragen. Die BSCI versteht sich als gemeinsames Monitoring-System für Handel, Importeure und Konsumgüterhersteller zur Implementierung bzw. Verbesserung von Sozialstandards in der Lieferkette. Der BSCI-Verhaltenskodex¹⁷⁰ basiert auf den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Sein Ziel besteht darin, die Einhaltung bestimmter Sozial- und Umweltstandards zu erreichen. Die Lieferanten haben sicherzustellen, dass der Verhaltenskodex auch von Unterlieferanten eingehalten wird.

Ein zweiter zentraler Anspruch an den Handel ist die Sortimentsgestaltung: Hier werden von den Handelsunternehmen eine quantitative Steigerung des Anteils nachhaltiger Produkte und deren aktive Bewerbung gefordert. Produktgruppenübergreifend ist die Sortimentsgestaltung nach nachhaltigen Aspekten bisher eher als Nischenangebot zu bezeichnen. Im Lebensmittelhandel setzen zwar immer mehr Handelsunternehmen auf das Angebot von Bio- oder Fair Trade-Produkten, jedoch bleibt ein Großteil der Angebotspalette eher preisstrategisch gewählt. Im Bereich der Kühlschränke und Gefrierkombinationen gibt es ein

168 Institut 4 Sustainability/future e.V. (Hrsg., 2006): CSR in der Supply Chain. Herausforderungen und Ansatzpunkte für Unternehmen. (http://www.4sustainability.org/downloads/Loew_2006_CSR_in_der_Supply-Chain.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009); vzbv/imug (Hrsg., 2008): CSR im Handel – Die gesellschaftliche Verantwortung des Einzelhandels. (http://www.vzbv.de/mediapics/studie_csr_im_einzelhandel_imug_2008.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

169 Oxfam (Hrsg., 2007): Endstation Ladentheke: Einzelhandel – Macht – Einkauf. (http://www.oxfam.de/download/endstation_ladentheke.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009); Südwind (Hrsg., 2007): All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien. (http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere_dl.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

170 Business Social Compliance Initiative (Hrsg., 2006): BSCI Verhaltenscodex. (<http://www.bsci-eu.com/dl.php?id=10147&PHPSESSID=cqegj5lul6794qcb0crn9skqh0>; letzter Zugriff 03.02.2009); Business Social Compliance Initiative (2007): BSCI System: Regeln und Funktionsweise. (<http://www.bsci-eu.com/dl.php?id=10148>; letzter Zugriff 03.02.2009.)

etabliertes Kennzeichnungssystem, jedoch werden im Handel immer noch zu ca. 50 % Geräte der veralteten Energieeffizienzklasse A oder schlechter angeboten.¹⁷¹

Insbesondere auch in der Verbraucherinformation besteht noch ein beträchtliches Verbesserungspotenzial. Neben der Breite der bekannten Bio- und Fair-Trade-Label führt die Stiftung Warentest seit 2005 Produkt-Tests mit produktspezifischen CSR-Anforderungen durch, dabei werden auch Eigenmarken der Handelsunternehmen berücksichtigt.¹⁷² Aktuell wird in einem Pilotprojekt erprobt, wie CO₂-Emissionen über die gesamte Wertschöpfungskette erfasst werden können, um diese Angabe als produktbezogene Information zu kommunizieren (Carbon foot print¹⁷³). Den Handel betreffende Produkte im Pilotprojekt sind aus den Bereichen Lebensmittel und Kosmetikartikel. Der HDE beurteilt die Initiative in einer Aufwand- und Nutzenabwägung kritisch.¹⁷⁴

Im Bereich der Mitarbeiterinteressen ist die Branche zunehmend durch Teilzeit- und Stundearbeit gekennzeichnet und, wie einige Negativbeispiele¹⁷⁵ zeigten, auch durch ein von Leistungsdruck und willkürlichen Kontrollen geprägtes Betriebsklima.

Etwas positiver zu bewerten ist der Trend zum Umweltschutz in Läden und Logistik. Hier wird zunehmend auf umweltschonende und energiesparende Ausstattung der Läden und Lager geachtet. Im Versandhandel liegen die Anforderungen verstärkt in Logistik und Verpackung.

Aktuelle Betrachtungen im Bereich Datenschutz betreffen auch den Handel in der Handhabung der durch pay back-Karten gewonnenen Kundendaten.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

Das Kriterium ist für den Handel nicht relevant und wird nicht bewertet.

171 BUND (Hrsg., 2008): Bund-Analyse: Sparsame Kühlgeräte lassen den Handel kalt – Elektromärkte und Internethändler setzen auf Stromfresser. (www.bund-nrw.de/fileadmin/bundgruppen/bcmslvnw/PDF_Dateien/Themen_und_Projekte/Energie_und_Klima/20080728_energie_effiziente_kuehlgeraete_bund_analyse.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

172 Stiftung Warentest (Hrsg., 2008): Unternehmensverantwortung Sozial und ökologisch produzieren. (www.test.de/themen/bildung-soziales/special/-Unternehmensverantwortung/1313426/1313426/?campaign=themen-topbox-bildung_soziales-special-2; letzter Zugriff 03.02.2009.)

173 HDE (Hrsg., 2008): Positionspapier zur Kennzeichnung von Produkten mit dem jeweiligen CO₂-Verbrauch (produktbezogener CO₂-Fußabdruck bzw. "carbon footprint of products"). (www.ehv-nord.de/themen/positionen/docs/cont_themen_positionen_hde_co2_kennzeichnung_180108.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

174 Öko-Institut/Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung/WWF (Hrsg., 2008): PCF Pilotprojekt Deutschland (www.pcf-projekt.de/main/project-initiators/thema1/; letzter Zugriff 03.02.2009.)

175 ver.di (Hrsg., 2008): Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und Kik? Arbeitskraft zum Discountpreis – Schnäppchen für alle? Kampagne für saubere Kleidung. (http://www.saubere-kleidung.de/downloads/publikationen/2008-01_Brosch-Lidl-KiK_de.pdf; letzter Zugriff 03.02.2009.)

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

- 5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen sowie Papiereinsatz für Unternehmens- und Produktinformationen sowie Bürobedarf (Frischfaser und Recycling).^{*176}

Zum Materialeinsatz beim Handel zählen (neben Energie A.5.1 und Wasser A.5.5) nur die für Lagerung und Vertrieb eingesetzten Materialien: Dies sind im Wesentlichen Verpackungen, Werbematerialien und Papierverbrauch in der Verwaltung.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre bzw. andere aussagekräftige Perioden) zum Verpackungsmaterial und Papierverbrauch.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung der wesentlichen Stoffströme.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt. Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und

¹⁷⁶ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser).

Handelsunternehmen berichten hier über ihren Gesamt-Wasserverbrauch.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 **Die wesentliche Frage einer nachhaltigen Produktentwicklung ist beim Handel die Entwicklung der Sortimentsgestaltung. Der Bericht vermittelt die Strategien des Unternehmens, die Sortimente qualitativ und quantitativ zu entwickeln.**

Darzulegen sind intern verfolgte Konzepte sowie Kooperationen mit Lieferanten zur Entwicklung und stetigen Verbesserung der angebotenen Produkte und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs.

Es wird gezeigt, wie **im Rahmen der Sortimentsgestaltung** Nachhaltigkeitsbelange systematisch integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. Bedarfsanalysen, Produktbilanzen, Ökoeffizienzanalysen) zum Einsatz kommen. Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil am Sortiment begründet.

Darzulegen sind andererseits intern verfolgte Konzepte sowie Kooperationen mit Lieferanten zur besseren Vermarktung von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen.

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargestellt.

Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen über den gesamten Lebenszyklus¹⁷⁷
- b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
- c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte¹⁷⁸.

Die wesentliche Frage des Produktportfolios ist beim Handel die Sortimentspolitik. Der Stellenwert des Angebots umweltschonender Produkte ist durch geeignete Angaben zu quantifizieren, insbesondere auch bei den Eigenmarken (z. B. Anteil der Produkte mit Öko-Label). Bei Dienstleistungs- und Serviceangeboten sollen ressourcenschonende Effekte aufgezeigt werden.

3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

¹⁷⁷ im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen

¹⁷⁸ im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine materialeffiziente Produktion ermöglichen

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

- 5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:
- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
 - b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
 - c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.
 - d) Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:
 - e) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
 - f) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten
 - g) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
 - h) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

Die wesentliche Frage des Produktportfolios ist beim Handel die Sortimentspolitik. Der Stellenwert des an gesellschaftlichen Bedürfnissen und an spezifischen Anforderungen von Minderheiten ausgerichteten Produktangebots ist durch geeignete Angaben zu quantifizieren (z. B. Anteil der Produkte mit Fair-Trade Label).

Handelsunternehmen berichten insbesondere auch über verfolgte Konzepte, die Anteile nachhaltiger Produkte über die Verbraucherinformation und -beratung zu stärken (z. B. Qualifizierungen des Verkaufspersonals zur produktbezogenen Nachhaltigkeit, offensive Promotion und Verkaufspräsentation nachhaltiger Produkte).

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
 - 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden

Hoch- und Tiefbau

AutorInnen: Jana Gebauer, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Zur Ranking-Branche „Hoch- und Tiefbau“ zählen die Unternehmen des Baugewerbes, d. h. Unternehmen, die vor allem mit dem Bau oder der Veränderung von Bauwerken befasst sind. In Deutschland wird die Branche im Wesentlichen durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und den Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) vertreten. Die Bundesvereinigung Bauwirtschaft bündelt die Interessen des handwerklich geprägten Ausbaugewerbes. Auf europäischer Ebene sind vor allem der europäische Verband „European Construction Industry Federation“ (FIEC) zu nennen sowie der Verband europäischer international tätiger Bauunternehmen „European International Contractors“ (EIC). Weltweit organisiert sich die Branche in der „Confederation of International Contractors' Associations“ (CICA).

Aufgrund der starken Zersplitterung der Bauwirtschaft wird die Branche auch als „industry of micro firms“¹⁷⁹ bezeichnet: Große Bauprojekte sind heutzutage oft hierarchisch organisiert mit einem großen Bauunternehmen als „Projektmanager“. Dieser gibt einzelne Bauabschnitte an Unter-Auftragnehmer weiter, die wiederum einzelne Arbeitsschritte von (oft sehr kleinen) Spezialunternehmen ausführen lassen.¹⁸⁰ Laut FIEC gibt es in Europa 2,9 Millionen Bauunternehmen, von denen 95 % weniger als 20 Beschäftigte haben.¹⁸¹

Die Bauunternehmen sind entweder im Bauhaupt- oder im Bauausbaugewerbe tätig. Unternehmen des Bauhauptgewerbes erstellen die Rohbauten von Gebäuden, führen Tiefbauvorhaben oder Spezialbauarbeiten durch.¹⁸² Dabei lassen sich gewerbliche (vor allem Büro- und sonstige Wirtschaftsgebäude), öffentliche (öffentliche Gebäude, Straßen- und Brückenbau und andere öffentliche Tiefbauarbeiten) sowie private Bauleistungen (Wohnungsbau) im In- und Ausland unterscheiden.¹⁸³ Renovierungs- und Unterhaltungsarbeiten machen hierbei europaweit rund ein Viertel der Bauleistung aus – mit steigender Tendenz.¹⁸⁴ Das Ausbaugewerbe ist für den Innenausbau von Gebäuden, beispielsweise mit Elektrik oder Gas- und Wasserinstallation, zuständig.¹⁸⁵

179 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, Paris, S. 27. (www.fiec.org/DocShare/Common/GetFile.asp?PortalSource=148&DocID=1279&mfd=off&pdoc=1; letzter Zugriff 02.02.2009).

180 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 10.

181 FIEC (Hrsg., 2008): Construction in Europe - Key Figures 2007, Brüssel, S. 2. (www.fiec.org/docshare/docs/1/LGOHCGPCJBLDNCBFLNJBCCFFG5TM6U9Y3PDBNBK9DBY/ECIF/docs/DLS/FIECfinaI-200604-001107-EN-v1.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

182 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2005): Qualitätsbericht - Monatsbericht im Bauhauptgewerbe, Wiesbaden. (www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Qualitaetsberichte/Baugewerbe/Monatsbauhauptgewerbe.property=file.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

183 Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2008): Lange Reihen im Bauhauptgewerbe ab 1991 und Ausbaugewerbe ab 1995 bis 2007, Wiesbaden, S. 9. ([www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=00a0000100004ahqrdZh000000ZJD_mC4_I\\$PJVIoNGCs7uQ--&cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=1022874](http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=00a0000100004ahqrdZh000000ZJD_mC4_I$PJVIoNGCs7uQ--&cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=1022874); letzter Zugriff: 27.01.2009).

184 FIEC (Hrsg., 2008): Construction in Europe - Key Figures 2007, a.a.O., S. 2; CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 24.

185 vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006): Datenreport 2006, Wiesbaden, S. 285 (www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=1019108; letzter Zugriff: 03.02.2009).

Die gesamten Bauinvestitionen in Deutschland betragen im Jahr 2007 236 Mrd. Euro und damit fast 10 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts Deutschlands.¹⁸⁶ Nach einer tiefen Krise seit Mitte der 1990er Jahre mit einem Rückgang der Umsätze um bis zu 40 % und der Beschäftigung um 55 % (1995 bis 2004) hat sich die Lage der Branche zuletzt wieder etwas erholt.¹⁸⁷

Ausschlaggebend für die jeweilige Auftragsvergabe sind in der Regel die Baukosten, d. h. die Personalausgaben und die Materialkosten. Die Branche ist geprägt von einem sehr hohen Anteil gewerblicher Beschäftigter, die bei Bedarf befristet eingestellt werden: Zwei Drittel aller Beschäftigten des deutschen Bauhauptgewerbes befinden sich in saison- bzw. bedarfsabhängigen Beschäftigungsverhältnissen.¹⁸⁸ An Materialien und Vorleistungen kommen Rohstoffe wie Sand und Kies, Grundstoffe wie Stahl, Zement oder Bauchemikalien¹⁸⁹ sowie Industrieerzeugnisse wie etwa Fenster zum Einsatz. Abschreibungen auf Kapitalgüter wie Gebäude oder Maschinen zeichnen für weniger als 2 % des Produktionswertes verantwortlich.¹⁹⁰ Wegen der daher niedrigen Markteintrittshürden ist der Wettbewerb zwischen den Unternehmen sehr groß, die Gewinnmargen sind entsprechend gering.¹⁹¹ Große Unternehmen versuchen deshalb, ihr Geschäft z. B. durch die Verwaltung von Immobilien zu diversifizieren, gerade der Betrieb öffentlicher Gebäude in Form von „Public Private Partnerships“ erlangte in den vergangenen Jahren zunehmende Bedeutung.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die Bauwirtschaft prägt mit ihren Produkten und Leistungen die Lebensbedingungen der Menschheit: Durch die Errichtung von Wohngebäuden und Infrastruktur schafft sie die Grundlage moderner Lebenswelten. Jedoch hat sich erst in den vergangenen Jahren ein Bewusstsein für die Verantwortung der Branche für eine nachhaltige Entwicklung entwickelt. 2002 wurde von verschiedenen nationalen „Green Building Councils“ der „World Green Building Council“ eingesetzt. Dieser Rat soll die Arbeit der nationalen Gesellschaften zur Förderung des nachhaltigen Bauens unterstützen und weitere Gründungen vorantreiben. 2007 wurde die „Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen“ gegründet. Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie trat der Gesellschaft, die sich der nachhaltigen Planung, Errichtung und Nutzung von Bauten verschrieben hat, 2008 bei.

Nachhaltiges Unternehmenshandeln zeichnet sich im Bauhauptgewerbe vor allem durch eine hohe Verantwortungsübernahme gegenüber den Beschäftigten aus: Faire Arbeitsvergütung und soziale Absicherung, aber auch Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind hier

186 HDB (Hrsg., 2008): Baudatenkarte 2008, Berlin, S. 2

(www.bauindustrie.de/dyndata/article_01156/Baudatenkarte_2008.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

187 Unternehmen des Baugewerbes mit mindestens 20 Mitarbeiterinnen. Höh, H. (2006): Strukturwandel im Baugewerbe, Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006): Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 2006, Ausgabe 8, Wiesbaden, S. 815-819

(www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Baugewerbe/StrukturdatenBaugewerbe.property=file.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009); ZDB (Hrsg., 2008): Analyse & Prognose - Bauwirtschaftlicher Bericht 2007/2008, Berlin, S. 30

([www.zdb.de/zdb.nsf/C59EBB84151E5A2CC12573EC00453042/\\$File/Analyse%20%26%20Prognose%202008.pdf](http://www.zdb.de/zdb.nsf/C59EBB84151E5A2CC12573EC00453042/$File/Analyse%20%26%20Prognose%202008.pdf); letzter Zugriff 27.01.2009).

188 HDB (Hrsg., 2008): Baudatenkarte 2008, a. a. O., S. 2.

189 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 24.

190 vgl. HDB (Hrsg., 2008) Baudatenkarte 2008, a. a. O., S. 2.

191 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 10.

zentral. Ökologische Themen einer nachhaltigen Produktion sind vor allem der Umgang mit Bau-Abfällen sowie die Reduzierung von Lärm-, Staub- und Abgasemissionen. Eine besondere Herausforderung besteht darin, hohe Umwelt- und Sozialstandards auch in der Auftragnehmer-Kette durchzusetzen, insbesondere bei Projekten in Ländern mit schwächerer staatlicher Regulierung. Zur Vermeidung von Korruption sind geeignete Governance-Strukturen zu schaffen. Einfluss auf die nachhaltige Produktgestaltung können Bauunternehmen allerdings eher nur indirekt nehmen, v. a. durch die Beratung der Auftraggeber.

Damit liegt die wichtigste Herausforderung für die Unternehmen der Bauindustrie in der nachhaltigen Gestaltung der Produktionsprozesse. Hierzu gehört, wie erwähnt, insbesondere der faire Umgang mit den Beschäftigten: Starker Wettbewerb und hoher Kostendruck führen zu einer Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Bereits im Jahr 1997 einigten sich die Gewerkschaften mit den Verbänden des Baugewerbes auf einen gesetzlichen Mindestlohn im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Obwohl dieses Gesetz vor allem darauf abzielte, den Einsatz ausländischer Beschäftigter sozialen Mindeststandards zu unterwerfen, beklagen Behörden und Gewerkschaften weiterhin den illegalen Einsatz von Saisonarbeitskräften aus dem osteuropäischen Ausland auf deutschen Baustellen. Diese werden häufig als so genannte „Schwarzarbeiter“ unterhalb deutscher Tariflöhne sowie mit nur ungenügender sozialer Absicherung beschäftigt. Ein weiteres Problem ist das Unterlaufen von Tarifregelungen durch Scheinselbstständigkeit. Zudem stehen gerade große Bauunternehmen vor der Herausforderung, Tariftreue auch bei Subunternehmen sicherzustellen bzw. vor allem bei Projekten im Ausland eine angemessene Mindestentlohnung und -absicherung zu gewährleisten.

Eine wichtige Aufgabe ist die weitere Verbesserung der Arbeitssicherheit auf Baustellen. Neben der Vermeidung gesundheitsgefährdender Einsatzstoffe sind die Ausstattung der Beschäftigten mit angemessener Arbeitsschutzkleidung sowie die Weiterbildung in Fragen des (präventiven) Arbeits- und Gesundheitsschutzes zentral. Dies bezieht sich nicht nur auf die Unfallvermeidung, sondern vor allem auf die Prävention von Berufskrankheiten: Ein großer Teil der Beschäftigten leidet an Muskel- und Skelett-Krankheiten oder Allergien durch Kontakt mit Zement und anderen Baumaterialien.¹⁹² Auch Asbest spielt insbesondere bei Abbrucharbeiten weiterhin eine Rolle als Gesundheitsrisiko für Bauarbeiter; in vielen Ländern wird Asbest außerdem weiterhin als Baustoff eingesetzt.

Da rund die Hälfte aller aus der Erdkruste extrahierten Stoffe in der Bauwirtschaft zum Einsatz kommt, ist ein erstes wichtiges ökologisches Thema für die Branche der effiziente Umgang mit Rohstoffen.¹⁹³ Während Möglichkeiten zum Ressourcenschutz durch den Einsatz von z. B. nachwachsenden Baumaterialien bereits während des Designs eines Bauwerks durch den Projektentwickler zu prüfen ist, steht für die Bau-Unternehmen selbst der Umgang mit Bauabfällen im Vordergrund: Abfälle aus Baumaßnahmen machen den größten Teil des in Europa anfallenden Abfalls aus.¹⁹⁴ Obwohl in Deutschland Bauabfälle bereits fast vollständig recycelt werden, bleibt die Verminderung der Abfallmenge bzw. eine Ausweitung des Einsatzes recycelter Abfälle als Baustoff weiterhin eine wichtige Aufgabe für Bauunternehm-

192 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 19.

193 FIEC (Hrsg., 2006): The FIEC Principles for Sustainability, Brüssel, S. 10 (www.fiec.org/DocShare/Common/GetFile.asp?PortalSource=148&DocID=8509&mfd=off&pdoc=1; letzter Zugriff 27.01.2009).

194 vgl. GRI (Hrsg., 2008): A Snapshot of Sustainability Reporting in the Construction and Real Estate Sector, Amsterdam, S. 8 (www.globalreporting.org/NR/rdonlyres/425C0596-CD6B-4DE4-8564-8EE16BBD5C0B/0/CRESSReport101008.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009); CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 15.

men.¹⁹⁵ Vor allem Abfälle aus Bauwerks-Abbrucharbeiten können im Straßenbau oder als Betonbestandteil weiterverwendet werden.¹⁹⁶

Ein zweites zentrales ökologisches Handlungsfeld des Bauprozesses ergibt sich durch die bei Bauaktivitäten entstehenden Emissionen. Dies betrifft nicht nur die Abgase durch den Betrieb von Baumaschinen oder mobilen Elektrizitätsgeneratoren, die beträchtliche Ausmaße annehmen können, sondern vor allem auch akustische und Staubemissionen. Zwei der größten Quellen von Unannehmlichkeiten im räumlichen Umfeld von Baustellen sind Lärm und Vibrationen, die durch Abbruchmaßnahmen, Rammarbeiten, Erdbewegungen oder Transportmaßnahmen verursacht werden. Um die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, ist nicht nur der Einsatz moderner Bautechnik notwendig. Erforderlich ist zudem die Suche nach alternativen Transportmitteln bzw. die Abstimmung mit der lokalen Bevölkerung, um etwa Transporte auf bestimmte Tageszeiten und Transportrouten zu beschränken. Staub wird häufig durch Abriss- oder Erdbewegungsarbeiten sowie allgemein bei Bauvorhaben in trockenen Umgebungen freigesetzt.¹⁹⁷ Auch Auswaschungen ungeschützter Bodenschichten und Boden- und Gewässer-Verunreinigungen durch als Treib- oder Schmierstoffe eingesetzte Öle stellen ein Problem für Umwelt und Infrastruktur dar.¹⁹⁸

Wie bereits erwähnt, ist die Einflussnahme der Bauunternehmen auf die nachhaltigere Gestaltung ihrer Produkte, d. h. der Bauwerke, weniger direkt möglich: In der Regel erfolgt die Projektierung des Bauwerks nicht durch das ausführende Bauunternehmen selbst, sondern durch den Auftraggeber oder einen Projektentwickler. Allerdings sind gerade bei großen Bauprojekten Bauunternehmen oft frühzeitig in die Planung eingebunden und können so bei der Beratung des Auftraggebers ihre Erfahrungen hinsichtlich nachhaltiger Bauweise mit einfließen lassen. Dies betrifft Fragen der Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, der Reparaturfähigkeit der Bauwerke, der Wiederverwendbarkeit der Baumaterialien oder auch der Einbindung von Bauwerken im Rahmen eines „urban planning“.¹⁹⁹ Durch den Einsatz von Life-Cycle-Assessment- und -Costing-Ansätzen kann den Auftraggebern der Nutzen von nachhaltigen Baulösungen verdeutlicht werden.²⁰⁰ Besonders schwierig ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit potenziellen Bauaufträgen, die unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erkennbar negative Auswirkungen haben und/oder die absehbar nationales Baurecht unterlaufen.

Im Zusammenhang mit dem Umgang mit Auftraggebern ist außerdem auf das Problem der Korruption hinzuweisen: Wegen der oft intransparenten Vergabemechanismen und der hohen Bedeutung einzelner Aufträge ist die Bauwirtschaft besonders anfällig für Bestechung von Entscheidungstragenden.²⁰¹ Hier sind Unternehmen gefordert, geeignete Antikorruptions-Leitlinien zu entwickeln bzw. Compliance-Mechanismen zu etablieren.

195 FIEC (Hrsg., 2006): The FIEC Principles for Sustainability, a. a. O., S. 11.

196 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 23.

197 IFC (Hrsg., 2007): Environmental, Health, and Safety Guidelines - Construction and Decommissioning, Washington, S. 1 f. ([www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_GeneralEHS_4/\\$FILE/4+Construction+and+Decommissioning.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_GeneralEHS_4/$FILE/4+Construction+and+Decommissioning.pdf); letzter Zugriff 27.01.2009).

198 Ebenda, S. 1; EFFC (Hrsg., 2007): EFFC Nachhaltigkeits-Charta, Kent, S. 3

(http://www.foundationworld.org.uk/jsp/sustainability_charter_german.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

199 vgl. GRI (Hrsg., 2008): A Snapshot of Sustainability Reporting in the Construction and Real Estate Sector, a. a. O., S. 8.

200 CICA (Hrsg., 2002): Industry as a partner for sustainable development – Construction, a. a. O., S. 122.

201 vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg., 2008): Korruption - Bundeslagebild 2007, Wiesbaden, S. 12 (www.bka.de/lageberichte/ko/blkorruption2007.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

Hohe Umwelt- und Sozialstandards sowie die von Gewerkschaften (und immer häufiger auch von Auftraggebern) geforderten Arbeitssicherheitsysteme sollten nicht nur im eigenen Unternehmen, sondern in der gesamten Struktur der von einem Unternehmen verantworteten Bauprojekte angewandt werden. Als best-practice können Vereinbarungen gelten, die die internationale Gewerkschaft IFBWW in den vergangenen Jahren mit verschiedenen weltweit tätigen Unternehmen der Branche getroffen hat: In diesen verpflichten sich die Unternehmen, auch für alle Unterauftragnehmer die Einhaltung der ILO-Arbeitsstandards zu gewährleisten.²⁰² Die Durchsetzung derartiger Standards ist angesichts langer Subunternehmer-Ketten gerade bei großen Projekten und in Ländern mit niedrigen Umwelt- und Sozialstandards mit großem Aufwand verbunden: Häufig ist es notwendig, Unternehmen in der Auftragnehmerkette bei der Einführung und Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards zu unterstützen.²⁰³ Hilfe bei der Einführung von Nachhaltigkeitsstandards benötigen u. U. auch Zulieferer von Baumaterialien: Gerade preiswerte Massengüter wie Sand, Kies, Zement oder Beton werden oft dezentral und von kleineren Unternehmen in der Umgebung von Baustellen hergestellt. Nachunternehmer und Zulieferer sind schließlich noch auf eine andere Weise auf einen partnerschaftlichen Umgang der projektleitenden Unternehmen angewiesen: Gerade für die kapitalschwache mittelständische Bauwirtschaft stellt eine niedrige Zahlungsmoral durch die Auftraggeber ein existenzielles Problem dar.²⁰⁴

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über **Abgas- und** Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet. **Falls relevant, macht das Unternehmen Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung).**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

202 vgl. die Übersicht der Global Company Agreements auf www.ifbww.org/index.cfm?n=189&l=2 (letzter Zugriff 27.01.2009)

203 FIEC (Hrsg., 2008): Annual Report 2008, Brüssel, S. 29

(www.fiec.org/docshare/docs/1/NBNFCGPCFKCPLJCFLGKEGPAAM6U9Y3FG5T44VCPDBW9L/ECIF/docs/DLS/final-FIEC_AR_2008-EN-20080626-000001-EN-v1.pdf; letzter Zugriff 27.01.2009).

204 vgl. Ebenda, S. 21 f.

A.5.4 Abfallmanagement

5 Der Bericht macht genaue Angaben zur Gesamtabfallmenge, differenziert nach den wichtigsten Abfallarten, und zum Gesamtanteil gefährlicher Abfälle. Sofern relevant, wird unter Bezugnahme auf das Baseler Übereinkommen über Abfallexporte berichtet. Bei besonderer Mengenrelevanz und/oder Gefährlichkeit einzelner Abfallarten werden Konzepte und Maßnahmen zur Vermeidung, Kreislaufführung und sicheren Behandlung dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Gesamtabfall zur Beseitigung und zur Verwertung
- b) Gesamtabfall zur Beseitigung differenziert nach gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen
- c) Gesamtmenge exportierten gefährlichen Abfalls unter Angabe der Empfängerländer (kann in sachlich begründete Ländergruppen zusammengefasst werden).

Die Angaben werden separat ausgewiesen für Abfälle aus Abbrucharbeiten.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Differenzierung des Gesamtabfalls nach Gefährlichkeit und in Abfälle zur Beseitigung und zur Verwertung.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
- b) faire Preisgestaltung in Markt Bereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels **Kundengesprächen und -befragungen**

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung

- e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten (z. B. **Energieeffizienz, Reparaturfähigkeit, Wiederverwendbarkeit der Materialien; genutzte Label: z. B. FSC für eingesetztes Holz**)
- f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von **Nachbesserungen**)
- g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Bedingungen bei den direkten Lieferanten **und Auftragnehmern** sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten bzw. **Unterauftragnehmern**.

Hierfür werden die Arbeits- und Sozialstandards des Unternehmens mit Bezug auf international anerkannte Normen und Standards dargestellt (gemäß UN-Menschenrechtserklärung und ILO Kernarbeitsnormen: Recht auf Meinungsfreiheit, Schutz vor Willkür und Verbot der Diskriminierung bei der Arbeit, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Recht auf Gleichberechtigung und angemessene Entlohnung; **insbesondere die Standards zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz**).

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur **Bewertung von Lieferanten- und (Unter-)Auftragnehmer, Qualifizierungen**, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, **faire Preise und Vertragskonditionen / Zahlungsmoral**, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperative Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.

- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Umweltstandards bei Lieferanten und Partnern in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Umweltwirkungen der direkten Lieferanten und **Auftragnehmern** sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten **bzw. Unterauftragnehmern** sowie die Umweltwirkungen der gelieferten Produkte bzw. Anlagen.

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferanten- und (Unter-)Auftragnehmerbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperativen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Medien und Informationsdienstleister

Autor: Udo Westermann

Überblick über die Branche

Der Branche Medien/Informationsdienstleistungen werden im Ranking Verlage, Telekommunikationsunternehmen sowie Software-Dienstleister zugerechnet.

Der deutsche Medienmarkt ist breit gefächert, er umfasst Tageszeitungen, Publikumszeitschriften, Fachzeitschriften, Radio, TV und Internet. Das Segment der Telekommunikation umfasst Telekommunikationsdienste und die Netzinfrastruktur. Der Telekommunikationsmarkt unterliegt nach der Liberalisierung in 1998 der Regulierung durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen.²⁰⁵ Ziel der sektorspezifischen Regulierung ist die Etablierung eines funktionsfähigen Wettbewerbs in dem Markt der Telekommunikation, der als Schlüsselbereich gesehen wird; hochwertige Infrastrukturen sollen zu international wettbewerbsfähigen Preisen gesichert werden. Die Preise für Internetzugang und Ferngespräche sind seit 1998 massiv gesunken. Software-Dienstleister bieten Softwarelösungen inklusive der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen an.

Der Verband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist die Spitzenorganisation der Zeitungsverlage in der Bundesrepublik Deutschland. Ihm gehören 320 Tageszeitungen sowie 14 Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 25,8 Millionen verkauften Exemplaren an. Der VDZ ist der Dachverband der Deutschen Zeitschriftenverleger. Im VDZ sind rund 400 Verlage organisiert, die zusammen mehr als 3000 Zeitschriften verlegen. Der Bundesverband Druck und Medien e.V. (bvdmm) vertritt die Ziele der deutschen Druckindustrie.

Der Deutsche Presserat bearbeitet Leserbeschwerden und positioniert sich mit seinen publizistischen Grundsätzen für die Sicherung der Pressfreiheit.²⁰⁶ Er wird getragen von dem VDZ, dem BDZV und den beiden deutschen Journalisten-Gewerkschaften Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)²⁰⁷ und Deutscher Journalisten-Verband (DJV). Reporter ohne Grenzen ist als Nichtregierungsorganisation seit 1985 international im Sinne der Pressfreiheit aktiv.

Der Deutsche Werberat ist ein Selbstkontrollorgan für die Zulässigkeit von Werbung. Er hat in einigen Verantwortungsbereichen freiwillige Verhaltensregeln aufgestellt, die über eine hohe ethische Relevanz in der Werbewirtschaft verfügen.²⁰⁸ Mediawatch agiert seit 1984 als NGO gegen Vorurteile und missbräuchliche Stereotypen und Bilder in der Werbung; formulierter Anspruch ist nicht die Einforderung von Zensur, sondern die Verbraucherinformation.

205 www.bundesnetzagentur.de

206 Der Presserat (2008): Pressekodex: Publizistische Richtlinien für publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Pressrates. (<http://www.presserat.info/pressekodex.0.html>); letzter Zugriff 29.01.2009.)

207 dju/verdi (2007): Charta zur Sicherung von Qualität im Journalismus. (http://dju.verdi.de/ueber_die_dju/charta_qualitaet_im_journalismus/data/dju_charta08_rz_090908.pdf); letzter Zugriff 29.01.2009.)

208 Deutscher Werberat (1974-2007): Verhaltensregeln. (http://www.interverband.com/dbview/owa/assmenu.homepage?tid=69392&fcid=4349&from_home=werberat); letzter Zugriff 29.01.2009.)

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) ist der Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Als Interessenverband vertritt er eine Branche, die zusammen etwa 135 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaftet und 700.000 Beschäftigte hat. Unter den Mitgliedsunternehmen sind Gerätehersteller, Anbieter von Software, IT-Services sowie von Dienstleistungen im Bereich Telekommunikation, Consumer Electronics und Content Provider.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Medien / Verlage

Relevante Umweltwirkungen der Geschäftstätigkeit ergeben sich insbesondere über die Druckerzeugnisse der Verlage: Der Anspruch einer nachhaltigen Holzwirtschaft verlangt von den Verlagsunternehmen als Papiereinkäufern den Verzicht auf Holz aus schützenswerten Wäldern und stattdessen den Einsatz von zertifiziertem sowie recyceltem Papier. In sozialer Hinsicht stehen insbesondere die Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte der (freien) MitarbeiterInnen, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den vorgelagerten Bereichen der Forstwirtschaft sowie eine grundsätzliche Reflexion der Rolle als „Meinungsmachende“ im Zentrum der Verantwortung.

Wesentliche Herausforderungen mit Blick auf die Produkte sind die inhaltliche Gestaltung der Programme und Publikationen; hier sind unethische und insbesondere jugendgefährdende Inhalte zu vermeiden. Im Verbraucherschutz sind die aktuellen Fragen des Datenschutzes auch für Medienunternehmen von Belang, sofern sie Kundendaten handhaben. Im Bereich der Mitarbeiterinteressen sind die Rechte und die Zahlung fairer Honorare der freien MitarbeiterInnen und Volontäre zu beachten.

Telekommunikation

Die Global e-sustainability Initiative (GeSI) wurde 2001 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der International Telecommunications Union (ITU) und der Informations- und Kommunikationsindustrie gegründet. In der Initiative sind sowohl Telekommunikationsanbieter als auch Lieferanten mit dem Anspruch aktiv, nachhaltige Technologien in der Kommunikationsbranche zu fördern und Nachhaltigkeitsrichtlinien in der Zulieferkette zu etablieren. Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte sind der Klimaschutz, die Handhabung von Elektronikschrott sowie Sozial- und Umweltstandards in der Lieferkette - aktuell insbesondere Aktivitäten zur Wahrung der Menschenrechte im Erzabbau zur Gewinnung von Coltan.²⁰⁹

Wesentliche Herausforderungen mit Blick auf die Produkte und Leistungen des Segments Telekommunikation sind die Zugangssicherung in ländlichen Regionen und international die Positionierung gegen Einschränkung der Meinungsäußerung und Zensur. Im Verbraucher-

209 GHGm (2008): Social and Environmental Responsibility in Metals Supply to the Electronic Industry. Prepared for EICC/GeSI. (<http://www.eicc.info/downloads/EICC%20and%20GeSI%20Joint%20Study%20on%20Metal%20Extraction%20-%20Final%20Report.pdf>; letzter Zugriff 29.01.2009.)

schutz stehen aktuell Fragen des Datenschutzes im Fokus. Weitere Anspruchsfelder sind der Kundenservice und die Handhabung von Kundenbeschwerden, die Kundeninformation (Tarife, Strahlungsrelevanz der Geräte) und die Orientierung auf spezifische Bedürfnis- und Kundengruppen wie Kinder und Jugendliche, Ältere oder Einkommensschwache (Sondertarife).

Kinder- und Jugendschutz bedeutet neben einer Limitierung der Kosten insbesondere den Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten. Die Entwicklung von Leitlinien, Selbstverpflichtungen und Indizes erfolgt vor allem auf Branchenebene – zentrale Referenzen sind hierfür der "Verhaltenskodex der Mobilfunkanbieter in Deutschland zum Jugendschutz im Mobilfunk", die „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter“ sowie der "Runde Tisch" zum Thema „Jugendschutz und Prävention im Mobilfunk“.

Gesundheitsbezogene Themen sind die Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf elektrosensible Menschen. Neben den Emissionen der Handgeräte und Basisstationen stehen hier die Sendestationen in der Diskussion,²¹⁰ die den Dialog mit Kommunen und Betroffenengruppen zur Standortplanung für die Mobilfunkinfrastruktur erforderlich machen.

Ökologische Aspekte hinsichtlich der Infrastruktur sind der Flächenverbrauch und der Naturschutz bei der Trassenführung und der Energieverbrauch der Netze und Rechenzentren. Kritisch diskutiert wird der Rohstoffbedarf der Hardware und dessen soziale und ökologische Wirkungen (s. die Coltan-Erzbergwerke in Afrika). Im Fokus der Diskussion um ökologische Produktangebote stehen die Entkopplung von Hardware und Servicedienstleistungen, aber auch die Potenziale der Telekommunikationsdienste zur Vermeidung mobilitätsbedingter Emissionen. Im Hinblick auf die Nachnutzungsphase werden Forderungen an die Rücknahme und das Recycling von Akkus und Mobiltelefonen gestellt.

Im Bereich der Mitarbeiterinteressen steht die sozialverträgliche Gestaltung von Stellenabbau und Outsourcing im Vordergrund. Weitere aktuelle Themen sind die Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte und fairer Löhne in Call-Centern.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und -verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

210 Bundesamt für Strahlenschutz, www.bfs.de

Gefordert sind, falls zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) SO₂ (Schwefeldioxid)**
- b) NO_x (Stickoxide)**
- c) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan)**
- d) Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub)**
- e) Metallen (insbesondere Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung)**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).^{*211}

Druck- und Verlagsgewerbe

Der Bericht enthält Mengenangaben zu

- a) eingesetzten Papiersorten, zumindest differenziert nach reinem Frischfaserpapier, Papier mit Recyclingfaseranteilen oder vergleichbare Unterteilungen;**

²¹¹ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

**b) eingesetzten Hilfs- und Betriebsstoffen, zumindest differenziert nach Lösemit-
teln, Farben, Entwicklerchemikalien; ggf. sonstige oder vergleichbare Untertei-
lungen.**

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung der wesentlichen Stoffströme.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt. Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Gefordert sind, sofern zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch**
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser)**
- c) organischen Bestandteilen (CSB und/oder BSB)**
- d) N (Gesamt-Stickstoff)**
- e) P (Gesamt-Phosphor)**
- f) Metallen (insbesondere Schwermetalle; ggf. Aufschlüsselung).**
- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt

Dieses Kriterium ist für Medien- und Informationsdienstleistungsunternehmen nicht relevant und wird nicht bewertet.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargestellt.

Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen über den gesamten Lebenszyklus²¹²
- b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
- c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte²¹³.

Telekommunikationsunternehmen

stellen ökologische Effekte von Dienstleistungsangeboten quantitativ dar (z. B. Telefon-/Video-Konferenzen zur Vermeidung von Dienstreisen). Weiterhin werden Konzepte und Praxis der Ressourcenminderung bei Dienstleistungsangeboten dargestellt (z. B. Entkopplung von Hardware und Servicedienstleistungen, Kompatibilität von Zubehör). Weiterhin wird der Energieverbrauch der Endgeräte beim Kunden sowie auch von Dienstleistungsangeboten auf zentralen Servern thematisiert.*

3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

²¹² im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen
²¹³ Im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine materialeffiziente Produktion ermöglichen

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Gesundheits-, Sicherheits- und Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)
- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen. Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:
 - d) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
 - e) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten
 - f) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
 - g) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

Medienunternehmen

berichten explizit zur angemessenen Berücksichtigung und Behandlung von Nachhaltigkeitsthemen in ihren Medien. Im Hinblick auf die allgemeine Themenwahl und Werbung wird die Vermeidung unethischer oder jugendgefährdender Inhalte in Programm bzw. Publikationen dargelegt; sofern relevant, werden Rügen des Preserates oder des Werberates benannt.

Medienunternehmen stellen weiterhin ihre Konzepte und die Praxis der Kundenwerbung (externe Werber) dar.

Telekommunikationsunternehmen

berichten auch über den Netzzugang der Bevölkerung in wirtschaftlichen Randgebieten. Weiterhin berichten sie insbesondere auch zu besonderen Tarifangeboten für Jugendliche und Bedürftige. Zum Jugendschutz werden Konzepte und Praxis der Verhinderung jugendgefährdender Inhalte und der missbräuchlichen Nutzung von Daten und Zugängen dargelegt.* Im Anspruchsfeld Gesundheitsschutz wird die

Berücksichtigung der Wirkung elektromagnetischer Felder im Umfeld von Handgeräten und Basisstationen dargestellt, auch im Hinblick auf elektrosensible Menschen.

Weiterhin stellen Telekommunikationsunternehmen ihre Konzepte und die Praxis zur Kundeninformation (z. B. Strahlungsrelevanz der Geräte,, energieeffiziente und kostenoptimierte Nutzung) und der Kundenwerbung (Transparenz der Tarife, externe Werber) dar. Die Praxis des Kundenservices (Call Center) und der Handhabung von Kundenbeschwerden und Reklamationen wird mit geeigneten quantitativen Angaben dargelegt.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Nahrungsmittelindustrie

AutorInnen: Jana Gebauer, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Zur Nahrungsmittelindustrie zählen Unternehmen, die in der Weiterverarbeitung von Agrarrohstoffen zu Nahrungs- und Genussmitteln tätig sind. Üblicherweise decken diese Unternehmen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher (Zwischen-)Produkte und Wertschöpfungsstufen ab, teilweise beginnend mit dem Anbau von Feldfrüchten über rohstoff- und produktspezifische Verarbeitungsschritte bis hin zum verpackten und verkaufsbereiten Konsumartikel.

Die wichtigsten Verbände der Lebensmittelwirtschaft sind in Deutschland der Bundesverband der deutschen Ernährungsindustrie (BVE) sowie der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL). Beide sind Mitglied im europäischen Dachverband „Confederation of the Food and Drink Industries in the EU“ (CIAA). Auf internationaler Ebene konnte das „Food Business Forum“ (CIES), ein Verband von Lebensmittelherstellern und –händlern, eine Reihe wichtiger Impulse setzen.

Die Lebensmittelindustrie kann in eine Reihe von Teilbranchen unterteilt werden, die sich in ihren Herstellungsprozessen, Einsatzstoffen und Strukturen zum Teil stark unterscheiden. Die umsatzstärksten Teilbranchen sind die Fleisch- sowie die Milchverarbeitung (zusammen fast 40 % der Umsätze), gefolgt von der Herstellung von alkoholischen Getränken sowie von Süß- und Backwaren.²¹⁴ Die 5.800 Betriebe in Deutschland erzielten mit 530.000 Beschäftigten insgesamt einen Umsatz von 147 Mrd. €.²¹⁵ Eine Sonderrolle in der Branche nehmen Kooperativen ein: Vor allem in der milchverarbeitenden Industrie sind viele Hersteller als Genossenschaften organisiert, die von ihren Lieferanten getragen werden.

Wichtigster Kunde der Endprodukte der Industrie sind Handelsketten, die teilweise auch Erzeugnisse (als Eigenmarken) in Auftrag geben. Im deutschen Lebensmittelhandel kam es in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Konzentration vor allem mit dem Ziel einer stärkeren Verhandlungsposition gegenüber den bislang eher mittelständisch geprägten Lebensmittelherstellern.²¹⁶ Es wird erwartet, dass sich angesichts der Einkaufsmacht der Händler der Konsolidierungsprozess auch in der Nahrungsmittelindustrie verstärken wird; einige Sub-Branchen wie die Zuckerrübenverarbeitung sind bereits hoch konzentriert. Drei Viertel der Erzeugnisse der deutschen Nahrungsmittelwirtschaft werden im Inland konsumiert. 85 % des Exports wird innerhalb der Europäischen Union abgesetzt, die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU sind Russland und die USA.²¹⁷ Zunehmende Bedeutung hatten in den vergangenen Jahren dabei die Länder Osteuropas, in denen deutsche Unternehmen zudem verstärkt produzieren.²¹⁸

214 BVE (2008): Die deutsche Ernährungsindustrie in Zahlen 2008, Berlin, S. 5 (www.bve-online.de/download/foliensatz2008, letzter Zugriff 06.02.2009).

215 BVE (2008): Die deutsche Ernährungsindustrie in Zahlen 2008, a. a. O., S. 2.

216 Vgl. BVE (2008): Jahresbericht 2008, Berlin, S. 3 (www.bve-online.de/download/jahresbericht2008/; letzter Zugriff 29.01.2009).

217 BVE (2008): Die deutsche Ernährungsindustrie in Zahlen 2008, a. a. O., S. 7.

218 PWC / BVE (2007): Deutsche Lebensmittel - Exportschlagler mit sicherem Navigationssystem, Frankfurt a. M. / Berlin, S. 21, 40ff. (www.bve-online.de/download/pwc_lebensmittel_asien; letzter Zugriff 29.01.2009).

Der mit Abstand wichtigste Zulieferer der Branche ist die Landwirtschaft, zugleich ist die Nahrungsmittelindustrie deren wichtigster Kunde: 70 % der EU-weit hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden zu Nahrungsmitteln weiterverarbeitet.²¹⁹ Nahrungsmittelhersteller selbst sind nur in Ausnahmefällen in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte aktiv. Die Anbieterstruktur für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist sehr kleinteilig; in Deutschland sind in ca. 375.000 landwirtschaftlichen Betrieben rund 1,3 Millionen Menschen beschäftigt. Große Betriebe gibt es vor allem in Ostdeutschland als Nachfolgebetriebe der ehemaligen LPGs sowie in der Viehwirtschaft. Die Zersplitterung der Zulieferer macht Aufbau und Pflege direkter Lieferbeziehungen mit landwirtschaftlichen Betrieben sehr aufwändig, Zwischenhändler für Agrarrohstoffe haben deshalb eine zentrale Mittlerfunktion.²²⁰ Auch Verbände nehmen eine bedeutende Rolle ein. Das wichtigste deutsche Organ ist der Deutsche Bauernverband (DBV); der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) vertritt die Interessen genossenschaftlich organisierter Landwirte und Nahrungsmittelhersteller, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eher kleinere Betriebe und die Verbände des ökologischen Landbaus (u. a. Bioland, Demeter, etc.) und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) das Bio-Segment in Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Obwohl in der Europäischen Union verschiedene Rahmensetzungen den Import von Agrarrohstoffen regulieren, nehmen Länder wie Brasilien und China einen hohen Anteil an den Importen von Agrarrohstoffen in der EU ein.²²¹ Über Zwischenhändler von außerhalb der EU importierte Lebensmittel und Agrarrohstoffe sind vor allem Obst und Gemüse, Fisch, Futtermittel, Ölsaaten sowie Kaffee, Tee und Kakao.²²²

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Aufgrund der engen Verflechtung mit der Landwirtschaft erwarten KonsumentInnen sowie Umwelt- und Menschenrechtsgruppen von der Nahrungsmittelindustrie, dass sie auch Verantwortung für die Herkunft landwirtschaftlicher Erzeugnisse übernimmt. Die Produktion der verwendeten Agrarrohstoffe unter möglichst hohen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards stellt, gerade angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks in der Branche, eine sehr wichtige und schwierige Aufgabe dar. Die Nahrungsmittelindustrie ist in besonderem Maß von Verbraucherschutzthemen betroffen. Im Zentrum stehen hier die Lebensmittelsicherheit sowie die kurz- und langfristigen Gesundheitsauswirkungen der Produkte und der von der Industrie beworbenen Ernährungsweise. Der Umgang mit Beschäftigten ist vor allem in von Arbeitsrechtsverletzungen betroffenen Teilbranchen wie dem Schlachtereigewerbe sowie bei den Zulieferern aus der Landwirtschaft (z. B. im Schokoladen- oder Kaffeeanbau in so genannten Entwicklungsländern) ein Problem.

219 CIAA (2008): CIAA annual report 2007, Brüssel, S. 4. (www.ciaa.be/documents/brochures/CIAA%20RA_UK_LR.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

220 CIAA (2007): Managing Environmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, Brüssel, S. 12 (www.ciaa.be/documents/brochures/brochure_CIAA_envi.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

221 s. z.B. FAZ (16.10.2008): EU erhebt wieder Importzölle für Getreide (www.faz.net/d/invest/meldung.aspx?id=86866156; letzter Zugriff 29.10.2009); Bauernverband (2008) Situationsbericht, Berlin, S. 236 (www.situationsbericht.de/pdf2009/Bericht_komplett.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); BVE (2008): Die deutsche Ernährungsindustrie in Zahlen 2008, a. a. O., S. 6.

222 Bauernverband (2008): Situationsbericht, a. a. O., S. 235.

Als Abnehmer des größten Teils der Produkte der Landwirtschaft trägt die Nahrungsmittelindustrie eine Mitverantwortung für viele Umweltprobleme. Im Pflanzenanbau entstehen die größten Belastungen durch den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln: Der Eintrag von Düngemittelüberschüssen in Oberflächengewässer führt zur Eutrophierung und damit zu einer erheblichen Störung der aquatischen Ökosysteme. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wirkt häufig negativ auf die Biodiversität des bearbeiteten Bodens sowie der Umgebung. Nicht vollständig abgebaute Pestizidrückstände bei pflanzlichen Produkten stellen zudem ein Gesundheitsrisiko beim Verzehr dar. Problematisch ist vielfach auch der Abbau von Humus im konventionellen Landbau, der zum Verlust von Bodensubstanz und zur Verringerung der Wasserspeicherkapazität des Bodens führt. Aufgrund von weiterhin ungeklärten Umwelt- und Gesundheitsrisiken steht die Anwendung gentechnisch veränderten Saatguts in der Kritik.²²³ Und schließlich sind die Klimawirkungen der landwirtschaftlichen Produktion in jüngster Zeit zunehmend in die Diskussion geraten.²²⁴

Ein grundsätzliches Problem der Viehwirtschaft ist, dass es zur Herstellung einer Menge tierischer Produkte der vielfachen Menge pflanzlicher Produkte (Futtermittel) und damit großer Flächen bedarf. Zur Verringerung von Flächennutzungskonkurrenzen lässt sich zwar die Futterverwertung optimieren, jedoch geht dies tendenziell weiter zulasten einer artgerechten Tierhaltung.²²⁵ Allerdings führte bislang öffentliche Kritik an geringen Tierschutzstandards in der konventionellen Viehwirtschaft nur zu vereinzelt politischen Initiativen wie dem Verbot der Käfighaltung in der Geflügelwirtschaft. Weitere wichtige Themen sind die Methanemissionen bei der Haltung von Rindern und der Einsatz von Antibiotika und Hormonen in Futtermitteln. Angesichts dieser Probleme sind Nahrungsmittelhersteller gefordert, sich so weit wie möglich für eine tierfreundliche und umweltverträgliche Viehwirtschaft einzusetzen.

Der Großteil der in die EU importierten Agrarrohstoffe entstammt agrarisch geprägten Ländern.²²⁶ Angesichts der hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Bevölkerung von der Landwirtschaft ist der Anbau dort mit besonderen sozialen Herausforderungen verbunden. Nur einzelne Produkte wie vor allem Kaffee-, Kakao- oder Sojabohnen, Palmöl, Bananen oder Orangen eignen sich für den Export in die meist geschützten Märkte wie der EU. Dies führt zu einer Konzentration auf diese Produkte und somit zu einer steigenden Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe von der Entwicklung der Weltmarktpreise. Gerade Kleinbauern können die – in den vergangenen Jahren teilweise starken – Preisschwankungen der Produkte oft kaum ausgleichen. Drastische Auswirkungen hatte so etwa die Kaffeekrise ab dem Jahr 2001: Innerhalb von zwei Jahren sank der Weltmarktpreis um mehr als 60 % und führte bei den 25 Mio. Menschen, die weltweit vom Kaffeeanbau abhängen, zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten.²²⁷ Häufig werden Anbauflächen zudem zulasten

223 Vgl. Christ, H./Brauner, R. (2004): Risiken der Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft, Ökoinstitut, im Auftrag der GTZ, Freiburg. (www.oeko.de/oekodoc/243/2004-030-de.pdf?PHPSESSID=0gg040pmbmkrifh5phvimn0p3; letzter Zugriff 29.01.2009).

224 Vgl. Hirschfeld et al. (2008): Klimawirkungen der Landwirtschaft in Deutschland, Schriftenreihe des IÖW 186/08, Berlin (www.ioew.de/home/downloaddateien/SR%20186_08.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); Hirschfeld, J./Weiß, J./Korbun, T. (2009): Unterschätzte Potenziale: Klimaeffekte des konventionellen und ökologischen Landbaus – Strategien für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft, in: AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2009 – Schwerpunkt: Landwirtschaft im Klimawandel. Hamm.

225 Vgl. Veredelungsproduktion (28.07.2008): Mit Optimierung der Futterverwertung in der Schweinemast auf hohe Futterkosten reagieren, Zeitschrift Veredelungsproduktion – aktuell. (www.veredelungsproduktion.de/nachrichten/artikel/mit-optimierung-der-futterverwertung-in-der-schweinemast-auf-hohe-futterkosten-reagieren/2008/07/28/; letzter Zugriff 29.01.2009); DLG (2008): dlG-merkblatt 347 - Haltung von Jungmasthühnern, Frankfurt a. M., S. 7 f. (www.dlg.org/uploads/media/dlg-merkblatt_347_01.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

226 Laut Bauernverband 71%: Bauernverband (2008): Situationsbericht, a. a. O., S. 236.

227 Rainforest Alliance (2009): Sustainable Agriculture – Coffee (www.rainforest-alliance.org/agriculture.cfm?id=coffee; letzter Zugriff 29.01.2009).

naturnaher Flächen ausgeweitet, was zu einer teilweise drastischen Reduzierung der Artenvielfalt in den betroffenen Gebieten und zur Freisetzung von Treibhausgasen führt. Beklagt wird zudem der ineffiziente Einsatz von Pestiziden, der oft bei mangelndem Arbeitsschutz und mit Stoffen erfolgt, die in der EU aufgrund ihrer negativen Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit nicht mehr zugelassen sind.²²⁸

Angesichts dieser Herausforderungen wurde eine Reihe von Anbaustandards entwickelt, die die Nahrungsmittelwirtschaft an die eingesetzten Rohstoffe anlegen sollte. Für die höchsten Umweltstandards stehen die Methoden der ökologischen Landwirtschaft. Neben den strengeren Standards verschiedener Anbauverbände ist der Anbau nach den in der EG-Öko-Verordnung definierten Standards am stärksten verbreitet. Weniger strenge Ansätze wie die „integrierte Landwirtschaft“ oder der Standard „Nachhaltige Landwirtschaft“ der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) versuchen, eine Brücke zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft zu schlagen. Die Organisation GLOBALGAP etablierte für die konventionelle Landwirtschaft zertifizierbare Best-Practice-Standards. Für soziale und ökonomische Standards im Umgang mit Zulieferern aus so genannten Entwicklungsländern stehen „Fair Trade“-Siegel von Initiativen wie gepa oder transfair. Auf die Kritik an den Produktionsbedingungen einzelner Rohstoffe reagierte die Industrie mit Initiativen wie dem „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ oder der „World Cocoa Foundation“ sowie mit branchenweiten Produktionsstandards wie etwa dem „Common Code for the Coffee Community“ oder dem Standard „UTZ Certified“ für die Kaffee-Herstellung. Umweltschutz- und entwicklungspolitische NGOs kritisieren diese Initiativen jedoch als nicht weitgehend genug.

Die Verarbeitung der Rohstoffe zu Nahrungsmitteln geht mit weiteren ökologischen Auswirkungen einher. Ein Thema ist die effiziente Nutzung der landwirtschaftlichen Rohstoffe. Die Lebensmittelindustrie verursacht ein Achtel der Abfälle des gesamten produzierenden Gewerbes, allerdings kann der größte Teil dieser Abfälle z. B. als Futter- oder Düngemittel weiterverwendet oder direkt und indirekt (durch Verbrennung bzw. Vergärung) energetisch verwertet werden.²²⁹ Zwar verursachen Nahrungsmittel über ihren Lebenszyklus hinweg fast ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen; den größten Anteil hieran tragen jedoch die landwirtschaftlichen Aktivitäten – die durch die Verarbeitung verursachten Emissionen sind vergleichsweise gering.²³⁰ Dennoch sind die Verbesserung der Energieeffizienz und der Einsatz von erneuerbaren Energien vor allem bei der Wärmeerzeugung ein Thema für die Branche.²³¹ Ein weiteres Handlungsfeld ist die Reduzierung der Auswirkungen des Transports, da die Branche für einen beträchtlichen Teil der Straßentransporte verantwortlich ist.²³² Gründe hierfür sind die Vielzahl der Verarbeitungsschritte bis zum fertigen Produkt, der Trend zu zentralen Produktionsanlagen zur Steigerung der Kosteneffizienz sowie das Erfordernis, den Handel just-in-time zu beliefern.²³³ Weitere relevante Emissionen in die Umgebungsluft sind

-
- 228 World Bank (2008): World Development Report 2008 - Agriculture for Development, Washington DC, S.10 (siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR_00_book.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); PAN / Brot für die Welt (2005): Deutsche Pestizidexporte - Die globalisierte Gefährdung. (www.pan-germany.org/download/globale_gefaehrderung.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 229 CIAA (2007): Managing Environmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, Brüssel, S. 20 (www.ciaa.be/documents/brochures/brochure_CIAA_envi.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).
- 230 laut BVE 18%. BVE (2008): Jahresbericht 2008, a.a.O., S. 17; laut CIAA 49% Landwirtschaft, 11% Herstellung. CIAA (2007): Managing Environmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, a. a. O., S. 27.
- 231 CIAA (2007): Managing Environmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, a. a. O., S. 24 ff.
- 232 Ebenda, S. 49.
- 233 Sarasin Research (2001): Wie nachhaltig ist die Nahrungsmittelindustrie, Basel, S. 21. (www.sarasin.ch/internet/iech/studiesi_nahrungsmittel_iech.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009); CIAA (2007) Managing Envi-

schließlich vor allem (Fein-)Staub und Gerüche.²³⁴

Seit einigen Jahren sind Lebensmittelhersteller verpflichtet, die Rückverfolgbarkeit ihrer Produkte sicherzustellen.²³⁵ Um ein Problem in der Produktionskette möglichst schnell identifizieren und beseitigen zu können, muss die Herkunft der Rohstoffe und Zwischenprodukte sowie der Umgang mit diesen Stoffen vom Acker bis zum Regal im Handel lückenlos dokumentiert sein. Es existiert eine Vielzahl an Standards zum Umgang mit Lebensmitteln und zum Management der Lieferkette. Relevant sind neben dem Standard ISO 22.000 vor allem die verschiedenen im Rahmen der „Global Food Safety Initiative“ entwickelten Standards. Neben dem „BRC Food Technical Standard“ des British Retail Consortium ist in Europa vor allem der „International Food Standard“ relevant. Bezüglich der Hygieneanforderungen ist das HACCP-Konzept²³⁶ der maßgebliche internationale Standard. Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Kontext die Ausdehnung des Einsatzes Gentechnik in der Landwirtschaft weltweit dar: Für die Hersteller und ihre Lieferanten wird es zunehmend aufwändiger, bei der Beschaffung von Rohstoffen die gesetzlichen Grenzwerte einzuhalten.²³⁷ Durch eine langfristige Zusammenarbeit mit Direktlieferanten können die genannten Herausforderungen u. U. besser bewältigt werden.

Bei vielen Lebensmitteln stehen die hohen Fett- und Zuckergehalte oder zu große Portionen in der Kritik von Verbraucherschutzorganisationen. Neben dem Verzicht auf irreführende Werbung fordern diese daher umfassendere Deklaration und Produktkennzeichnungen. Den Ansatz Europäischer Lebensmittelherstellerverbände, Nährwertinformationen als „Richtwert für die Tageszufuhr“ (GDA – guideline daily amount) auszuweisen, kritisieren sie als zu wenig aussagekräftig und zu intransparent.²³⁸ VerbraucherschützerInnen stellen auch die gesundheitsfördernde Wirkung so genannter „health“ und „functional food“-Erzeugnisse infrage und fordern insbesondere die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Institute, die diese Wirkungen untersuchen.²³⁹

Angesichts der Zunahme von Übergewicht und Stoffwechselstörungen in der Gesamtbevölkerung und insbesondere bei Kindern gelten letztere als besonders schutzbedürftige Kundengruppe. Nachdem in den vergangenen Jahren Vermarktungspraktiken wie Werbung und Sponsoring an Schulen in der Kritik standen, reagierten einige Unternehmen der Branche mit Selbstverpflichtungen. Die zwölf größten Unternehmen der Branche vereinbarten im Rahmen des „EU Pledge“, ihr Werbeverhalten gegenüber Kindern zu ändern, insbesondere die jüngeren nur mit nachgewiesenermaßen gesunden Nahrungsmitteln anzusprechen sowie auf Werbung an Schulen im Allgemeinen zu verzichten. Die Einhaltung des „EU Pledge“ soll von unabhängiger Seite geprüft werden. Relevant sind auch die Verhaltensregeln der deutschen Werbewirtschaft, die vom Deutschen Werberat kontrolliert werden und die auch Regeln für die Werbung für Kinder vorsehen.²⁴⁰ Damit einher geht das Thema ‚Werbung für

ronmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, a. a. O., S. 49.

234 IFC/World Bank Group (2007): Environmental, Health, and Safety Guidelines for Food and Beverage Processing, S. 5 ([www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_FoodandBeverage/\\$FILE/Final+-+Food+and+Beverage+Processing.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/sustainability.nsf/AttachmentsByTitle/gui_EHSGuidelines2007_FoodandBeverage/$FILE/Final+-+Food+and+Beverage+Processing.pdf); letzter Zugriff 29.01.2009).

235 IHK München (2004): EU-Verordnung 178/2002 – Lückenlose Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und Futtermitteln (www.muenchen.ihk.de/internet/mike/ihk_geschaeftsfelder/innovation/Anhaenge/Merkblatt_EU_Basis_VO27403.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

236 Hazard Analysis and Critical Control Point

237 CIAA (2008): CIAA annual report 2007, a. a. O., S. 23.

238 s. aid (2008): Die Guideline Daily Amounts (www.aid.de/downloads/gda_kennzeichnung.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

239 z. B. foodwatch (2008): Actimel von Danone - Activer Etikettenschwindel.

(www.abgespeist.de/abgespeist/content/e6672/e6673/danone_actimel_kompaktinfo_20081217.pdf; letzter Zugriff 29.01.2009).

240 Vgl. hier ZAW (2008): Kinder, Werbung und Ernährung. (www.zaw.de/doc/Positionspapier_Lebensmittel_200805.pdf;

Alkoholika', von der vor allem Jugendliche beeinflussbar sind. Kritisch gesehen werden beispielsweise die Darstellung eines positiven Lebensgefühls im Zusammenhang mit dem Genuss alkoholischer Getränke sowie die Kopplung der Alkoholwerbung an Sportaktivitäten und -veranstaltungen.²⁴¹ Die Getränkehersteller reagierten auf die Kritik mit einer vom deutschen Werberat zu prüfenden Selbstverpflichtung; Jugendschützer kritisieren diese jedoch als nicht weitgehend genug.

Verantwortung tragen die Hersteller von Nahrungsmitteln schließlich auch für die ökologischen Wirkungen ihrer Produkte. Dies spricht das Gefährdungspotenzial von problematischen Reststoffen wie Antibiotika, Konservierungsmitteln oder Hormonen oder auch den Energieverbrauch bei der Kühlung und Zubereitung eines Produkts durch die KonsumentInnen an.²⁴² Durch den Wandel der Haushaltsgrößen gewinnt der Aspekt der Verpackung eine neue Relevanz: Single-Haushalte benötigen eher kleinere Portionsgrößen, was zu relativ höheren Verpackungsmengen führt. Angesichts des ohnehin hohen Müllaufkommens durch Verpackungsmaterial stehen Hersteller umso mehr in der Verantwortung, die Produktverpackung ökologisch zu optimieren. Neben der Reduktion von Umverpackungen ist etwa eine gute Recyclingfähigkeit des Materials notwendig. Ob der Einsatz von Pfandsystemen ökologisch sinnvoll ist, muss im Einzelfall untersucht und zudem von den Handelsketten unterstützt werden.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit seinen Produktionsprozessen und –verfahren einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärm- **und Geruchsemissionen**, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, falls zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

a) SO₂ (Schwefeldioxid)

b) NO_x (Stickoxide)

c) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Darstellung

letzter Zugriff 29.01.2009).

241 vgl. HORIZONT.NET (2008): Drogenbeauftragte Bätzing droht mit Werbeverböten für Alkohol (www.horizont.net/aktuell/marketing/pages/protected/Drogenbeauftragte-Baetzing-droht-mit-Werbeverböten-fuer-Alkohol_73991.html); letzter Zugriff 29.01.2009).

242 Sarasin Research (2001): Wie nachhaltig ist die Nahrungsmittelindustrie, a. a. O., S. 7; CIAA (2007) Managing Environmental Sustainability in the European Food & Drink Industries, a. a. O., S. 27: Düngerherstellung 4 %, Landwirtschaft 49 %, Herstellung 11 %, Straßentransport 6 %, Verkauf 8 %, Catering 5 %, KonsumentIn (Fahrweg zum Einkauf, Zubereitung) 18%.

der wichtigsten)

d) Partikel-Emissionen (insbes. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

- 5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt. **Das Unternehmen beschreibt insbesondere die zentralen ökologischen Aspekte bei Anbau, Zucht/ Mast bzw. Fang der wichtigsten zum Einsatz kommenden pflanzlichen und tierischen Rohstoffe (z. B. Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, Gefährdung natürlicher Ökosysteme durch Ausweitung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Verminderung von Bodenqualität, Klimagasemissionen durch Land- und Viehwirtschaft, Tierschutz, Artenschutz/ Überfischung, Gewässerschutz) und zeigt Ansatzpunkte zu ihrer Lösung auf.**^{*243}

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet.

Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; **Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen.** Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).*

A.5.5 Wassermanagement

- 5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. **Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung werden dargelegt.*** Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert.

²⁴³ Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. **Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags werden dargelegt.***

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser)
- c) organischen Bestandteilen (CSB und / oder BSB)**
- d) N (Gesamt-Stickstoff)**
- e) P (Gesamt-Phosphor).**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.8 Naturschutz, Flächennutzung und Artenvielfalt

5 Die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten in Naturräumen und deren Auswirkungen auf die Ökosysteme werden – **bei eigener landwirtschaftlicher Produktion, aber auch aus Sicht des Großabnehmers von Produkten der Land- oder Fischereiwirtschaft** – dargestellt. Ggf. wird das Management des Schutzes von Natur und Artenvielfalt vor den Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit dargestellt (Erfassung und Bewertung der Bedrohung, Überwachung, Schutzkonzepte und Maßnahmen).

Die verfolgten Konzepte zur Begrenzung des Flächenverbrauchs werden dargelegt. Bei besonderer Relevanz werden quantitative Angaben zum Flächenverbrauch und zur Flächen(neu)versiegelung gemacht sowie Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen dargestellt.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt.

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird

gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen. Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie gehen insbesondere auf die (Weiter-) Entwicklung der angewendeten Standards landwirtschaftlicher Praxis und des Tierschutzes, die Verminderung von Reststoffen (z. B. Antibiotika, Konservierungsmittel, Hormone), den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft sowie Fragen der Ernährungsgesundheit ein.*

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

- 5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Dabei wird jeweils der gesamte Lebenszyklus der Produkte und Leistungen betrachtet.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen ***bei der Nutzung (z. B. Zubereitung)***²⁴⁴
- b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken über den gesamten Lebenszyklus
- c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen ***bei Produktverpackungen***
 - ***Verwert- bzw. Abbaubarkeit*** der Produkte ***und Produktverpackungen***
 - ***Getränkehersteller machen Aussagen*** zu Rücknahmekonzepten und ***zur Recyclingquote der eingesetzten Getränkeverpackungen***
- d) ***Einsatz von ökologisch verträglich erzeugten pflanzlichen und tierischen Rohstoffen (ggf. Unterscheidung nach konventionellem, integriertem oder ökologi-***

244 im B2B-Bereich auch Produkte, die den Kunden eine energieeffiziente Produktion ermöglichen

schem Anbau und nach unterschiedlichen Tierschutz-/ Tierhaltungs- sowie Fischfang-Standards).*

- 3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung und Kundeninformation

- 5 Sofern relevant stellt das Unternehmen dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von **Aspekten der Ernährungsgesundheit der Produkte (insbesondere im Zusammenhang mit den Themen Mangel- und Fehlernährung, Übergewicht sowie Suchtgefährdung)**
- b) Orientierung **der Produkte** an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. AllergikerInnen, **Suchtgefährdete und Menschen mit Nahrungsmittelunverträglichkeiten/Diäten, ältere und jüngere Menschen**)
- c) **Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und -Rückverfolgbarkeit (Darstellung der zugrundeliegenden Standards wie IFS, BRC, HACCP, ISO 22.000; Umgang mit kritischen Inhaltsstoffen in Nahrungsmitteln)**
- d) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- e) Ermittlung von Kundenwünschen und -ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen.

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- f) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (z. B. Energieverbrauch der Produkte, genutzte Label: Bio, Fair Trade etc.) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung, **insbesondere zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen**
- g) Produktinformationen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten (**insbesondere Nährwertinformationen, vollständige Deklaration der Inhaltsstoffe**; genutzte Label: z. B. Bio, Fair Trade, **CO₂ foot print** o. ä.)

- h) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. faire Werbung, **Systeme zur Rückverfolgbarkeit in der Erzeugerkette**, Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis **und Umfang** von Rückruf- **und Rücknahmeaktionen**)
- i) Betroffenheit im Datenschutz, Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette

- 5 **Das Unternehmen beschreibt die Struktur seiner Lieferantenbeziehungen (insbesondere Anteil von Direktlieferanten und Zwischenhändlern, ggf. Unterscheidung nach eingesetztem Agrarrohstoff) und stellt** dar, wie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Bedingungen bei den direkten Lieferanten sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten.

Hierfür werden die Arbeits- und Sozialstandards des Unternehmens mit Bezug auf international anerkannte Normen und Standards dargestellt (gemäß UN-Menschenrechtserklärung und ILO Kernarbeitsnormen: Recht auf Meinungsfreiheit, Schutz vor Willkür und Verbot der Diskriminierung bei der Arbeit, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Recht auf Gleichberechtigung und angemessene Entlohnung).

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, **Angemessenheit der Abnehmerpreise**, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperative Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Umweltstandards bei Lieferanten und Partnern in der Lieferkette umgesetzt werden. ***Dabei wird im Zusammenhang mit den dargestellten Umweltproblemen (s. A.5.3) auf landwirtschaftliche Anbaustandards Bezug genommen. Die Darstellung*** umfasst die Umweltwirkungen bei den direkten Lieferanten und falls relevant, deren Vorlieferanten sowie die Umweltwirkungen der gelieferten Produkte bzw. Anlagen.

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter ***landwirtschaftlicher Anbaustandards (einschließlich Tierfutter) bzw. Tierschutzstandards*** eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen ***bzw. Agrarrohstoffen*** basieren auf einer Betroffenheitsanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

Sofern das Unternehmen selbst Landwirtschaft oder Fischereiwirtschaft betreibt, berichtet es zu den damit verbundenen ökologischen Problemen im Zusammenhang mit den ökologischen Aspekten der Produktion (A.5 Kriterien).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperativen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

Transport/ Logistik/ Tourismus

Autor: Thomas Merten

Überblick über die Branche

Zum Branchencluster „Transport/Logistik/Tourismus“ zählen Unternehmen, die ihre Wertschöpfung hauptsächlich mit der Beförderung von Personen oder Gütern oder der Durchführung weiterer touristischer Dienstleistungen am Urlaubsort erzielen.²⁴⁵

In Deutschland und international gibt es eine Vielzahl von Organisationen, die Aufgaben zur Vertretung der Brancheninteressen wahrnehmen. Hierzu zählen im Bereich *Straßenverkehr, Speditionen und Postdienstleistungen* auf nationaler Ebene als Wirtschaftsverbände der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DLSV) und der Bundesverband Spedition und Logistik (BSL). International agieren die Verbände FIATA – International Federation of Freight Forwarders Associations, CLECAT – European Association for Forwarding, Transport, Logistic and Customs Services, IRU – International Road Transport Union, Posteurop – European Association of Public Postal Operators und UPU – Universal Postal Union. Im Bereich der *Schifffahrt* sind die internationalen Verbände IMO – International Maritime Organisation, ECSA – European Community Shipowners' Associations und ESPO – European Seaports Organization zu nennen. Als Interessenvertretung der deutschen Seeschifffahrt fungiert der Verband Deutscher Reeder (VDR), für die Binnenschifffahrt kann der Verband der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB) genannt werden. Folgende internationale Verbände agieren im Bereich der *Bahnindustrie*: Community of European Railway and Infrastructure Companies (CER), European Rail Infrastructure Managers (EIM), International Union of Railways (UIC) und International Association of Public Transport (UITP). Im Bereich der *Luftfahrt* wird die Branche vom Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften (BDF) vertreten, international geschieht dies durch die Association of European Airlines (AEA) und die International Air Transport Association (IATA). Bleibt noch die *Tourismusindustrie*, die in Deutschland vom Deutschen Tourismusverband als Dachverband vertreten und von der Deutschen Zentrale für Tourismus international vermarktet wird.

Im Bereich des *gewerblichen Güterkraftverkehrs*²⁴⁶ (hierin sind nur Transporte per LKW erfasst) erwirtschaften 54.249 Unternehmen²⁴⁷ mit 621.098 Beschäftigten²⁴⁸ einen Umsatz von 32,3 Mrd. €²⁴⁹. Die 13.686 Beschäftigten²⁵⁰ auf den 3.300 deutschen *Seeschiffen*²⁵¹ erarbei-

245 Automobilproduzenten zählen ebenso wenig zu dieser Branche wie Produzenten der Transport-, Logistik- und Tourismusinfrastruktur, also beispielsweise Baufirmen oder Flugzeughersteller. Diese Branchen sind den Dienstleistungen im Bereich Transport, Logistik und Tourismus vorgelagert und spielen daher lediglich bei Fragen zur Wertschöpfungsketten eine Rolle. Eine Ausnahme hierbei bilden jedoch Hersteller von Bahninfrastruktur, die oft mit den Anbietern von Eisenbahn-Mobilitätsdienstleistungen identisch sind.

246 Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg; Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen, Hamburg; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden und Berechnungen des BGL; zitiert aus: Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (2009): Der Gewerbliche Güterkraftverkehr - eine Branche in Zahlen (www.bgl-ev.de/images/daten/brancheninfo.pdf, letzter Zugriff 03.07.2009).

247 Stand 01.01.2009

248 Stand November 2007

249 Bezogen auf 2006

250 Quelle: See-Berufsgenossenschaft, Hamburg, Stand: 31.12.2007, zitiert nach Verband Deutscher Reeder (Hrsg., 2008): Daten der deutschen Seeschifffahrt - Ausgabe 2008 (www.vdr-online.de/files/images/VDR_Broschuere_2008.pdf, letzter Zugriff 03.07.2009)

251 Quelle: BSH und VDR, zitiert nach Verband Deutscher Reeder (Hrsg., 2008): Daten der deutschen Seeschifffahrt - Ausgabe 2008, a.a.O.

ten einen Umsatz von 20,3 Mrd. €²⁵². Die deutsche Binnenschifffahrt beschäftigt 15.762 Menschen in 1.280 Unternehmen bei einem Umsatz von 1,4 Mrd. €²⁵³. Für den deutschen Schienenverkehr liegen keine spezifischen Angaben vor. Bei deutschen *Fluggesellschaften* arbeiten ca. 120.000 Menschen.²⁵⁴ Hier ist eine deutliche Tendenz zur Konzentration durch Fusionen / Übernahmen und die Bildung von Allianzen zu beobachten. Die Tourismusindustrie schließlich gibt in Deutschland 2,8 Mio. Menschen Arbeit und macht dabei einen Umsatz von 150 Mrd. Euro²⁵⁵ – wobei hier von einer Querschnittsbranche die Rede ist und daher möglicherweise Wertschöpfungsprozesse aus Bahn- und Luftverkehrsdienstleistungen einfließen.

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Die Wertschöpfungskette im vorliegenden Branchencluster ist geprägt durch die Bereitstellung und Nutzung diverser Infrastrukturen zur Beförderung von Personen und Gütern und dem Anbieten von touristischen Dienstleistungen. Hierzu zählen die Verkehrswege für die verschiedenen Verkehrsträger sowie die mit dem Tourismus verbundenen Baumaßnahmen, z. B. für Hotelanlagen und Skigebiete. Als Nutzer der Infrastrukturen fällt deren Erstellung und Instandhaltung für die Unternehmen des hier betrachteten Clusters in den Bereich der Lieferketten-Verantwortung.

Der Klimawandel prägt aufgrund der Nutzung fossiler Energieträger und Strom für den Transport von Gütern und Personen sehr stark die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung der Branche. So werden etwa 20 % der Kohlenstoffdioxid-Emissionen in Deutschland vom Verkehrssektor (inkl. privatem Verkehr) ausgestoßen. Im Gegensatz zu Industrie, Haushalten und Energiewirtschaft konnte der Verkehrssektor – auch wegen des Anstiegs der gesamten Verkehrsleistung in den letzten Jahren – die Emissionen nicht verringern²⁵⁶. Für die EU sehen die Zahlen ähnlich aus. Hier sind die verkehrsinduzierten CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2006 um 35 % gestiegen, und zwar von 21 % auf 28 % der Gesamtemissionen, während die Emissionen der restlichen Sektoren um 3 % zurückgingen. Das stärkste Emissionswachstum erzielten die Luft- und die Schifffahrt mit Steigerungen von 99 % bzw. 59 %. Die verkehrsbedingten Klimagasemissionen werden sich zukünftig durch weiter zunehmende Verkehrsströme (150 % Zunahme bei den Personen-, 200 % Zunahme bei den Warentransporten nach Prognose des WBCSD²⁵⁷) verschärfen. Weitere wichtige Diskussionlinien verlaufen je nach Einzelbranche entlang unterschiedlicher Fragestellungen. So hat sich das Transportgewerbe beispielsweise mit den Problematiken von Lärm- und Abgasemissionen und auch des Flächenverbrauchs auseinanderzusetzen, während der Tourismus sich den Fragen nach den ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen des Fremdenverkehrs in den Zielgebieten zu stellen hat.

252 2007, Quelle: Deutsche Bundesbank, zitiert nach Verband Deutscher Reeder (Hrsg., 2008): Daten der deutschen Seeschifffahrt - Ausgabe 2008, a. a. O.

253 Jeweils für 2005. Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, zitiert nach Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB) (Hrsg., 2009): Statistik der Binnenschifffahrt. (www.binnenschiff.de/downloads/statistik_der_binnenschifffahrt.pdf, letzter Zugriff 03.07.2009).

254 Quelle: http://www.bdfaero.de/der_bdf/kurzportrait.php.

255 Zahlen für 2007, Quellen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung, zitiert nach: Deutscher Tourismusverband (Hrsg., 2008): Tourismus in Deutschland 2007. (www.deutschtourismusverband.de/content/files/zdf%202007.pdf, letzter Zugriff 03.07.2009).

256 Helmut Nuhn, Markus Hesse: Verkehrsgeographie. Schöningh, Paderborn [u. a.] 2006, S. 312.

257 World Business Council for Sustainable Development.

Dem gegenüber stehen positive Auswirkungen von Transport und Tourismus. So können durch den Tourismus auch ein kultureller Austausch und eine kulturelle Bereicherung für Zielländer und Gäste stattfinden, zumal für manche strukturschwache Gegenden Tourismus eine der wenigen Wertschöpfungsquellen darstellt. Weitgehend unbestritten ist zudem die Notwendigkeit einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur für jede ökonomische Entwicklung, da ohne sie die Menschen weder einen Zugang zu Arbeit noch zu Märkten haben: Dies gilt besonders für den ÖPNV, der sicherer, effizienter und umweltfreundlicher als Individualverkehr ist und zudem sozial inkludierend wirkt für alle, die sich kein Auto leisten können oder wollen.

Die Nachhaltigkeitsherausforderungen der Dienstleistungen der Branche im Einzelnen hängen in erster Linie mit der Haupttätigkeit, dem Transport von Personen und Gütern, zusammen. Neben dem bereits erwähnten Beitrag zum Klimawandel schädigen diese Aktivitäten Menschen, Tiere und Pflanzen durch die Emission von Feinstäuben und Lärm. Unfälle können zur Freisetzung umweltschädigender Stoffe führen, aber auch der normale Betrieb kann mit der Freisetzung von Öl und Chemikalien einhergehen. Der Betrieb der Überseeschiffe ist mit Abfällen verbunden, die im Meer entsorgt werden.

Aufgrund steigender Energiepreise steigen auch die Anforderungen an die Unternehmen bzgl. der Ressourceneffizienz und der Auswahl der Antriebsarten und -stoffe. Bei der Suche nach alternativen Antriebsarten werden aktuell jedoch auch unerwünschte Effekte z. B. beim Anbau von Biosprit (Flächenkonkurrenz zu Nahrungspflanzen, negative Klimabilanz) diskutiert.

Die Bereitstellung und Abnutzung der Transportinfrastruktur wie im Fall von Straßen, Bahntrassen, Flussbegradigungen und -vertiefungen sowie Hafenanlagen führen zu Umweltschädigungen wie z. B. Flächenverbrauch sowie zur Zerschneidung und Zerstörung von Lebensräumen. Durch das Ein- und Ablassen von Ballastwasser bei Schiffen ist der Artenschutz betroffen, da hierdurch fremde Lebewesen in Ökosysteme eingebracht werden.

Die Gewährleistung von Arbeitssicherheit ist eine besondere Herausforderung beispielsweise beim Abwracken von Schiffen, das mit gefährlicher Arbeit und entsprechend vielen Unfällen verbunden ist. Widersprüche zwischen Geschwindigkeitsregelungen und Fahrzeitenbegrenzungen einerseits und den terminlichen Anforderungen an das Fahrpersonal (vor allem bei LKW) andererseits führen zu hohen Arbeitsbelastungen und gleichzeitig hohen Risiken im Fahrbetrieb.

Entwicklungen wie Deregulierung, Outsourcing und enormer Preiswettbewerb, die die betrachteten Teilbranchen in unterschiedlich starkem Maße betreffen, sorgen für dennoch vergleichbar prekäre Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten des Postsektors und bei Billigfliegern sowie für das Bodenpersonal der Fluggesellschaften.

Gesellschaftliche Diskussionen, die für die Unternehmen z. T. Unsicherheit in die Planung der zukünftigen Strategien bringen und daher frühzeitig erkannt und bewertet werden müssen, drehen sich um Themen wie den Flughafenausbau und Nachtflugverbote, Angst vor terroristischen Anschlägen und Piratenangriffen sowie den entstehenden Schädigungen, Privatisierungen (z. B. der Bahn) oder die Kerosinsteuer und CO₂-Zertifikate.

Aufgrund der teilweise problematischen Auswirkungen in den Zielgebieten ergeben sich für Tourismus-Unternehmen besondere Herausforderungen. Die Auswirkungen betreffen u. a.

- Störung der gesellschaftlichen Kohäsion oder gar des sozialen Friedens z. B. durch Korruption bei der Vergabe von Baugenehmigungen und allgemein durch starke Ungleichverteilung des touristischen Profits sowohl innerhalb des Ziellands als auch zwischen Zielland und ausländischem Investor
- Schlechte bis ausbeuterische Bezahlung und Arbeitsbedingungen der einheimischen Angestellten im Tourismusgewerbe, Kinderarbeit
- Unerwünschte gesellschaftliche Auswirkungen, die mit Urlauberverhalten zusammenhängen (z. B. Sextourismus, exzessiver Alkoholkonsum, Missachtung von Sitten und religiösen Gefühlen der Einheimischen)
- Bebauung ökologisch sensibler Gebiete, meist an Küsten, einhergehend mit der Gefahr optischer Vereinnahmung und dadurch auch touristischer Entwertung dieser Gebiete
- Energie- und Ressourcenverbräuche und Emissionen bei der Herstellung und Instandhaltung und beim Betrieb touristischer Infrastruktur (z. B. einschließlich Wasserknappheit für die einheimische Bevölkerung in Trockengebieten durch hohe Wasserentnahmen für die Hotellerie bis hin zum Absenken des Grundwasserspiegels mit schädlichen Folgen für Ökosysteme und Landwirtschaft)

Folgende Lösungsangebote für die Bereiche Transport und Logistik werden derzeit innerhalb der Branche thematisiert:

- Steigerung der Prozesseffizienz (Vermeidung von Leerfahrten, Optimierung der Routenplanung, Steigerung der Auslastung)
- Fahrerschulungen und Simulationen zur Verminderung von Unfällen und Steigerung von Effizienz
- Implementation von Umweltmanagementsystemen, z. B. bei Speditionen
- Technische Innovationen in den eingesetzten Fahrzeugen wie z. B. Auswahl von Fahrzeugen mit erhöhter Transporteffizienz und Auswahl alternativer Energieträger (z. B. Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation), Einbau von Verbundstoff-Bremssohlen in Güterzügen zur Lärmreduktion im Schienenverkehr; Einsatz neuerer und damit leiserer Flugzeuge

Im Bereich Touristik existieren Lösungsvorschlägen eher auf der Ebene einzelner Anbieter, z. B. Anbieter von ökologisch und sozial verträglicheren Reisen. Branchenweite Lösungsansätze konnten nicht eruiert werden.

Was allgemein den Umgang des Branchenclusters mit Nachhaltigkeitsherausforderungen betrifft, ist festzuhalten, dass zwischen den einzelnen Transportmodi (Luft, Schiene, Wasser, Straße) eine starke Konkurrenz nicht nur um Fracht und Passagiere, sondern auch um das Image in der Öffentlichkeit herrscht. So wird in den jeweiligen Branchenverlautbarungen nicht nur der eigene Transportmodus als besonders nachhaltig, sondern werden auch die jeweils anderen als mit gravierenden Nachteilen behaftet dargestellt. Dies mündet auch in konträre politische Forderungen: So verlangt beispielsweise die Bahnindustrie, die Steuerbefreiung für Kerosin und Flugtickets abzuschaffen und insgesamt die vom Verkehr verursach-

ten externen Kosten nach dem Verursacherprinzip zu internalisieren, was diesen Darstellungen zufolge vor allem Kosten wären, die von Luftfahrt und Straßenverkehr verursacht werden.

Die internationalen Schienenverkehrsverbände veröffentlichen (teilweise gemeinsame) Chartas, Erklärungen und Positionspapiere zu verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen. Die Auseinandersetzung der Luftfahrtindustrie mit Nachhaltigkeits Herausforderungen erscheint dagegen lückenhafter und defensiver, die Stellungnahmen wie auch die größeren Publikationen der IATA greifen Probleme eher punktuell auf, positionieren sich beispielsweise klar gegen eine verschärfte Einbindung der Luftfahrt in das europäische Emissionshandelsystem und haben eher Rechtfertigungs- als Aufklärungscharakter. Umweltthemen wiederum werden von NGOs aufgegriffen. Normen, die auch Nachhaltigkeitsfragen (z. B. Lärmemissionen) berühren, werden offenbar weniger aus der Branche selbst heraus gesetzt, sondern eher durch die International Civil Aviation Organization (ICAO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Auch die Stellungnahmen der Schifffahrtsindustrie erscheinen eher selektiv und nicht umfassend. So überlassen die Branchenverbände Stellungnahmen zu sozialen Fragestellungen wie z. B. Arbeitsbedingungen den Gewerkschaften, der IMO (International Maritime Organization, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen) und der European Maritime Safety Agency (EMSA), aber auch ökologische Fragestellungen werden in den (gesichteten) Publikationen der Branche nicht umfassend und systematisch beleuchtet. Ähnliches lässt sich vom Umgang der Straßentransportbranche mit Herausforderungen sagen. Lediglich mit dem Thema der Straßenverkehrssicherheit findet von Seiten der Branchenvertreter eine wirkliche Auseinandersetzung statt. Publikationen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen enthalten zwar viele Initiativen und Einzelbeispiele für nachhaltiges Handeln, diese werden jedoch nicht systematisch mit den Herausforderungen und den negativen Auswirkungen des Straßentransports in Zusammenhang gebracht. Wenn es um konkrete politische Vorhaben aus Berlin oder Brüssel geht, die die Branche betreffen, wie etwa die Erhöhung der LKW-Maut oder die Einführung des Verursacherprinzips, sind die entsprechenden Branchenverlautbarungen von einer klaren und teils polemischen Abwehrhaltung gekennzeichnet.

Der Deutsche Tourismusverband bekennt sich im Positionspapier (2008) zu einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung des Tourismus in Deutschland. Dabei spielen auch Zielvorstellungen des Tourismus zum Klimaschutz eine herausragende Rolle. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungsziele sind gleichrangig und stehen in enger Beziehung zueinander. Die Interessen der Gäste sind jederzeit aktuell in die Zielsetzungen einzubinden. Der DTV stellt in diesem Positionspapier Forderungen an Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wie die Grundlagen für Tourismus erhalten und Belastungen durch Tourismus begrenzt werden können. Er fordert alle Beteiligten zur Gestaltung von Angeboten für einen nachhaltigen Tourismus auf. Diese Darstellung und Forderung bezieht sich allerdings auf Tourismus in Deutschland und nicht auf von deutschen Unternehmen vermarkteten Tourismus.

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

5 Das Unternehmen erläutert die mit **der Erbringung seiner Dienstleistungen (Transport von Personen und Gütern)** einhergehenden wesentlichen Emissionen an Luftschadstoffen. Hierfür werden im Bericht die Relevanzen und die emittierten Mengen von Schadstoffen im 3-Jahres-Trend für das Gesamtunternehmen abgebildet. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Säure bildende Emissionen, Emissionen an NM-VOC und Schwermetallen sowie Partikelemissionen wie vor allem Feinstaub eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Falls wesentlich, wird über Lärmemissionen, deren Wirkungsanalyse und Schutzmaßnahmen berichtet.

Gefordert sind, falls zutreffend, Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

a) SO₂ (Schwefeldioxid)

b) NO_x (Stickoxide)

c) CO (Kohlenmonoxid)

d) NM-VOCs (leichtflüchtige organische Verbindungen ohne Methan; Darstellung der wichtigsten)

e) Partikel-Emissionen (insb. Feinstaub, ggf. Aufschlüsselung).

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt. Eine besondere regionenspezifische Bedeutung des Wasserverbrauchs wird erörtert. **Touristikunternehmen erläutern ergänzend den Wasserverbrauch und Wasserkonzepte auch in Zielländern.**

Das Unternehmen stellt zudem die mit seinen Produktionsprozessen einhergehenden wesentlichen Schadstofffrachten der Abwassereinleitungen dar. Dabei wird, sofern relevant, insbesondere auf Emissionen von Schwermetallen, Stickstoff und Phosphor sowie auf den CSB bzw. BSB eingegangen. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffeintrags dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Wasserverbrauch
- b) Abwassermenge (Produktionsabwässer ggf. differenziert nach Kühlwasser und belastetem Wasser).

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A 5.6 Logistik und Verkehr * ²⁵⁸

5 Im Bericht erfolgt eine umfassende Darstellung des vom Unternehmen unmittelbar verursachten Verkehrs. Hierfür werden, wo möglich, geeignete quantitative Angaben gemacht (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Verkehrsaufwand (Zulieferung, Auslieferung, Dienstreisen)
- b) Verkehrsträgern (Luft, Schiene, Straße, Wasser, ggf. Pipelines) und
- c) verkehrsbedingten Umweltwirkungen.

Das Unternehmen stellt das verfolgte Logistikkonzept und konkrete Ansätze zur Reduzierung des Verkehrs und zur Minderung der Umweltbelastungen dar, ggf. auch für den Mitarbeiterverkehr zum Arbeitsplatz. Beispiele werden quantitativ eingeordnet.

Die ökologischen Wirkungen durch die Erbringung von Transportleistungen werden unter 5.1 (Kraftstoffverbrauch) oder 5.2 (Emissionen) berücksichtigt. An dieser Stelle werden die Darlegungen über das interne Logistikkonzept (Routenmanagement) und den eingesetzten Fuhrpark (Flottenzusammensetzung, Kraftstoffkonzepte, Aerodynamik Fahrzeuge, lärmgeminderte Flugzeuge, Doppelwandigkeit der Tankerflotte, Fahrzeuginstandhaltung) erfasst.

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Mindestvoraussetzung für drei Punkte ist die Darstellung des Verkehrsaufwands und eines Verkehrskonzeptes zu quantitativ relevanten Bereichen.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

²⁵⁸ Sind im Vergleich zum Ranking 2009 Anpassungen vorgenommen wurden, so sind diese mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist. Betrachtungsrahmen ist der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Leistungen, die Erfassung von Stoffdaten in der Lieferkette wird dargestellt.

Wesentliche Produkte von Transport-, Logistik- und Touristikunternehmen sind Transportdienstleistungen. Die eigenen ökologischen Wirkungen durch die Erbringung dieser Dienstleistungen (Kraftstoffverbrauch, Emissionen etc.) werden unter A.5 Ökologische Aspekte der Produktion erfasst. An dieser Stelle werden als Ökologische Verträglichkeit der Produkte Produkt- und Dienstleistungsangebote an Kunden berücksichtigt (umweltverträgliche Reisen, umweltverträgliche Logistikangebote).

Eine Auswahl betrachteter Produkte und Dienstleistungen orientiert sich an deren Bedeutung für das Gesamtportfolio.

Es erfolgt, sofern relevant, eine Darstellung des Portfolios hinsichtlich folgender Aspekte:

- a) Energieverbrauch und klimarelevante Emissionen **in der Gebrauchsphase**
 - b) Schadstoffeintrag und besondere Umweltrisiken (**z. B. Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter**)
 - c) Material- und Ressourceneffizienz z. B. bezüglich
 - Einsatz von Recyclingmaterialien sowie nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen
 - Recyclingfähigkeit der Produkte und Rücknahmekonzepte
 - Angebot ressourcenschonender Dienstleistungskonzepte.
- 3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet; dabei werden die für die ökologischen Wirkungen wesentlichen Phasen der Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs betrachtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden

Versicherer

AutorInnen: Linda Bergset, Jana Gebauer, Stephan Timme

Überblick über die Branche

Unternehmen der Branche „Versicherungen“ generieren ihre Umsätze im Wesentlichen aus dem Angebot von Versicherungsdienstleistungen. Hierbei werden von den Versicherungsnehmern für klar definierte Schadensfälle risikoabhängige Prämien gezahlt, aus deren Gesamtsumme der Versicherer die Schäden der Versicherten begleicht.

In Deutschland wird die Branche vor allem vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) vertreten, europaweit ist die European Insurance and Reinsurance Federation (CEA) der größte Verband der Branche. International spielen vor allem spezielle Verbände wie etwa die „International Cooperative and Mutual Insurance Federation“ (ICMIF) oder Fachverbände eine Rolle.

Erstversicherungsgeschäfte können den Versicherungssparten Lebens-, Schaden-/Unfall-, Krankenversicherungen sowie Pensions- und Sterbekassen zugeordnet werden, wobei die beiden Erstgenannten mit 44 % bzw. 36 % den größten Anteil an den gesamten Prämieinnahmen des Jahres 2007 von ca. 172 Mrd. € verbuchten. Der Anteil der Prämien für Erstversicherungen beträgt in Deutschland somit rund 7 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts.²⁵⁹ Neben den Erstversicherern spielen Rückversicherungsunternehmen eine wichtige Rolle, die gegen Prämienzahlung einen Teil der Risiken der Erstversicherer übernehmen. Anders als die deutschen Erstversicherer, die nur einen Bruchteil ihrer Prämien im (v. a. europäischen) Ausland erzielen, erwirtschafteten die deutschen Rückversicherer mehr als 60 % ihrer Prämieinnahmen von rund 44 Mrd. € im Jahr 2007 durch Geschäfte mit ausländischen Versicherern.²⁶⁰

Auf dem deutschen Markt agierten im Jahr 2007 mehr als 600 Versicherungsunternehmen, neben wenigen öffentlich-rechtlichen und ausländischen Versicherern waren diese zum größten Teil als Aktiengesellschaft (52 %) oder als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit organisiert (43 %).²⁶¹ Laut CEA hatten im Jahr 2006 die 5 größten Anbieter sowohl im Lebens- als auch im Nicht-Lebensversicherungsbereich einen Anteil am deutschen Markt von unter 50 %.²⁶² Gleichwohl wird wiederholt Intransparenz und mangelnder Wettbewerb in Teilbereichen des Marktes kritisiert. So stand der Bereich der Industrieversicherung wiederholt im Fokus der Wettbewerbsbehörden; zuletzt äußerte sich die Europäische Kommission im Jahr 2007 kritisch über die Strukturen der Branche.²⁶³ Im Zuge der erhöhten Risikomanagement-Anforderungen im Rahmen des sich derzeit in Verhandlung befindlichen internatio-

259 BaFin (Hrsg., 2008): Statistik der BaFin - Erstversicherungsunternehmen '07 (Allgemeine statistische Angaben), Bonn / Frankfurt am Main, S. 20.

(www.bafin.de/clin_116/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Statistiken/Statistiken2007/Erstversicherungsunternehmen/st_07_erstvu_allgangaben.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/st_07_erstvu_allgangaben.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009); GDV (Hrsg., 2008) Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2008, Berlin, S. 81 (www.gdv.de/Downloads/Jahrbuch/Stat_TB_2008.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

260 BaFin (Hrsg., 2008): Statistik der BaFin - Erstversicherungsunternehmen '07 (Allgemeine statistische Angaben), a. a. O., S. 20 ff.; GDV (Hrsg., 2008) Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2008, a. a. O., S. 73.

261 BaFin (Hrsg., 2008): Statistik der BaFin - Erstversicherungsunternehmen '07 (Allgemeine statistische Angaben), a. a. O., S. 20.

262 CEA (Hrsg., 2008): European Insurance in Figures, October 2008, Brüssel, S. 45 f. (www.cea.eu/uploads/DocumentsLibrary/documents/1224519688_eif.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

263 Europäische Kommission (Hrsg., 2007): Commission Staff Working Document - Accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - Sector Inquiry under Article 17 of Regulation (EC) No 1/2003 on business insurance (Final Report), Brüssel (eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0556:FIN:EN:PDF, letzter Zugriff 30.1.2009).

nenen Regulierungsrahmens „Solvency II“ erwartet der europäische Verband CEA eine weitere Konsolidierung der Branche.²⁶⁴

Laut GDV sind in der Branche 220.000 Menschen in einem sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis beschäftigt.²⁶⁵ Jedoch erfolgt der Vertrieb der Produkte zu einem sehr großen Teil über selbstständige Vermittler, entweder als Vertreter des Versicherungsunternehmens oder einer anderen Vertriebsorganisation oder als Makler im Auftrag der KundInnen. Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt 400.000 bis 500.000 Vermittler größtenteils auf Provisionsbasis Versicherungs- und andere Finanzprodukte verkaufen.²⁶⁶ Im Zuge der 2007 in Deutschland in Kraft getretenen EU-Vermittlerrichtlinie sind die Anforderungen an die Vermittlung von Versicherungen beträchtlich gestiegen, was einen Rückgang der Vermittler-Zahlen erwarten lässt.²⁶⁷

Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche

Wichtige ökologische Nachhaltigkeitsthemen für Versicherungsunternehmen sind der Umgang mit neuen Risiken wie dem Klimawandel und mit ihm zusammenhängenden Katastrophen sowie Risiken, die aus dem Einsatz neuer Technologien entstehen. Neue soziale Risiken stellen geopolitische Umwälzungen, der demografische Wandel oder neue Gesundheitsrisiken dar. Versicherungsunternehmen können durch innovative und verantwortliche Produktgestaltung zur Entwicklung von Lösungen beitragen. Dabei ist es essenziell, allen Betroffenen auch angemessene Produkte anbieten zu können – sei es durch die Entwicklung von Produkten für Gruppen mit besondere Bedürfnissen (z. B. Mikroversicherungen) oder durch eine entsprechende Gestaltung des Versicherungsvertriebs und seiner Anreizstrukturen. Auch die Verwaltung von Kundengeldern und der Versicherungsrücklagen sollte unter Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien erfolgen.

Von sich neu entwickelnden Risiken sind Versicherungsunternehmen durch die Begleichung von Schäden sehr oft unmittelbar betroffen. Eine zentrale Stellung nehmen hierbei vor allem der Klimawandel und damit zusammenhängende Naturkatastrophen ein. Bei 14 der 15 für die Wirtschaft teuersten Naturkatastrophen handelte es sich um Sturmereignisse;²⁶⁸ eine Zunahme dieser Ereignisse wird mit einem weiteren Temperaturanstieg der Atmosphäre und der Meere erwartet. Zur Absicherung von mit dem Klimawandel verbundenen Schäden bieten Versicherungsunternehmen verschiedene Elementarschädenprodukte an. Zur Bemessung der Risiken von Sturmschäden entwickelte die deutsche Versicherungswirtschaft die Datenbank ZÜRS (Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen), mit dem fast jedes Gebäude einer Risikogruppe zugeordnet werden kann. Mit Hilfe derartiger Instrumente kann die Branche auch staatliche Akteure bei der Risikominimierung unterstützen. Die Herausforderung für die Versicherungswirtschaft besteht darin, derartige Konzepte

264 CEA (Hrsg., 2008): European Insurance in Figures, October 2008, a. a. O., S. 26.

265 GDV (Hrsg., 2008) Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2008, a. a. O., S. 13.

266 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, Hamburg, S. 15 (http://www.bmelv.de/cin_045/nn_760530/SharedDocs/downloads/02-Verbraucherschutz/Markt/StudieFinanzvermittler.html_nnn=true, letzter Zugriff 29.1.2009).

267 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 112 f.

268 Münchener Rück (Hrsg., 2008): Topics Geo, Naturkatastrophen 2007, Analysen, Bewertungen, Positionen, München, S. 50 (www.munichre.com/publications/302-05698_de.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

auszubauen. Auch Versicherungsprodukt-Innovationen sind notwendig, z. B. für die durch Dürren und Brandgefahr besonders stark vom Klimawandel betroffene Forst- und Landwirtschaft.²⁶⁹

Versicherungsunternehmen können durch neuartige Versicherungsprodukte die Entwicklung und Durchsetzung neuer Technologien fördern. So werden zur Bewältigung des Klimawandels derzeit neuartige Kraftwerke auf der Basis von Wind-, Solar- oder Gezeiten-Energie entwickelt, die mit technischen und ökonomischen Unsicherheiten und somit finanziellen Risiken verbunden sind. Die Entwicklung von Versicherungsprodukten kann dazu beitragen, solche Projekte zu ermöglichen. Ein Beispiel hierfür sind „Fündigkeitsversicherungen“, mit denen sich das Risiko von fehlgeschlagenen Bohrungen bei Geothermieprojekten abdecken lässt. Allerdings können Versicherer auch einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung umstrittener Technologien leisten. So sind mit dem Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft oder auch der Nanotechnologie schwer einzuschätzende Haftungsrisiken verbunden, da die Auswirkungen dieser Technologien auf Umwelt und Gesundheit bislang nicht vollständig erfasst sind. Zur Abschätzung der Risiken und zur Gestaltung und Kalkulation entsprechender Deckungskonzepte ist zunächst noch intensive Forschung erforderlich. Die Berücksichtigung von u. U. negativen Auswirkungen derartiger Produktinnovationen bei den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ist eine wichtige Aufgabe für Versicherer.

Die grundlegende Frage, welche Risiken aus ethischen, sozialen oder ökologischen Gründen nicht versichert werden sollten, wird von Versicherern nur in Ausnahmefällen gestellt. Während Kreditinstitute z. B. bei finanzierten Projekten inzwischen häufig auf hohe Umwelt- und Sozial-Standards Wert legen (vgl. „Equator Principles“), ist nicht erkennbar, dass z. B. bei der Prüfung von Versicherungsanträgen (Underwriting) für Industrieanlagen oder Infrastrukturprojekten derartige (vom versicherten Risiko unabhängige) Standards zur Anwendung kommen. Weiterhin tragen Versicherer eine Mitverantwortung für die Folgen von Versicherungsproduktinnovationen, wie die oben aufgeführten Probleme bei der Versicherbarkeit von kritischen Produktionstechnologien zeigen. Rückversicherungen, die „Versicherer der Versicherer“, beschäftigen sich besonders stark mit nachhaltigkeitsrelevanten Themen wie z. B. dem Klimawandel. Indem sie bei Verhandlungen über die Rückversicherung von Risiken auch die Anwendung von Nachhaltigkeitsstandards im Versicherungsgeschäft thematisieren, könnten sie eine wichtige Katalysatorfunktion für die bislang eher schwach ausgeprägte Produktverantwortung der Branche einnehmen.

Weiterhin sind Versicherungsunternehmen gehalten zu prüfen, inwiefern innerhalb der regulatorischen Grenzen für Versicherungsprodukte²⁷⁰ durch die Gestaltung von Versicherungsbedingungen und Versicherungstarifen beispielsweise umweltverträglicheres Verhalten gefördert werden kann. Ansätze hierfür sind „pay as you drive“-Tarife für Kfz-Versicherungen oder Angebote, die beim Eintritt eines Schadens bei den KundInnen umweltfreundlichere Neuanschaffungen fördern. Ein Beispiel zur Förderung einer gesünderen Lebensweise unter den Versicherten sind Krankenversicherungsprodukte, die regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen oder die Teilnahme an Sport- und Gesundheitskursen durch niedrigere Beiträge belohnen.

269 vgl. Obermayer, B. (2007): Das Ende des Kornes, in: GDV (Hrsg., 2007): Positionen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Ausgabe September 2007, Berlin, S. 4-9 (www.gdv.de/Downloads/Positionen_2007/Positionen_Nr.56.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

270 vgl. Mills, E. (2007): From Risk to Opportunity 2007, Insurers Responses to Climate Change, Boston, S. 31. (insurance.lbl.gov/opportunities/Risk-to-Opportunity-2007.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

Wichtige Impulse v. a. für stärkeren Umweltschutz in Industrie und Gewerbe setzen Versicherungen durch Risikoprüfungs- und -beratungsprozesse. Vor der Versicherung von Gewerbe- und Industriestandorten werden umfassende Compliance- und Risikoanalysen durch den Versicherer durchgeführt. Nicht selten werden dabei Missstände aufgedeckt, die eine Versicherung nicht oder nur gegen hohe Prämienzahlungen möglich machen. Der Versicherer kann Hinweise geben, durch welche technischen oder organisatorischen Maßnahmen Risiken gemindert und Prämienhöhen reduziert werden können.²⁷¹ Unter Umweltschutzaspekten spielen hierbei Haftpflichtversicherungen eine zentrale Rolle, die vor allem das Schadensersatzrisiko abdecken. Die neben der Umweltschaden- immer wichtiger werdende Managerhaftpflichtversicherung übernimmt beispielsweise Schadensersatzforderungen im Falle von Fehlentscheidungen. In immer stärkerem Maße fließen auch hier Umweltgesichtspunkte mit ein.²⁷²

Ein aus Nachhaltigkeitssicht zentrales Problem ist die geringe Verbreitung von Versicherungsprodukten in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern und hier insbesondere unter den armen Bevölkerungsschichten. Diese sind mangels Kapitalrücklagen von Schäden durch Wetterereignisse oder Naturkatastrophen, Tod oder auch nur Krankheit eines Familienmitglieds schnell existenziell bedroht. Erstere sind besonders kritisch, da von Naturkatastrophen arme Länder häufig besonders stark betroffen sind, denen geeignete Schutzvorrichtungen (z. B. Dämme) fehlen. Die entstehenden Schäden sind in den seltensten Fällen versichert. Für die geringe Verbreitung gibt es eine Reihe von Gründen, z. B. die Abschottung der nationalen Finanzmärkte, die praktisch nicht vorhandenen Vertriebsnetze oder die Nicht-Verfügbarkeit statistischer Daten, die für die Kalkulation der Produkte nötig sind.²⁷³ Die Versicherungswirtschaft nimmt die Notwendigkeit von sehr preiswerten und einfach gestalteten Mikroversicherungen²⁷⁴ inzwischen als Herausforderung und als Basis für neue Marktchancen wahr; weltweit wird eine Reihe von Projekten durchgeführt, oft mit Unterstützung durch Non-Profit-Organisationen und Regierungen. Notwendig ist der weitere Ausbau dieser Bemühungen auch über Einzelprojekte hinaus.

Aspekte der Produkttransparenz und der Gestaltung des Vertriebs werden im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsherausforderungen der Branche selten genannt,²⁷⁵ stellen aus Sicht von Verbraucherschutzorganisationen und Wettbewerbsaufsehern jedoch ein zentrales Problem der deutschen Versicherungsbranche dar. Dass vor allem einkommensschwache Haushalte auch in Deutschland besonders schlecht beraten und abgesichert werden, zeigt die soziale Relevanz dieses Themas. Hinzu kommt ein in der Breite der Bevölkerung geringer Kenntnisstand zu Finanzthemen („financial literacy“). Dies und Informationsasymmetrien bei Versicherungsprodukten²⁷⁶ führen dazu, dass KundInnen die Qualität eines Produkts kaum einschätzen können und häufig dem Vermittler die (Vor-)Entscheidung überlassen.

271 vgl. UNEP FI (Hrsg., 2007): Insuring for Sustainability, Why and how the leaders are doing it, Genf (www.unepfi.org/fileadmin/documents/insuring_for_sustainability.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

272 vgl. Mills, E. (2007): From Risk to Opportunity 2007, Insurers Responses to Climate Change, a. a. O., S. 13.

273 Münchener Rück (Hrsg., 2008): Topics Geo, Naturkatastrophen 2007, Analysen, Bewertungen, Positionen, a. a. O., S. 7; vgl. UNEP FI (Hrsg., 2007): Insuring for Sustainability, Why and how the leaders are doing it, a. a. O., S. 11.

274 UNEP FI (Hrsg., 2007): Insuring for Sustainability, Why and how the leaders are doing it, a. a. O., S. 51.

275 vgl. Eurosif (Hrsg., 2007): Sector Report – Insurance, Paris, S. 2. (www.eurosif.org/content/download/796/4568/version/1/file/eurosif-sr_insurance.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

276 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 140.

Hier wird von den Unternehmen ein stärkeres Bildungsengagement erwartet.²⁷⁷

Das Verhalten des Vermittlers wird jedoch durch die (vom Versicherer vorgegebene) Struktur der Vertriebsprovisionen sowie teilweise hohen Vertriebsdruck beeinflusst. Diese Anreizstrukturen führen dazu, dass sehr häufig vor allem Produkte verkauft werden, die nicht ideal für die KundInnen und zu teuer sind.²⁷⁸ Vermittler und Versicherungsunternehmen verdienen vor allem mit lang laufenden Produkten (z. B. Lebens- oder Krankenversicherungen), die sich für die KundInnen erst sehr spät rechnen. Gerade diese Produkte sind jedoch von einer sehr hohen Quote vorzeitig abgebrochener Verträge betroffen.²⁷⁹ Beschwerden können KundInnen vor allem an die Aufsichtsbehörde BaFin und die Schlichtungsstellen (Ombudsleute) richten; die Zahl der Beschwerden wird als Indikator für die Bedürfnisorientierung der Produkte und des Vertriebs genutzt.²⁸⁰ Dass nicht nur das Privatkundensegment von diesen Problemen betroffen ist, zeigt die Kritik der Europäischen Kommission an den Vertriebsstrukturen in Teilen des Unternehmensversicherungsmarktes.²⁸¹ Verbraucherschützer kritisieren das System der Vergütung mittels Provisionen und fordern eine stärkere Unterstützung von Vermittlung von Versicherungsprodukten auf Honorarbasis. Diese Form des Vertriebs wird von den Versicherern jedoch erschwert, da sie nur eine geringe Zahl an Tarifen ohne Provisionen (Nettotarife) anbieten.²⁸²

Aufgrund dieser Probleme ist der Versicherungsmarkt relativ stark reguliert, besonders in den vergangenen Jahren kam es zu verschiedenen weitreichenden Reformen. So muss PrivatkundInnen in einigen Produktbereichen vor der Vertragsunterzeichnung die Höhe der Provision offengelegt werden. Die Umsetzung der EU-Vermittler-Richtlinie in Deutschland verpflichtet viele Vermittler neuerdings auch zu einer Mindestqualifikation. Jedoch wird problematisch gesehen, dass nur für einen geringen Teil aller Vermittler die Mindestqualifikation „Versicherungsfachmann“ gilt; gebundene Vertreter der Versicherungsunternehmen werden oft intern nicht nach einheitlichen Standards weitergebildet, was zudem den Wechsel in andere Vertriebsorganisationen erschwert.²⁸³ Unternehmen sollten daher einen hohen Qualifikationsstand ihrer gebundenen Vermittler nach anerkannten Standards anstreben.

Ein weiteres wichtiges Thema des Verbraucherschutzes betrifft den Datenschutz. Im Zentrum der Kritik steht das „Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft“ des GDV („Uniwagnis-Datei“). Sowohl die Nutzung als auch die Speicherung der Daten ist für KundInnen nicht transparent und wird von Datenschutzorganisationen kritisiert.²⁸⁴ Unternehmen sollten für diese Aspekte Datenschutz-Leitlinien festlegen und diese auch kommu-

277 vgl. UNEP FI (Hrsg., 2007): Insuring for Sustainability, Why and how the leaders are doing it, a. a. O., S. 12.

278 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 114.

279 BMELV Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 17.

280 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 90.

281 Europäische Kommission (Hrsg., 2007): Wettbewerb: Unternehmensversicherungen – endgültiger Bericht der Kommission über die Sektoruntersuchung, Brüssel (europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1390&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en, letzter Zugriff 30.1.2009).

282 vzbv (Hrsg., 2006): Stellungnahme des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Neugestaltung des Rechts der Versicherungsvermittlung und des Berufs "Versicherungsberater", Berlin, S. 6f. (www.vzbv.de/mediapics/neugestaltung_versicherungsvermittlung_26_03_2006.pdf, letzter Zugriff 30.1.2009).

283 Habschick, M. / Evers, J. et al (2008): Anforderungen an Finanzvermittler - mehr Qualität, bessere Entscheidungen, a. a. O., S. 116.

284 Biermann, K. (2008): Geheime Versicherungsdatei - Mehr Transparenz für Versicherte; in: Die Zeit, Ausgabe 3/2008 (<http://www.zeit.de/online/2008/03/datenschutz-uniwagnis-versicherungen>, letzter Zugriff 30.1.2009); Korczak, D. / Wilken, M. (2008): Scoring im Praxistest: Aussagekraft und Anwendung von Scoringverfahren in der Kreditvergabe und Schlussfolgerungen, München, S. 42 ff. (www.vzbv.de/start/download.php?file=scoring_studie_15_01_2008.pdf&ordner=mediapics, letzter Zugriff 30.1.2009).

nizieren. Umstritten ist zudem der Einsatz von Gentests zur Bestimmung biometrischer Risiken. Zwar haben sich die Mitglieder des GDV bereits 2001 verpflichtet, Gentests zumindest deutschlandweit nicht einzusetzen.²⁸⁵ Bei international agierenden Unternehmen ist jedoch eine konzernweite Umsetzung der Selbstverpflichtung gefordert. Ebenso wird von den Unternehmen erwartet, sich zum Thema „unzulässige Diskriminierung“ zu positionieren: Seit Jahren steht die Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts etwa bei Kranken- und Lebensversicherungen in der Kritik. Dies führte dazu, dass seit 2006 geschlechtsspezifische Tarife bei Riester-Renten untersagt sind. Auch dürfen potenzielle VersicherungsnehmerInnen nicht aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden.²⁸⁶

Die Verwaltung der Risikoreserven ist ein zentraler Teil der Geschäftstätigkeit nicht nur von Lebens-, sondern von Nicht-Lebensversicherungsunternehmen.²⁸⁷ Eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmensführung sollte sich folglich auch in der Kapitalanlage widerspiegeln; immerhin betrug die Gesamthöhe der Kapitalanlagen deutscher Versicherungen Ende 2007 fast 1,3 Billionen Euro.²⁸⁸ Daneben sind einige große Versicherungsunternehmen auch als Investmentfonds- und Vermögensverwalter tätig. Grundlegende Strategien zur Verfolgung sozialer und ökologischer Interessen sind dabei die Vermeidung der Investition in Unternehmen, die umstrittene Geschäftspraktiken anwenden („negative screening“), oder umgekehrt die bevorzugte Anlage in Wertpapieren von Unternehmen, die vorbildliches Verhalten demonstrieren („positive screening“). Eine dritte Möglichkeit ist das „engagement“ als Aktionär, z. B. durch Abstimmungsverhalten auf Hauptversammlungen oder durch Direktkontakt mit dem Management. Diese Strategie spielt beispielsweise für verschiedene Versicherungsunternehmen bei Ihrem Engagement für das „Carbon Disclosure Project“ eine Rolle.²⁸⁹

Die unmittelbaren ökologischen Auswirkungen des Bankbetriebs sind, wenn auch gering, so doch vorhanden. Als best-practice-Standard zu deren Minderung können die vom „Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen“ (VfU) entwickelten Kennzahlen²⁹⁰ gelten, die dieser zusammen mit verschiedenen internationalen Finanzdienstleistern entwickelte, um die unmittelbaren Auswirkungen des Geschäftsbetriebs zu messen. Als wichtigste Herausforderung sieht der VfU die Senkung der durch den Geschäftsbetrieb verursachten Treibhausgasemissionen. Dafür ist vor allem eine Verringerung des Energiebedarfs für den Gebäudebetrieb erforderlich. Weiterhin sollte der Umfang von Geschäftsreisen reduziert werden, wobei bei der Erfassung der Reiseaktivitäten zu berücksichtigen ist, dass Kurzstreckenflüge das Klima relativ stärker beeinflussen als Langstreckenflüge. Angesichts des hohen Papierverbrauchs in Banken empfiehlt der VfU weiterhin die Senkung des Gesamtpapierverbrauchs und des Anteils besonders umweltbelastend hergestellten Papiers: Ziel sollte sein, den Anteil von Recyclingpapier zu erhöhen und auf chlorfrei gebleichte Papiersorten umzustellen. Papierfrischfasern sollten möglichst von Bäumen aus nachhaltiger

285 vgl. Eurosif (Hrsg., 2007): Sector Report – Insurance, a. a. O., S. 2.

286 vgl. der geschilderte Fall in BaFin (Hrsg., 2008): Jahresbericht der BaFin 2007, Bonn / Frankfurt am Main, S. 102. (www.bafin.de/clin_116/nm_722564/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Jahresberichte/2007/jb_2007_gesamt.template_id=raw.property=publicationFile.pdf/jb_2007_gesamt.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

287 Eurosif (Hrsg., 2007): Sector Report – Insurance, a. a. O., S. 1.

288 BaFin (Hrsg., 2008): Jahresbericht der BaFin 2007, a. a. O., S. 89.

289 Carbon Disclosure Project / BVI / WWF (Hrsg., 2008): Carbon Disclosure Project Bericht 2008 Deutschland, London / Frankfurt a.M. / Berlin, S. 4 ff. (www.bvi.de/export/sites/internet_relaunch/downloads/cdp/2008_cdp_report_deutsch.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

290 VfU (Hrsg., 2005) VfU-Kennzahlen 2005: Kennzahlen zur betrieblichen Umweltleistung für Finanzdienstleister (www.vfu.de/scin/userdata/File/Downloads/indicators-2005/vfu-Kennzahlen-2005.pdf; letzter Zugriff 29.1.2009).

Forstwirtschaft stammen.²⁹¹ Durch den starken Einsatz von Computertechnik in Banken ist „Green IT“ (umweltschonende Herstellung und Entsorgung der Technik, Minimierung des Energieverbrauchs beim Betrieb) ein wichtiges Thema für die Branche.

Soziale Verantwortung in der Lieferkette trägt ein Versicherungsunternehmen beim Einsatz von Dienstleistern. Die wichtigsten Lieferanten sollten einer Bewertung ihrer Beschäftigungspraktiken unterzogen werden.²⁹² Dies betrifft vor allem Dienstleistungsunternehmen wie Wach- und Reinigungsdienste sowie Call Center mit häufig prekären Arbeitsverhältnissen. Eine zunehmende Herausforderung stellt der immer stärkere Einsatz externer Dienstleister im Schadensfall dar, etwa von Vertrags-Werkstätten für beschädigte Autos oder von Pflegediensten im Falle eines Unfalls. Sozial- und Umweltstandards für diese Dienstleistungen (mit) zu entwickeln, ist hier die zentrale Herausforderung.²⁹³

Branchenspezifische Kriterien

A.5.2 Schadstoffemissionen in die Luft und Lärmemissionen

Dieses Kriterium ist für Finanzdienstleister nicht relevant und wird nicht bewertet.

A.5.3 Rohstoff- und Materialeinsatz

5 Der Bericht enthält eine Aufschlüsselung der wesentlichen Stoffströme nach Art und Menge. Das Unternehmen stellt seine Materialeffizienz und deren zeitliche Entwicklung dar; erwünscht ist eine Einordnung der Materialkosten in die operativen Gesamtkosten.

Das Unternehmen macht Aussagen zum Einsatz von Recyclingmaterialien oder von nachwachsenden und ökologisch verträglich angebauten Rohstoffen und gibt eine quantitative Einordnung. Besondere ökologische Aspekte eingesetzter Rohstoffe und Materialien werden aufgezeigt.

Das Unternehmen betreffende Rohstoffverknappungen werden dargestellt; über verfolgte Konzepte, die Abhängigkeiten abzubauen und Verfügbarkeiten zu sichern, wird berichtet. Gefordert sind Zahlenangaben zu den wesentlichen Stoffströmen (darzustellender Trend: 3 Jahre) und zwar zum

- a) Verbrauch von Rohstoffen
- b) Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen
- c) Verbrauch von Vorprodukten und ggf. Einsatzmitteln; sofern wesentlich, explizit Materialeinsatz für Transport- und Produktverpackungen. Wünschenswert ist die Angabe des Papiereinsatzes für Unternehmens- und Produktinformationen und für Bürobedarf sowie des Anteils von Recyclingpapier hierbei unter Angabe des Standards (z. B. Der Blaue Engel, FSC Recycling).^{*294}

291 VfU (Hrsg., 2005) VfU-Kennzahlen 2005: Kennzahlen zur betrieblichen Umweltleistung für Finanzdienstleister, a. a. O.

292 Schmid-Schönbein O, Braunschweig A, Oetterli G (2002): SPI-Finance 2002: Social Performance Indicators for the Financial Industry, Zürich, S. 59 (www.e2mc.com/bilder/downloads/SPI_Finance_2002.pdf, letzter Zugriff 29.1.2009).

293 UNEP FI (Hrsg., 2007): Insuring for Sustainability, Why and how the leaders are doing it, a. a. O., S. 32.

294 Sätze, in denen Anpassungen vorgenommen wurden, sind mit * gekennzeichnet. Dies gilt für die allgemeinen wie auch die branchenspezifischen Kriterien.

Zum Materialeinsatz bei Finanzdienstleistern zählt (neben Energie A.5.1 und Wasser A.5.5) der Papiereinsatz. Erforderlich sind folgende Zahlenangaben (darzustellender Trend mindestens 3 Jahre):

- a) **Anteil Recyclingpapier aus Sekundär-(Altpapier-)Fasern mit Angabe des Standards***
- b) **Anteil Frischfaserpapier (ECF und TCF)²⁹⁵**
- c) **Anteil Frischfaserpapier (elementarchlor-gebleicht)**
- d) **Anteil Verbrauch von Papier mit FSC – Label**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.4 Abfallmanagement

5 Der Bericht macht genaue Angaben zur Gesamtabfallmenge, differenziert nach den wichtigsten Abfallarten. Bei besonderer Mengenrelevanz und/oder Gefährlichkeit einzelner Abfallarten werden Konzepte und Maßnahmen zur Vermeidung, Kreislaufführung und sicheren Behandlung dargelegt.

Gefordert sind Zahlenangaben (darzustellender Trend: 3 Jahre) zu

- a) Gesamtabfall, differenziert nach Beseitigung und zur Verwertung
- b) **Gesamtabfall, differenziert insbesondere nach Papier und Elektronikmüll.**

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt. **Es werden entweder nicht alle geforderten Zahlenangaben gemacht oder es wird trotz Relevanz nicht auf Maßnahmen und Konzepte eingegangen.**

1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.

0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.5 Wassermanagement

5 Im Bericht werden genaue Angaben zu Wasserentnahme und -verbrauch gemacht und die regionenspezifische Relevanz des Wasserverbrauchs bewertet. Bei besonderer Relevanz werden Konzepte und Maßnahmen zur absoluten Verbrauchsminderung und zur Effizienzsteigerung dargelegt.

Finanzdienstleister berichten über ihren Gesamt-Wasserverbrauch (darzustellender Trend: 3 Jahre).

3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt.

295 ECF = Elementary Chlorine Free, vorwiegend mit Chlordioxid gebleicht; TCF = Totally Chlorine Free, d. h. völlig chlorfrei, nur mit Wasserstoff, Sauerstoff oder Ozon gebleicht.

- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.5.7 Produktions- und Transportunfälle, Freisetzung von Chemikalien, Kraftstoffen, Ölen

Dieses Kriterium ist für Finanzdienstleister nicht relevant und wird nicht bewertet.

A.6.1 Soziale und ökologische Aspekte der Produktentwicklung

- 5 Der Bericht vermittelt, dass das Unternehmen auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und des Produktlebenswegs abzielt. **Das Unternehmen stellt Ansätze von ganzheitlichen Wirkungsanalysen zur Erfassung und Bewertung auch indirekter sozialer und ökologischer Folgen von Versicherungsprodukten vor.**

Hierfür wird explizit auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen, wesentliche Aspekte werden dabei herausgestellt. Es wird gezeigt, wie Nachhaltigkeitsbelange systematisch in die Produktentwicklung integriert sind und dabei geeignete Instrumente (z. B. ABC- und Cross-Impact-Analysen, Produktbilanzen und Produktlinienanalysen, Ressourcen- und Lebenszykluskostenrechnungen, Ökoeffizienzanalysen und Umweltinformationssysteme) zum Einsatz kommen. Dargestellte Produktbeispiele sind durch ihre Nachhaltigkeitsrelevanz oder ihren bedeutenden Anteil an der Produktpalette begründet.

Das Unternehmen stellt dar, wie die Integration von ökologischen und sozialen Zielen ins Asset Management erfolgt (z. B. Kriterien für Negativ- und Positivscreening möglicher Investments, Ziele des Shareholder-Engagements). Erwünscht ist die Darstellung der Form der Anwendung von sozialen und öko-logischen Kriterien durch externe Rating-Agenturen oder eigenes Research.

Es wird deutlich, dass das Unternehmen eine ambitionierte nachhaltige Produktpolitik verfolgt, z. B. durch Angabe der für an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierte Innovationen eingesetzten Investitionen.

- 3 Es wird auf Fragen der an Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Produktentwicklung eingegangen. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produktentwicklung oder es wird nicht deutlich, ob Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Entwicklungen gelten.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt, d. h. es gibt eine zufällige Auswahl von Beispielen der Produktentwicklung.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.2 Ökologische Verträglichkeit der Produkte

5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio umweltverträglich ausgerichtet ist.

Versicherungsunternehmen gehen dabei auf wenigstens 3 der folgenden 4 Punkte näher ein:

- a) **Versicherungsprodukte allgemein: Ansätze zur Förderung umweltschonender Produktinnovationen (z. B. technische Versicherungen für neue Energietechnologien; Anreize zur Förderung eines umweltfreundlichen Verhalten der VerbraucherInnen)**
 - b) **Underwriting: Ansätze zur Berücksichtigung von Umweltstandards (z. B. negative Auswirkungen auf Biodiversität durch versicherte Objekte) im Underwriting und deren Durchsetzung (insbesondere bei Industrie- und Gewerbeversicherungen)**
 - c) **Schadensversicherungen: Anreize zur Beschaffung umweltfreundlicher Ersatzprodukte und -technologien im Schadensfall sowie zur Förderung eines nachhaltigen Verhaltens durch die Produktgestaltung (z. B. pay-as-you-drive-Tarife oder günstigere Konditionen für energieeffiziente Gebäude bei Gebäudeversicherungen)**
 - d) **Asset Management: Anteil von nach ökologischen Kriterien verwalteten Assets unter Angabe der zugrundeliegenden Kriterien zur Abgrenzung von konventionellen Anlagen. (Hinweis: Zahlenangaben können mit nach sozialen Kriterien verwalteten Assets zusammengefasst werden.)**
- 3 Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird berichtet. Die Darlegungen beziehen sich aber nur auf einen Teil der Produkte und Dienstleistungen oder es wird nicht deutlich, welchen quantitativen Anteil des Gesamtportfolios die betrachteten Produkte umfassen.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt. Über die ökologische Verträglichkeit von Produkten wird zwar berichtet, jedoch werden dabei für die Produkte wesentliche ökologische Wirkungen nicht erfasst.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.6.3 Verbraucherorientierung

5 Das Unternehmen stellt dar, dass und in welchem Umfang das Produkt- und Dienstleistungsportfolio an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und spezifische Anforderungen von Minderheiten berücksichtigt. Dabei werden ggf. folgende Aspekte einbezogen:

- a) Berücksichtigung von Jugendschutzaspekten und Orientierung an spezifischen Bedürfnissen von Verbrauchergruppen (z. B. SeniorInnen, Menschen mit Behinderung)

- b) faire Preisgestaltung in Marktbereichen mit eingeschränktem Wettbewerb und eine spezifische Produktausrichtung für einkommensschwache Zielgruppen (Base of the Pyramid) zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe
- c) Ermittlung von Kundenwünschen und –ansprüchen, etwa mittels Kundenbefragungen
- d) Underwriting: Darstellung von Ansätzen zur Berücksichtigung von Sozialstandards (v. a. Menschen- oder Arbeitsrechte) und deren Durchsetzung (insbesondere bei Industrie- und Gewerbeversicherungen)**
- e) Asset Management: Anteil von nach sozialen Kriterien verwalteten Assets unter Angabe der zugrundeliegenden Kriterien zur Abgrenzung von konventionellen Anlagen.**

Das Unternehmen stellt zudem Politik und Praxis von Kundeninformation und Verbraucherschutz dar. Dabei berichtet es, sofern relevant, über folgende Bereiche:

- f) Einbeziehung von Nachhaltigkeitsinformationen in die Produktwerbung (**insbesondere Information und Verkaufsförderung für sozial und/oder ökologisch orientierte Investmentfonds**) und Sicherstellung ethischer Standards in der Werbung
- g) **Ansätze zur Steigerung der Transparenz von Versicherungsprodukten und Maßnahmen zur „finanziellen Bildung“ der eigenen KundInnen bzw. der breiteren Bevölkerung (Erhöhung der „financial literacy“)**
- h) Maßnahmen zum Verbraucherschutz (z. B. Beschwerdesysteme und Handhabung von Reklamationen, Praxis von Rückrufaktionen)
- i) Betroffenheit im Datenschutz (**insbesondere im Zusammenhang mit dem „Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft“ (sogenannte „Uni-Wagnis-Datei“)**), Umgang mit Kundendaten (Verschlüsselung, Löschung) und etablierte Systeme zur Datensicherheit (Ausschluss der Weitergabe, Schutz vor Diebstahl und Missbrauch).

Bei dargestellten Beispielen wird deren quantitative Bedeutung deutlich.

Versicherungsunternehmen stellen ihre Vertriebsphilosophie vor und gehen dabei auf Anreizprobleme und Interessenskonflikte bei der Vermittlung von Versicherungsprodukten sowie diesbezügliche Lösungsansätze ein. Es werden Unternehmensleitlinien zur Sicherstellung der bedarfsgerechten Versorgung von PrivatkundInnen mit Versicherungsprodukten dargestellt.

- 3 Über Aspekte der Verbraucherorientierung, der Kundeninformation und des Verbraucherschutzes wird berichtet, dabei werden für das Unternehmen zentrale Anforderungen hinreichend ausführlich dargestellt.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.1 Soziale Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, wie Arbeits- und Sozialstandards in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Bedingungen bei den direkten Lieferanten sowie, falls relevant, bei deren Vorlieferanten. **Finanzdienstleister gehen insbesondere auf die von ihnen eingesetzten Dienstleister ein (z. B. externe Call Center, Wachschutz, Reinigungsunternehmen).**

Hierfür werden die Arbeits- und Sozialstandards des Unternehmens mit Bezug auf international anerkannte Normen und Standards dargestellt (gemäß UN-Menschenrechtserklärung und ILO Kernarbeitsnormen: Recht auf Meinungsfreiheit, Schutz vor Willkür und Verbot der Diskriminierung bei der Arbeit, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Recht auf Gleichberechtigung und angemessene Entlohnung).

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperative Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden.

A.7.2 Ökologische Verantwortung in der Lieferkette

- 5 Das Unternehmen stellt dar, dass und wie Umweltstandards bei Lieferanten und Partnern in der Lieferkette umgesetzt werden. Dies umfasst die Umweltwirkungen bei den direkten Lieferanten und falls relevant, deren Vorlieferanten sowie die Umweltwirkungen der gelieferten Produkte bzw. Anlagen.

Es werden zertifizierte Managementsysteme der Lieferanten angeführt oder ein funktionierendes System nachgewiesen, mit dem die Einhaltung formulierter Standards eingefordert und durchgesetzt wird (Richtlinien, Einkaufskriterien, Prozesse zur Lieferantenbewertung, Auditierungen vor Ort, Sanktionen). Schwerpunktsetzungen in Regionen oder Geschäftsbereichen basieren auf einer Relevanzanalyse.

Dabei wird ein fairer Umgang mit Zulieferern im Sinne von fairen Geschäftsbeziehungen

aufgezeigt (Unterstützung in der Umsetzung, wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anforderungen, Langfristigkeit der Geschäftsbeziehungen, Darstellung von Partnerschaften bei Projekten und Innovationen).

Finanzdienstleister gehen hierbei vor allem auf Beschaffung und Entsorgung von Informationstechnologie, insbesondere Hardware, ein.

- 3 Die formulierten Anforderungen werden weitgehend erfüllt, die Standards und die Verfahren zu deren Umsetzung werden für die wesentlichen Beschaffungen dargelegt. Es wird jedoch nicht klar, wie die Umsetzung durchgesetzt, welche Sanktionen bzw. kooperativen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.
- 1 Die formulierten Anforderungen werden nur zum geringen Teil erfüllt.
- 0 Es sind keine Darstellungen und Angaben vorhanden

www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig

Potsdamer Str. 105, D-10785 Berlin

Tel: +49 (0)30 – 884 594-0, Fax: +49 (0)30 – 882 54-39

ranking@ioew.de

<http://www.ioew.de>

future e.V. – verantwortung unternehmen

Am Hof Schultmann 63, D-48163 Münster

Tel: +49 (0)251 – 973 16-34, Fax: +49 (0)251 – 973 16-35

ranking@future-ev.de

<http://www.future-ev.de>